

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Backlash in die '50er? Über den medialen
Diskurs zur Übernahme unbezahlter Care-Arbeit
während der Corona-Pandemie in Österreich“

verfasst von / submitted by

Victoria König, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Ass. Dr. Katharina Kieslich, BA MA

1	EINLEITUNG	1
1.1	PROBLEMAUFRISS	3
1.2	ERGEBNISSE AUS NICHT REPRÄSENTATIVER STUDIE	5
1.3	FORSCHUNGSVORHABEN	6
2	THEORETISCHE VERORTUNG VON CARE	7
2.1	CARE-ARBEIT: SELBST- UND FÜRSORGE	7
2.2	(RE-)PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE IM WANDEL – VOM MALE BREADWINNER ZUM ADULT WORKER MODEL	8
2.3	EXKURS: MEDIEN UND GESCHLECHT	13
2.4	GESCHLECHTSSPEZIFISCHE UNGLEICHHEITEN BEI BEZAHLTER UND UNBEZAHLTER ARBEIT	15
2.5	VEREINBARKEITSPROBLEMATIK	17
2.6	SORGEARBEIT IM WOHLFAHRTSSTAAT	19
2.6.1	<i>Wohlfahrtsstaatliche Organisation von Care-Arbeit in Österreich</i>	19
2.7	UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT IN ZEITEN DER CORONA KRISE	24
3	CARE IN ÖSTERREICH	27
3.1	ÖSTERREICHISCHES CARE-REGIME	27
3.2	KINDERBETREUUNG IN ÖSTERREICH	28
3.2.1	<i>Unbezahlte Arbeit: Familiäre Kinderbetreuung in Österreich</i>	29
3.2.2	<i>Bezahlte, professionelle Arbeit: Kinderbetreuungseinrichtungen</i>	31
3.3	KINDERBETREUUNG WÄHREND DER CORONA-KRISE	32
4	CORONA IM KONTEXT DER KRISENFORSCHUNG	38
4.1	ZUM KRISENBEGRIFF	38
4.2	DISKURSVERSCHIEBUNGEN IN KRISENZEITEN	40
5	DISKURSANALYSE	41
5.1	DISKURSANALYSE NACH JÄGER	42
5.1.1	<i>Der Diskursbegriff bei Jäger</i>	42
5.1.2	<i>Sprache, Normalismen und Kollektivsymbolik</i>	44
5.1.3	<i>Methodisches Vorgehen</i>	45
5.2	MATERIALKORPUS	48
5.2.1	<i>Die Presse</i>	48
5.2.2	<i>Der Standard</i>	49
5.2.3	<i>Kleine Zeitung</i>	49
5.2.4	<i>Kronen Zeitung</i>	50
5.2.5	<i>Kurier</i>	50
5.2.6	<i>Niederösterreichische Nachrichten</i>	50

5.2.7	<i>Oberösterreichische Nachrichten</i>	51
5.2.8	<i>Salzburger Nachrichten</i>	51
5.2.9	<i>Tiroler Tageszeitung</i>	51
5.2.10	<i>Vorarlberger Nachrichten</i>	52
5.2.11	<i>Wiener Zeitung</i>	52
6	ERGEBNISSE	53
6.1	BERICHTERSTATTUNG DER TAGESZEITUNGEN	53
6.2	STRUKTURANALYSE	61
6.2.1	<i>Ungleiche Verteilung von Arbeit</i>	61
6.2.2	<i>Policy Empfehlungen</i>	65
6.2.3	<i>Politische Inaktivität</i>	67
6.2.4	<i>Äußerungen von Politiker*innen</i>	68
6.2.5	<i>Geschlechterzuschreibungen</i>	70
6.2.6	<i>Belastungen</i>	72
6.2.7	<i>Retraditionalisierung</i>	74
6.2.8	<i>Männlichkeit</i>	75
6.2.9	<i>Kulturelle Einstellungen</i>	77
6.3	FEINANALYSE	78
6.3.1	<i>Beispiel Wiener Zeitung</i>	78
6.3.2	<i>Beispiel Die Presse</i>	81
7	DISKUSSION DER ERGEBNISSE	83
8	CONCLUSIO UND AUSBLICK	88
9	LITERATUR	90
10	ANHANG	98
10.1	ABSTRACT	98
10.2	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	99

1 Einleitung

Ein Virus mit dem Namen Covid-19 oder auch Corona-Virus hat innerhalb weniger Monate die ganze Welt zum Stillstand gebracht und ab Mitte März 2020 auch in Österreich das öffentliche Leben nahezu lahmgelegt. Von den Einschränkungen war auch die institutionelle Kinderbetreuung betroffen, wie die Schulen und Kindertagesstätten, sodass betreuungsbedürftige Kinder während des Lockdowns fast ausschließlich familial betreut werden mussten. Eine Studie von Statistik Austria im Jahr 2021 zeigte, dass Frauen in Österreich während der Pandemie im Durchschnitt fast doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie Männer geleistet haben. Diese unbezahlte Arbeit umfasste Pflege und Betreuung von Kindern, Hausarbeit, Einkäufe und Besorgungen sowie die Pflege von älteren oder kranken Familienmitgliedern. Männer hingegen haben während der Pandemie im Durchschnitt mehr Zeit mit bezahlter Arbeit verbracht als Frauen (Statistik Austria, 2021). Diese ungleiche Verteilung der Care-Arbeit hat Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung und das Wohlbefinden von Frauen. Viele Frauen haben während der Pandemie Schwierigkeiten, Arbeit und Care-Aufgaben zu vereinbaren, was in vielen Fällen zu Stress und Überlastung führte. Medial wurde oft von einem „Backlash in die 1950er Jahre“ gesprochen. Dabei wird suggeriert, dass die Verteilung von Arbeit vor der Pandemie nahezu gleich verteilt war und erst durch die Corona-Krise einer Retraditionalisierung erfuhr. Im Verlauf der Krise wurde jedoch sichtbar, dass wir gesellschaftlich noch nicht so weit von der traditionellen Rollenverteilung der 1950er Jahre entfernt sind, wie allgemein angenommen.

Aus diesen Vorüberlegungen hat sich die Forschungsfrage „Wie wurde der mediale Diskurs in Bezug auf die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit während der Lockdowns aufgrund der Covid-19-Pandemie in Österreich geführt?“ ergeben, die in dieser Arbeit beantwortet werden soll. Der Diskurs um unbezahlte Care-Arbeit wurde mit der kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2004a) auf der medialen Diskursebene untersucht. Das Ziel dieser Arbeit ist es, existierende Macht- und Herrschaftsverhältnisse über die kritische Diskursanalyse herauszulesen. Dazu wurden insgesamt 166 Zeitungsartikel 11 verschiedener österreichischer Tageszeitungen analysiert, im Zeitraum vom 16.03.2020 bis zum 12.12.2021.

Diese Arbeit beschäftigt sich zunächst mit der theoretischen Verortung von Care-Arbeit und geht der Frage nach der Definition von Care-Arbeit sowie ihrer historischen Entwicklung

nach. Die historische Entwicklung macht einen direkten Bezug zu der geschlechtsspezifischen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in Österreich und der Vereinbarkeitsproblematik mit der sich Frauen aufgrund dessen konfrontiert sehen, sichtbar. Anschließend gehe ich der Frage nach, welche Mechanismen es in Wohlfahrtsstaaten gibt dieser Vereinbarkeitsproblematik entgegen zu wirken und werfe einen Blick auf die tatsächliche Organisation von Care in Österreich. Bevor ich mich mit der Methode der kritischen Diskursanalyse nach Jäger detailliert auseinandersetze, wende ich mich der Krisenforschung zu und befasse mich mit der Bedeutung den Medien in Krisenzeiten zukommt. Danach folgt die ausführliche Beschreibung meines methodischen Vorgehens und die Diskursanalyse dieser Arbeit.

Es scheint, als ob es einen allgemeinen evidenzbasierten Konsens innerhalb der Medien gibt, der die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise bestätigt. Die Eigenschaft von Krisen Ungleichheiten sichtbar zu machen hat sich auch in dieser Arbeit bestätigt. Weniger überraschend waren die Ergebnisse der Struktur- und Feinanalyse: Sie hat ergeben, dass der Diskurs eher einseitig geführt wurde, die zu Wort kommenden waren fast ausschließlich heterosexuelle Frauen mit höherem sozioökonomischen Hintergrund. Die intersektionale Perspektive, also die von Menschen anderen Geschlechts, anderer sexueller Orientierung, unterschiedlichem sozioökonomischem Hintergrund und vor allem die Perspektive von Frauen mit Migrationsgeschichte wurden fast gänzlich vernachlässigt. Damit wird in österreichischen Printmedien ein patriarchales und hegemoniales Geschlechterbild vermittelt. Der Diskurs um die geschlechtsspezifische Verteilungsproblematik verbleibt damit bei Frauen und wird weniger als gesamtgesellschaftlich zu lösendes Problem gesehen. Überraschenderweise hat sich im Zuge dieser Arbeit auch eine grundlegende Frage der Politikwissenschaft ergeben, nämlich welche Aufgaben einem demokratischen Staat zukommen und welche Verantwortung die Bürger*innen dieses Staates tragen um soziale Ungleichheiten zu verringern. Die bisherige Care-Literatur hat diesen Punkt in Zusammenhang mit unbezahlter Sorgearbeit noch nicht aufgegriffen.

1.1 Problemaufriss

Ein Virus mit dem Namen Covid-19 oder auch Corona-Virus hat innerhalb weniger Monate die ganze Welt zum Stillstand gebracht und ab Mitte März 2020 auch in Österreich das öffentliche Leben nahezu lahmgelegt. Nachdem sich das Virus ab Dezember 2019 sukzessive von China aus bis in die ganze Welt ausbreitete, wurde am 25. Februar 2020 der erste offizielle Corona-Fall in Österreich gemeldet. Daraufhin hat die österreichische Bundesregierung umfassende Maßnahmen in Kraft gesetzt, die zur Eindämmung des Corona-Virus verhelfen sollten. Nachdem der österreichische Nationalrat am 15. März 2020 das Covid-19 Gesetz in einer Sondersitzung verabschiedete, begann am 16. März 2020 der erste von insgesamt drei Lockdowns: Ab sofort galten strikte Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die mit Kurzarbeit und Home-Office sowie der Schließung aller Geschäfte, die nicht zur Grundversorgung dienten, gehörten (Pollak et al., 2020). Von den Einschränkungen war auch die institutionelle Kinderbetreuung betroffen, wie die Schulen und Kindertagesstätten, sodass betreuungsbedürftige Kinder während des Lockdowns fast ausschließlich familial betreut werden mussten. Die Kontaktbeschränkungen erschwerten erwerbstätigen Eltern betreuungsbedürftiger Kinder zudem den Rückgriff auf das soziale Umfeld, wie den Großeltern, Freund*innen oder die Nachbarschaft, sodass sich Familien, vor allem Frauen, mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert sahen.

Dazu hat Caroline Berghammer (2020) eine Studie zu der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung während des ersten Lockdowns durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass 16% der Frauen und 9% der Männer nun mehr Zeit für Hausarbeit aufwenden. Die Corona-Krise weist zudem darauf hin, dass sich die geschlechtsspezifischen Zuständigkeiten für die Kinderbetreuung verstärkt haben. Ab dem Zeitpunkt der Schließung der institutionellen Kinderbetreuung waren es vor allem Mütter, die ihre Kinder betreuten und mit ihnen lernten: 47% der Frauen und 29% der Männer wendeten seitdem mehr Zeit für diese Tätigkeiten auf. Die Studie bestätigt, dass sich die Arbeitsverteilung innerhalb von Familien noch stärker zu Lasten der Frauen verschiebt. Diese geschlechtsspezifische Ungleichheit zeige sich ebenfalls in dem Ausmaß der Erwerbsarbeitszeit, der bei Müttern im Durchschnitt stärker zurückgegangen ist als jener der Väter. Insgesamt wirken sich Kinder auf die Verteilungsfrage laut Studie Ungleichheiten verstärkend aus, denn Frauen mit Kindern verrichten mehr Hausarbeit und bei Müttern stieg die Zeit für Kinderbetreuung stärker an als bei Vätern. Das zeigt sich ebenso im Vergleich von Müttern und Vätern, Vollzeit erwerbstätig sind: Trotz

ähnlich hohem Erwerbsausmaßes sind vor allem Mütter für die Kinderbetreuung zuständig (Berghammer, 2020). Es wird sichtbar, dass die Corona-Krise bereits viele bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft verschärft hat: Frauen sind auch außerhalb einer Krise ökonomischen Geschlechterungleichheiten ausgesetzt; sie sind in bestimmten Sektoren überrepräsentiert. Dazu gehören Niedriglohnsektoren, in denen Teilzeitarbeit typisch ist. Frauen befinden sich öfter in Teilzeitarbeit als Männer, da sie öfter unbezahlte Care-Arbeit innerhalb ihres sozialen Umfelds übernehmen müssen. Weil sie für andere sorgen müssen, ist es auch wahrscheinlicher, dass sie im Laufe ihres Lebens ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und eine Pause einlegen müssen. Diese unbezahlte Arbeit hält Frauen von einer Vollzeitbeschäftigung ab. Dadurch sind Frauen auch häufiger von Altersarmut betroffen (Götz, 2019).

Durch die Krisensituation ist ein grundlegendes Anliegen der Frauenbewegung, welches vor allem in den 1970er und 2000er Jahre aktuell war, wieder in den öffentlichen Diskurs gerückt, sodass auch Mainstream Medien das Thema rund um die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit zu Lasten von Frauen in ihre Berichterstattung aufnahmen. Unter anderem ging es um „den politischen Zugriff auf die Frau als ökonomische Ressource“ (Hirn, 2020), indem Frauen durch Schul- und KiTa- Schließungen mehr unbezahlte Fürsorgearbeit übernehmen mussten, auch wenn sie berufstätig waren. Und wie Frauen, die sich durch die Mehrfachbelastung überfordert fühlten, als Leistungsverweigerer und schlechte Mütter benannt wurden (Hirn, 2020). Bis hin zu einem „Backlash“ zurück in die klassischen Geschlechterrollen, „weil die Männer das Heft des Handelns, Erklärens und Beratens neuerlich in die Hand nahmen, während die Frauen sich um Homeschooling, Mundschutznähen und Familie-bei-Laune-Halten kümmerten“ (Fendel, 2020). Denn „tatsächlich wird heute immer noch davon ausgegangen, dass Fürsorglichkeit im weiblichen Geschlechtscharakter liegt und sieht darin nicht eine Qualifikation, die ausgebildet und bezahlt werden muss“ (Fendel, 2020). Es zeigt sich, dass sich die Diskussion um geschlechtsspezifische Zuständigkeiten, die sonst zum Großteil innerhalb der Familie geführt und individuell gelöst wird, durch die mediale Präsenz in die Öffentlichkeit eingetreten ist. Mit der Raumverschiebung von der unsichtbaren privaten in die sichtbare öffentliche Sphäre hat sich auch eine Chance für einen Wandel von Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft ergeben. Diese Machtstrukturen lassen sich besonders gut aus dem medialen Diskurs herauslesen.

1.2 Ergebnisse aus nicht repräsentativer Studie

Aus diesem Grund führte ich bereits im Zuge eines Forschungspraktikums im Sommersemester 2020 eine qualitative Inhaltsanalyse zu der Forschungsfrage durch, wie und von wem der mediale Diskurs über die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise für Frauen in Österreich, insbesondere in Bezug auf die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit, während der Schulschließungen in den Zeitungen „Die Presse“ und „Der Standard“ geführt wurde. Die Medienanalyse hat sich auf Material des Zeitraums der ersten Schulschließung vom 16.03.2020 bis zum 18.05.2020 bezogen. Dabei haben sich bereits interessante Resultate ergeben: Insgesamt waren viele der Artikel in einem Kanon geschrieben, der Frauen ausschließlich als Opfer darstellt - als Opfer der Politik, Gesellschaft, des Partners oder der Arbeitgeber*innen und nicht als aktive Gestalterinnen. Zudem haben sich wesentlich mehr Journalistinnen als Journalisten mit dem Thema auseinandergesetzt. Es hat sich auch gezeigt, wie sehr frauenpolitische Themen in der Krise als Luxusproblem und nicht als gesamtgesellschaftlich zu lösendes Problem gesehen werden. Außerdem machte die Corona-Krise sichtbar, dass wir gesellschaftlich noch nicht so weit von der traditionellen Rollenverteilung der 1950er Jahre entfernt sind, wie allgemein angenommen.

Anschließend ergaben sich weitere Fragen, die sich nur mit einer noch intensiveren Analyse des medialen Diskurses beantworten lassen: Wie wird unbezahlte Care-Arbeit wahrgenommen, wie viel Raum nimmt dieses Thema in unserer Gesellschaft ein - und welche Rolle nimmt die mediale Berichterstattung dabei ein? Wie beeinflusst das Gesagte, und ebenso das Ungesagte, das Verständnis von Care-Arbeit? Welche Rolle spielen dabei Machtbeziehungen? Ein tieferes Verständnis der gesellschaftlichen Prozesse und Auswirkungen erfordert eine tiefere qualitative Datenerhebung und kritische Analysen des Ausnahmezustands der Corona-Pandemie, der den Fokus auf gesellschaftliche Spannungsfelder, wie die der unbezahlten Care-Arbeit, schärft und strukturelle Ungleichheiten sichtbar macht.

1.3 Forschungsvorhaben

Aus diesen Vorüberlegungen hat sich die Forschungsfrage „Wie wurde der mediale Diskurs in Bezug auf die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit während der Lockdowns aufgrund der Covid-19-Pandemie in Österreich geführt?“ ergeben, die in dieser Arbeit beantwortet werden soll. Der Diskurs um unbezahlte Care-Arbeit wurde mit der kritischen Diskursanalyse nach Jäger (2004a) auf der medialen Diskursebene untersucht. Die kritische Diskursanalyse nach Jäger bezeichnet ein qualitativ-empirisches Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen (Jäger, 2004b). Die methodische Rekonstruktion dieser geschieht auf Basis des Diskurs- und Machtbegriffs von Michel Foucault (1981). Vereinfacht ausgedrückt, konstituiert sich ein Diskurs laut Foucault (1981) durch Aussagen. Das können Texte, Begriffe und Konzepte sein. In Bezug auf den medialen Diskurs um unbezahlte Care-Arbeit bedeutet dies, die Machtstrukturen herauszulesen, die der Wortwahl, den beschriebenen Umständen und den Subjektbeschreibungen zugrunde liegen. Die verwendete Sprache, das Gesagte, aber auch das Nicht-Gesagte, sind dabei ein Mittel, mit dem dem Gegenstand, Ereignissen oder auch Personen Bedeutungen zugewiesen werden. In einer „Informationsgesellschaft“ spielen die Prozesse, über die Informationen vermittelt werden, eine wichtige Rolle für die gesellschaftliche Konstruktion von Wissen. Zu diesen Prozessen gehören unter anderem auch Massenmedien (Lamnek et al., 2012). Da sich der diskursive Einfluss von Tageszeitungen aufgrund ihrer hohen Publikationsfrequenz und Reichweite als besonders bedeutsam für den Gesamtdiskurs darstellt, sollen in der Analyse Artikel aus österreichischen Tageszeitungen als Datengrundlage dienen. Für den aktuellen Diskurs zu unbezahlter Care-Arbeit ist die historische Bedeutung von Care-Arbeit und Geschlecht ebenso relevant, weshalb in dieser Arbeit auch der historische Aspekt mit aufgegriffen wird. Das Ziel dieser Arbeit ist es, existierende Macht- und Herrschaftsverhältnisse über die kritische Diskursanalyse herauszulesen.

Vorab muss noch erwähnt werden, dass ich in dieser Arbeit nicht auf das Gendern verzichte, ich jedoch die Bezeichnung „Frau“, „Mann“, „Mutter“, „Vater“ ohne „*“ verwende. Das geschieht nicht in der Absicht nichtbinäre und queere Menschen auszuschließen. Leider basieren die Studien, die ich zitiere und die Zeitungsartikel, die ich analysiere, ausschließlich auf einem binärem Geschlechtsverständnis und beziehen sich lediglich auf heterosexuelle Familienkonstrukte. Das ist eine wissenschaftliche Lücke, die es in Zukunft zu schließen gilt.

2 Theoretische Verortung von Care

2.1 Care-Arbeit: Selbst- und Fürsorge

„Care“ lässt sich im Deutschen mit den Begriffen Sorge, Pflege und Umsicht übersetzen und kann auch außerhalb des Arbeitskontextes verortet werden, wie aus den folgenden Definitionsansätzen deutlich wird: Fisher und Tronto (1990) definieren Care als eine Tätigkeit, die alles inkludiert, was notwendig ist, um unsere Gesellschaft zu erhalten und sie zu bewahren, um ein gutes Leben zu sichern. Für Brückner (2010) ist Care „von den daran beteiligten Menschen gemeinsam gestaltete, soziale Praxis“. Klinger (2013) sieht in Care ein Konzept der Lebenssorge für alle Beziehungen, Tätigkeiten und Arbeiten, die zum Leben unabwendbar sind und damit auch Leistungen, ohne die das Leben und Zusammenleben nicht möglich wäre. Bei Klingers Interpretation ist mit der Verknüpfung von Care und Leistung eine Wertschätzung der sorgenden Tätigkeit impliziert. Care wird also erst einmal als soziale Praxis definiert, die für ein gutes Leben für alle notwendig ist, ohne die geschlechtsspezifische Verteilung und Zuschreibung anzusprechen.

Der Begriff Care steht im Gegensatz zu dem aus der marxistischen Perspektive produktiven Arbeitsbegriff, der die Produktions- und Reproduktionssphäre trennt und die geschlechtsspezifische Verteilung von Zuständigkeitsbereichen in ein hierarchisches Verhältnis setzt. Seit den 1970er Jahren und nicht zuletzt durch die Folgen der Corona-Krise ist eine wichtige Forderung der feministischen Ökonomie, dass der Arbeitsbegriff um (unbezahlte) Care-Arbeit erweitert und infolgedessen auch bezahlt wird. Gerhard (2014) sieht Care aus diesem Grund auch nicht als deskriptiven Sammelbegriff für eine soziale Praxis der Arbeitsteilung, sondern als „analytisches Konzept zur Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse“, indem etwa Herrschafts- und Machtverhältnisse analysiert werden können. Auch Aulenbacher (2014) sieht Care als ein Konzept, dass die Kontingenz des Lebens bearbeite, als individuelle sowie gesellschaftliche Herausforderung. Es sei eine Grundvoraussetzung sich mit Ansätzen zur gesellschaftlichen Organisation von Care auseinanderzusetzen, bevor es an die Analyse der Besonderheiten von Care gehe (Aulenbacher et al., 2018). Die Definitionen haben gemeinsam, dass sie auf die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit von Care-Arbeit hinweisen, auch wenn diese nicht professionell ausgeübt wird. Sie verweisen außerdem darauf, dass die Analyse von

Care (-Arbeit) ein geeignetes Mittel ist, um Herrschafts- und Machtverhältnisse zu untersuchen. Ein Ziel, das auch diese Arbeit verfolgt.

Dem Menschen als fürsorgebedürftiges Wesen steht das moderne Selbstbild des Menschen mit dem Streben nach Autonomie und Selbstbestimmung, mit einer Selbstsorgefähigkeit gegenüber (Schnabl, 2005, Aulenbacher et al., 2015). Daneben sehen Aulenbacher et al. (2015) ein weiteres Spannungsverhältnis zwischen dem kapitalistischen Wirtschaften und der Sorgetätigkeit. Im Zuge dessen muss auch die Kommodifizierung und Rationalisierung des professionellen Sorgens und ihre gewinn- und effizienzorientierte Organisation ins Blickfeld genommen werden. Diese gesellschaftstheoretischen Argumentationslinien verweisen auf einen Widerspruch der Fürsorgeethik, des modernen Selbstverständnisses und des neoliberalen Wirtschaftens. Hier zeigt sich auch die Idealisierung der familialen Sorgetätigkeit, die mit liebevoller und vor allem weiblicher Fürsorglichkeit assoziiert wird. Aulenbacher et al. (2015) betonen jedoch, dass die professionelle Tätigkeit des Sorgens auch auf höchstem Niveau stattfinden kann, während die innerfamiliäre Sorge einen vulnerabel Ort für Vernachlässigung und Gewalt bieten kann.

Um die Gründe für die Vergeschlechtlichung von Arbeit zu ermitteln, insbesondere die Zuschreibung von Care zum Weiblichen, welche per se als geschlechtsneutrale soziale Praxis für ein gutes Leben für alle zu verstehen ist, ist es notwendig, einen Blick auf die historischen Diskurse zu werfen.

2.2 (Re-)Produktionsverhältnisse im Wandel – Vom male breadwinner zum adult worker model

Auch wenn es sich bei dem zu untersuchenden Diskurs um einen aktuellen handelt, ist es von besonderer Bedeutung, sich mit dem historischen Hintergrund dessen zu beschäftigen und in die Analyse miteinzubeziehen. In diesem Zusammenhang sei wichtig, „dass diese historischen Diskontinuitäten, Brüche, Verwurzeltheiten der `Boden´ sind, auf den sich die heutigen Diskursverläufe stützen, deren `Fortsetzungen´- wie auch immer `gebrochen´ und `umgelenkt´ und `unlogisch´ sie sein mögen – sie bilden.“ (Jäger, 2015) Einfacher gesagt setzen sich aktuelle Diskurse historisch fort, jedoch in verzerrter Form, und so sind sie auch für die Zukunft relevant. Bei der Beschäftigung mit der Vergangenheit von aktuellen Diskursen ist es möglich, auf in der Gesellschaft festgefahrene vermeintliche Wahrheiten zu stoßen, die sich

„im kollektiven und widersprüchlichen Tun der Menschen durchgesetzt haben und die in Macht- und Herrschaftsverhältnissen resultieren und durch sie verteidigt und gestützt werden, wenn sie (...) unter Druck geraten.“ (Jäger, 2015) Auch wenn diese grundsätzlich veränderbar seien, hätten sie gerade durch ihre regulativ-normative Verfestigung innerhalb der Gesellschaft eine wichtige Bedeutung und beeinflussen das Geschehen der Gegenwart und Zukunft (Jäger, 2015).

Wie schon vorab erwähnt, betrachten wir Arbeit aus der marxistischen Perspektive, in der Produktion und Reproduktion getrennt voneinander stattfinden. In dieser Aufteilung zeigt sich auch eine geschlechtliche Trennung und mit ihr eine Geschlechterzuschreibung sowie -hierarchisierung. Der Ursprung unseres heutigen Verständnisses von Arbeit ist eurozentrisch geprägt und findet sich in der Antike: Körperliche Arbeit wurde von Unfreien geleistet, wozu Sklaven, Bauern und Frauen zählten. Freie Bürger*innen widmeten sich der nach Aristoteles definierten „praxis“, dem politischen Handeln, und „poesis“, der herstellenden Tätigkeit (Scheele, 2019). So findet schon hier eine Hierarchisierung und Bewertung von Arbeit im Hinblick auf ihre Verteilung entlang Geschlecht und sozialem Status statt. Mit dem Übergang zur Industrialisierung bildete sich schließlich die bis heute gültige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung heraus. Durch die Möglichkeit des Nachgehens von Tätigkeiten, die nicht an das Haus bzw. den Haushalt geknüpft waren, konnten Männer einen Beruf ausüben, der ein längeres Fernbleiben von der Familie erforderte, mit körperlicher Belastung einherging oder sogar mit Gefahr assoziiert wurde. Diese außerfamilialen Erwerbstätigkeiten waren jedoch nur möglich durch die Verpflichtung von Frauen, die Rolle der Haus- und Ehefrau sowie der Mutter einzunehmen (Bock und Duden, 1977). Damit wurden die Aufgaben der Frau an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Das „in der haushaltszentrierten Wirtschaft eng kooperierende Ehepaar“ aus der frühen Neuzeit verschwand mit der Industrialisierung fast gänzlich aus der bürgerlichen Realität (Hausen, 2000).

Diese Aufteilung der Tätigkeiten innerhalb der Gesellschaft und vor allem innerhalb der Familie wurde durch die biologischen und körperlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau legitimiert und als natürlich betrachtet (Beauvoir, 1992). Der Mann nimmt die Stellung des ökonomischen Oberhaupts ein, die Frau bzw. die Frauen sind ihm in der Aufgabenverteilung untergeordnet. Hier lässt sich die traditionelle Geschlechterhierarchie erkennen. Diese Trennung förderte die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zuerst im Bürgertum und ist anschließend auch auf alle anderen Schichten übergegangen. Darauf basiert das male bread

winner model, bei dem Männern die Aufgabe zukommt, durch ihre außerhäusliche Erwerbsarbeit die Familie zu ernähren. Ohne die Hausfrau, die sich von bezahlter Erwerbsarbeit fernhält und sich dafür allein um die Hausarbeit und die Sorge um die Familienmitglieder kümmert, ist die außerhäusliche Erwerbsarbeit jedoch nicht realisierbar. Aus diesem Grund werden Familienkonstrukte, die dem male bread winner model zugrunde liegen, auch als Hausfrauenehe bezeichnet. Für Aulenbacher (2015) zeigt sich hier der Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die nicht nur auf die produktive Arbeit angewiesen ist, sondern auch „auf die Natur und die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit“ (Riegraf, 2017).

In der Wandlung zur kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft verwirklicht sich die Trennung der öffentlichen und der privaten, unsichtbaren Sphäre und die „Polarisierung der Geschlechtercharaktere“ (Hausen, 1976). Durch die Zuschreibung von bestimmten geschlechtsspezifischen Wesensmerkmalen kommt es zur Verbindung von Care-Arbeit und Weiblichkeit, die sich auch in der Verknüpfung der Vorstellung von Familie und Haushalt „als zentraler Ort der Reproduktion, der Emotionalität, der Affektivität, der Erholung und der Empathie, (...) als Ort, an dem Care und Care-Arbeit aus Liebe an anderen geleistet werden“ (Riegraf, 2017). Für Riegraf (2019) manifestiert sich in der Verbindung von dem Ort des Haushalts mit seinen zugeschriebenen Attributen und dem weiblichen Geschlecht die Konstruktion des „natürlichen Frau-Seins“, welches mit Empathie und Emotionalität sowie spezifischen Handlungsorientierungen in Zusammenhang mit Care-Arbeit und Angehörigen assoziiert werde. Während der private Haushalt und Sorgetätigkeiten in die Unsichtbarkeit gedrängt werden, finde die Erwerbsarbeit in der Öffentlichkeit statt, und werde mit gesellschaftlich männlich konnotierten Eigenschaften und Handlungsorientierungen, wie Rationalität und vernunftbezogenes Handeln, verbunden. Somit erfährt die öffentliche Sphäre eine Auf- und die private Sphäre eine Abwertung. In der Nachkriegszeit fanden erste Reformbestrebungen innerhalb des Aufbaus des Wohlfahrtsstaates statt, indem die zuvor ausschließlich in der privaten Sphäre stattfindende Care-Arbeit erste Ergänzungen durch wohlfahrtsstaatliche Organisationen fand. Die Hauptlast wurde jedoch immer noch im Rahmen des klassischen Kleinfamilienmodells von Frauen getragen (Riegraf, 2019).

Die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts zeichnet sich durch die voranschreitende Vernachlässigung der vermeintlich natürlichen Rollenzuschreibung aus, sodass sich das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern in vielen Bereichen maßgeblich verringern konnte

(Kunze, 2009). Nach Höllinger (2018) ist es für die Angleichung von Rechten und Möglichkeiten zwischen Männern und Frauen von essentieller Bedeutung, die ausschließliche Verantwortlichkeiten für Sorgearbeiten weg von den Frauen hin zu einer geschlechtsneutralen Tätigkeit zu fördern. Auch wenn in der Popkultur und in den Medien häufig das zugespitzte Bild der 50er Jahre Hausfrau gezeichnet wird (ebenso in dem medialen Diskurs zur Verteilung von Care-Arbeit während der Corona-Krise wie der Titel dieser Arbeit zeigt), war das male bread winner model und die Hausfrauenehe bis in die 1970er Jahre das vorherrschende Familienkonstrukt. Erst ab diesem Zeitpunkt wurde das traditionelle bürgerliche Familienmodell insbesondere durch den soziodemographischen, soziokulturellen und technologischen Wandel angezweifelt und Frauen forderten zunehmend die Teilnahme am außerhäuslichen Erwerbsarbeitsmarkt. Diese Wandlungsprozesse zeigten sich beispielsweise im Rückgang der Geburtenrate oder der Verbreitung von Empfängnisverhütung, wodurch Frauen weniger Zeit für die Kinderbetreuung aufbringen mussten und mehr Ressourcen für andere Tätigkeiten frei wurden. Auf der anderen Seite haben neue Haushaltstechnologien die Hausarbeitszeit erheblich reduziert, sodass die klassische Hausfrauenrolle immer weniger Zeit beanspruchte und das Bildungsniveau bei Frauen anstieg (Höllinger, 2018). Zudem wurde in den 1970er Jahren die Definition von Arbeit, da unbezahlte Care-Arbeit bisher als nicht notwendige Arbeit empfunden wurde, und die Verbindung von Sorgearbeit und Geschlecht in Frage gestellt, indem die Naturgegebenheit des „Sozialcharakters“ von Frauen (Hausen, 1976) und die Care-Arbeit als „Liebesdienst“ (Bock und Duden, 1977) hinterfragt wurden.

Die 1970er Jahre waren auch der Ursprung des modernen Feminismus, der gesamtgesellschaftliche Beachtung fand, und dessen Forderungen nach der Gleichstellung der Geschlechter auch politisch an Gewicht gewann (Peuckert, 2008). Höllinger (2018) spricht in diesem Sinne von einem tiefgreifenden soziokulturellen Wertewandel, in dem gesellschaftliche Hierarchien und Autoritätsverhältnisse hinterfragt wurden. So wurde vom „International Feminist Collective“ 1972 die internationale Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ ins Leben gerufen, die auf die gesellschaftliche Bedeutung der unsichtbaren Versorgungsarbeit hinwies und auf Care-Arbeit als die unsichtbare Voraussetzung für die kapitalistische Produktion hinwies, mit der Forderung nach Bezahlung der sorgenden Tätigkeit. Da diese eine zwingende Notwendigkeit zur Erbringung der Arbeitskraft für Erwerbsarbeit ist, sollte sie in der Ökonomie nicht mehr nur als reproduktive Arbeit aufscheinen, sondern auch in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mitaufgenommen werden (Scheele, 2019). Hausarbeit wurde durch die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ das erste Mal politisiert und fand so Eingang in den

öffentlichen Diskurs, auch wenn sie noch lange ein politisches Randthema blieb. Die Corona-Krise hat das Anliegen wieder sichtbar gemacht und in den Vordergrund gerückt, sodass es auch mediale Aufmerksamkeit, außerhalb von feministischen special interest Medien, bekommen hat.

Bis zur Reformierung des Familienrechts galt das Modell der „patriarchalen Versorgungsehe“, in der Frau und Kinder dem männlichen Oberhaupt untergeordnet waren. Sie wurde schließlich durch ein partnerschaftlich orientiertes Ehe- und Familienmodell erneuert (Bauer, 1995). Das hatte auch Auswirkungen auf die Einstellungen von Frauen in Bezug auf ihre Lebensplanung. Das galt anfangs vor allem für Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen, die sich von den traditionellen Rollenzuschreibungen des „Daseins für Andere“ mehr und mehr abwendeten (Beck-Gernsheim, 1983), hin zu einer individuelleren Lebensgestaltung (Beck, 1996). In diesem ersten Aufbrechen der Geschlechterrollen wurde die Möglichkeit des gleichzeitigen Mutterseins und Erwerbsarbeitslebens gefordert, welche zu einer Doppelbelastung für Frauen wurde. Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit und der Entlastung von Frauen veränderte sich auch im weiteren Verlauf des Wertewandels der Anspruch an die Beteiligung von Männern an der familialen Sorgearbeit (Meuser, 2011). Höllinger (2018) führt weiter aus, dass die postmoderne Form des partnerschaftlichen Zusammenlebens nicht mehr auf festen Geschlechterrollen gegründet sei, da die Spielregeln für die Gestaltung der Paarbeziehung, Erledigung der Hausarbeit und Betreuung der Kinder individuell zwischen Mann und Frau ausgehandelt werde. Das adult worker model soll das male bread winner model ablösen: Care-Arbeit wird von Personen erbracht, die außerhäuslicher Erwerbsarbeit nachgehen, unabhängig von ihrem Geschlecht und Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern, die sich ihre Existenz eigenständig über Lohnarbeit sichern (Lutz, 2010). Durch die Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt entsteht eine Lücke in der familialen Care-Arbeit. Aus diesem Grund werden „haushaltsnahe Dienstleistungen“ als bezahlte Lohnarbeit teilweise institutionalisiert, jedoch meist weiblich konnotiert angeboten, oder von Frauen mit Migrationsgeschichte über geringfügige Jobs bzw. im informellen Sektor übernommen (Riegraf, 2017). Damit scheinen Differenzdiskurse entlang von Geschlecht und Ethnie gegenwärtig erneut durch (Klinger, 2003).

Eine gleichberechtigte Partnerschaft wie im adult worker model ist trotzdem nur in wenigen Fällen der Ersatz für das male bread winner model bzw. die Hausfrauenehe. Die Tendenz geht in die Richtung einer „Hinzuverdiener-Ehe“, in der Frauen neben der

Vollzeitbeschäftigung des Mannes eine Teilzeitbeschäftigung abseits vom Normalarbeitsverhältnis eingehen und weiterhin den Hauptteil der Care-Arbeit übernehmen. Der Anteil an Frauen in Teilzeitbeschäftigungen steigt, wenn Kinder im kindergarten- bzw. schulpflichtigen Alter in der Familie sind. Es zeigt sich jedoch, dass es für Mütter schwerer ist, (wieder) in ein Vollzeiterwerbsleben zu wechseln, nachdem die Kinder nicht mehr betreuungsbedürftig sind, während Männer unabhängig vom Alter der Kinder ihre Erwerbstätigkeit bestimmen können (Kreimer 2009; Kaindl und Schipfer, 2015). Somit verbleiben insbesondere Mütter in finanzieller Abhängigkeit zu ihrem (Ehe-)Partner und erfahren nach wie vor ökonomische Ungleichheiten, die sich bis heute im Gender Pay Gap und im Gender Pension Gap niederschlagen. In der Corona-Krise hat sich die ungleiche Verteilung durch den Wegfall der außerfamilialen Care-Dienstleistungen zugespitzt und die vermeintliche Gleichberechtigung in Frage gestellt. Die Analyse des öffentlichen Diskurses soll helfen, Aufschluss über andere Lösungsansätze für das Aufbrechen der ungleichen Verteilung zu geben.

2.3 Exkurs: Medien und Geschlecht

Da sich diese Arbeit auch mit der Analyse von Geschlechterdarstellungen innerhalb des medialen Diskurses zu unbezahlter Care-Arbeit befasst, kommen wir nicht daran vorbei, einen Blick auf das Verhältnis von Medien und Geschlecht zu werfen. Für die „herrschaftskritische“ Untersuchung der „Verfasstheit von Geschlechterverhältnissen“ eignen sich Massenmedien besonders gut (Drüeke/Klaus, 2014).

Die Gender Studies machen Machtverhältnisse sichtbar, indem sie Ausgrenzungs- und Marginalisierungsprozesse als politische Anliegen verstehen (Becker-Schmidt, 2006). Geschlecht wird als ein Konstrukt und ein kulturelles Zeichen begriffen, mit dem gesellschaftliche Entwicklungen und Positionierungen erklärt und gedeutet werden können (Drüeke/Klaus, 2014). Im Sinne des „doing gender“ wird Geschlecht in Prozessen des Handelns hergestellt, denen wiederum Bedeutungen zugewiesen werden. Diese Bedeutungen bilden sich im stetigen Prozess des Aushandelns heraus, welcher in existierende Macht- und Hierarchieverhältnisse eingebunden ist (Dürecke/ Klaus, 2014). Demnach ist Geschlecht nicht etwas, das wir haben oder etwas, das wir sind, sondern etwas, das wir tun. Somit ist Geschlecht nur in scheinbar individuelle Handlungen eingeschrieben (Hagemann-White, 1993. Wenn

Geschlecht eine gesellschaftliche Strukturkategorie ist, dann sind mit ihr mehr als geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen und -vorgaben verbunden, sondern sie trägt zu einer horizontalen und vertikalen Gliederung der Gesellschaft und ihrer Institutionen bei (Düreke/ Klaus, Jahr). So ist zu hinterfragen, inwieweit Geschlecht als Individualmerkmal und die Gruppe „Frau“ als homogene Gruppe konstruiert wird, mit gemeinsamen Interessen, ähnlichen sozialen Merkmalen sowie Handlungspraktiken und -perspektiven. In Bezug auf die Analyse von Medien ist zu untersuchen, ob diese Konstruktion der Gruppe „Frau“ und der Geschlechterzuschreibungen medial fortgesetzt und neu hergestellt wird, die so zum Prozess des Bestätigens beitragen. Im Umkehrschluss geht es auch um die Konstruktion der Gruppe „Mann“, die in der Diskussion um das „doing gender“ oft vernachlässigt wird.

Das Spannungsverhältnis von Öffentlichkeit und privater Sphäre kommt nicht nur innerhalb der Debatte von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit zum Vorschein. Auch im medialen Kontext ist Öffentlichkeit kein geschlechtsloser Ort demokratischer Willensbildung, denn Selbstverständigung findet nicht nur im Privaten, sondern auch in öffentlich-politischen Diskursen statt (Dackweiler/ Holland-Cunz, 1991). Durch die Verortung von Lebensbereichen in den öffentlichen oder privaten Raum werden auch immer Machtverhältnisse mitgetragen, „die Ungleichheiten produzieren und reproduzieren“ (Düreke/ Klaus, 2014). So können Medieninhalte geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen auf der einen Seite konstruieren und aufrechterhalten, auf der anderen Seite aber auch hinterfragen und verändern. Sie bieten dabei immer auch Identifikationsangebote für ihre Rezipient*innen. Durch das ständige Wiederholen können hierarchisierende Geschlechterkonstruktionen und -dualismen produziert und gefestigt werden (Düreke/ Klaus, 2014). Auch wenn sich im Laufe der letzten Jahrzehnte die mediale Agenda für die Themen von Frauenbewegungen geöffnet hat, stellen Medien für Flicker (2008) keine adäquaten Ressourcen dar, um diese Botschaften zu transportieren: Da bis heute viele Redaktionen männlich dominiert sind und somit männlichen Hierarchien unterliegen, sei der Männlichkeitsbias in Medienstrukturen fest verankert.

Aus diesem Grund ist die Analyse von medialen Inhalten in Bezug auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse, insbesondere bei geschlechtsspezifischen Ungleichheiten wie der Verteilung von Arbeit, wichtig, um den öffentlich-politischen Diskurs zu verstehen und Lösungsansätze zu bieten.

2.4 Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei bezahlter und unbezahlter Arbeit

Wie im vorangegangenen Kapitel ausführlich beschrieben, ist die Abgrenzung von bezahlter und unbezahlter Arbeit historisch begründet: Im Zuge der Industrialisierung unterscheidet Adam Smith (1776) zwischen „produktiver“ und „unproduktiver“ Arbeit. Smith (1776) konzentriert sich auf den ökonomischen Kern von Arbeit, nämlich einen Wert zu bilden. Obwohl diese Definition von Arbeit aus dem 18. Jahrhundert stammt, hat sie sich bis heute in einigen Bereichen nicht gewandelt. Sozialleistungen und soziale Absicherung sind auch im modernen Wohlfahrtsstaat an die Erbringung von Leistung im Sinne einer „produktiven“ Erwerbstätigkeit geknüpft. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung mit ihren Geschlechtszuschreibungen ist somit fest im Sozialstaat verankert und kann als zentrale Ursache für die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gesehen werden (Scheele, 2009). Obwohl die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist, bleibt ihr geleistetes Erwerbsarbeitsvolumen gleich, da Frauen den größten Anteil der in Teilzeit arbeitenden Personen ausmachen.

Sorgearbeit kann bezahlt und unbezahlt, professionell und innerhalb der Familie ausgeführt werden, ist jedoch größtenteils weiblich konnotiert. Wenn sie bezahlt wird, dann schlecht. Die Ausübenden sind oft finanziell abhängig von ihren Partnern und finden sich überdurchschnittlich oft in prekären Lebenssituationen wieder. Mit der Vergeschlechtlichung von Tätigkeiten gehen bestimmte Auf- bzw. Abwertungsmechanismen einher. Gut bezahlte Tätigkeiten, die mit Professionalisierung, Akademisierung, Verwissenschaftlichung und Aufstiegschancen einhergehen, deuten auf eine Vermännlichung von Tätigkeiten hin. Im Gegensatz dazu stehen weiblich konnotierte Tätigkeiten, wie solche, die der Care-Arbeit zugeordnet werden. Hier werden Deprofessionalisierungstendenzen deutlich, die mit Einsparungen von Ressourcen und Personal einhergehen (Senghaas-Konobloch, 2008). Damit rutschen Care und Care-Arbeit zunehmend in den informellen Sektor (Aulenbacher et al., 2017). Familiäre Sorgearbeit wird dem informellen Sektor zugeschrieben und unbezahlt im privaten Haushalt erbracht, überdurchschnittlich oft von weiblichen Familienangehörigen für Kinder und ältere pflegebedürftige Menschen. Die Ausübung der familialen Sorgearbeit ist für Frauen Ausgangspunkt für ihre Benachteiligung in der Erwerbstätigkeit und der Gesellschaft. Durch die sorgenden Tätigkeiten wird die Erwerbstätigkeit in vielen Fällen reduziert oder sogar ganz aufgegeben, sodass eine Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit des (männlichen) Partners entsteht. Die männliche volle Erwerbstätigkeit erhält die eigene Reproduktion und die der

Familie. Der familialen Sorgearbeit steht die professionelle Care-Arbeit gegenüber, die der bezahlten Erwerbstätigkeit im formellen Beschäftigungssystem zuzuordnen ist. Sie findet anders als die familiäre Care-Arbeit in der öffentlichen Sphäre statt und ist Professionalisierungstendenzen unterworfen, wobei sie von angestellten und mehrheitlich weiblichen Erwerbstätigen ausgeübt wird. Hier öffnet sich für Frauen zwar die Möglichkeit des gleichzeitigen „Mutterseins“ und des Erwerbsarbeitslebens, dennoch finden sich Frauen, vor allem, wenn sie in den sozialen Dienstleistungen tätig sind, eher in prekären Erwerbsarbeitsbedingungen wie dem Teilzeitmodell wieder. Insbesondere hier wird das Zusammenspiel aus Gender Care, Gender Pay und Gender Pension Gap sichtbar. Denn die Übernahme von unbezahlten Sorgetätigkeiten führt zur Reduzierung der Erwerbstätigkeit und des eigenen Einkommens. Die Folge ist eine fehlende Absicherung gegen Beschäftigungsrisiken und eine unzureichende Pensionsvorsorge, weswegen Frauen anfälliger für Altersarmut sind (Scheele, 2019). Es wird deutlich, dass sich Geschlecht und die Position innerhalb der Gesellschaft über die Verteilung von Arbeit manifestiert.

Wie sich die Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in Familien gestaltet, hängt also primär von der geschlechtsspezifischen Verteilung ab, gleichzeitig aber auch vom sozioökonomischen Status der Eltern. Winker (2015) hat vier Reproduktionsmodelle entworfen, die die Ungleichheit von Eltern anhand ihrer unterschiedlichen sozio-ökonomischen Bedingungen systematisiert. Unter dem ökonomisierten Reproduktionsmodell fasst Winker (2015) „alle Familien, in denen Erwerbstätige unbefristet und vollzeitbeschäftigt in sozial abgesicherten Normalarbeitsverhältnissen tätig sind, sofern deren verfügbares Familieneinkommen 120% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens übersteigt.“ Da die Erwerbstätigen voll erwerbstätig sind, wird die familiäre Care-Arbeit wie die Kinderbetreuung privatwirtschaftlich abgegeben, häufig an weibliche (migrantische) Sorgearbeitende in prekären Arbeitsbedingungen. Familien, in denen „idealtypisch zwei Elternteile aktiv erwerbstätig sind, allerdings nur einer, meist der männliche Teil, in Vollzeit, während die andere, meist die Frau, Teilzeit beschäftigt ist“, werden dem paarzentrierten Familienmodell zugeordnet. In diesem Modell ist es oft die Frau, die Teilzeit arbeitet, um sich zusätzlich noch der unbezahlten familialen Care-Arbeit zu widmen. Sie ist deswegen vom Partner im Normalarbeitsverhältnis abhängig und erfährt bei einer Trennung ökonomische Nachteile. Eltern mit einem Einkommen von 60% bis 80% des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens leben im prekären Reproduktionsmodell. Diese Familien sind nicht in der Lage ihre Existenz über ihre Erwerbsarbeit zu sichern und leiden unter der Doppelbelastung aus Erwerbsarbeit und familialer Care-Arbeit und dem ständigen Druck ihre prekäre Situation zu verbessern. Winker

(2015) verortet Familien, die auf die Mindestsicherung angewiesen sind, im subsistenzorientierten Reproduktionsmodell. Neben der finanziellen Not erfahren die Familien auch eine gesellschaftliche Abwertung durch ihre Angewiesenheit auf Sozialhilfe und die fehlende Teilhabe am Erwerbsarbeitsleben, wodurch auch ihre gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt ist. Der sozioökonomische Status von Familien kann Aufschluss darüber geben, inwieweit Väter und Mütter in den Arbeitsmarkt integriert sind, sie finanzielle und zeitliche Ressourcen für familiäre Sorgearbeit haben, sie auf wohlfahrtsstaatliche Hilfeleistungen angewiesen sind und wie viel Ressourcen sie für privatwirtschaftliche Care-Arbeit aufbringen können bzw. müssen. Winker (2015) lässt in ihrem Modell der Familienkonstruktionen allerdings die Kategorie der Migrationsgeschichte aus, die gerade bei der Analyse von Care-Arbeit besonders wichtig ist: Familien mit Migrationsgeschichte finden sich oft in prekären Lebenssituationen wieder und Frauen mit Migrationsgeschichte übernehmen vorwiegend schlecht bezahlte Care-Arbeit im Dienstleistungssektor.

Bei geschlechtsspezifischen Verteilungsfragen und ihrer Analyse kann demnach nicht generalisierend von „der Familie“, „der Mutter“ oder „dem Vater“ gesprochen werden, ohne dass die sozioökonomischen Unterschiede von Familien beachtet werden. Darauf muss auch bei der Diskursanalyse dieser Arbeit ein Augenmerk gelegt werden.

2.5 Vereinbarkeitsproblematik

Mit dem gesellschaftlichen Wandel findet sich das male breadwinner model und die Hausfrauenehe inzwischen in der Minderheit der Familienkonstruktionen wieder. Mit der zunehmenden Eroberung des Erwerbsarbeitsmarktes durch Frauen ist der männliche Familienalleinernährer ein Auslaufmodell, wodurch eine Lücke in der familialen Sorgetätigkeit entsteht. In dem adult worker model wurde die Kategorie Geschlecht prinzipiell aus der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Sorgearbeit entfernt. Dies entspricht jedoch nicht der Realität, in der Frauen oft in einer Hinzuverdienerehe in Teilzeit arbeiten und trotzdem noch die Hauptlast der Care-Tätigkeiten übernehmen, die jedoch in der privaten Sphäre stattfinden und somit unsichtbar bleiben (Lutz, 2010). Sichtbar wird die unbezahlte Sorgearbeit nur, wenn die Ausübenden Nachteile erfahren. Durch die Pflicht zum gleichzeitigen Erfüllen von Erwerbs- und Sorgearbeit entsteht eine Vereinbarkeitsproblematik, von der vor allem Frauen betroffen sind. Sie äußert sich beispielsweise in einem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt,

da eine Vollzeiterwerbstätigkeit oft nicht möglich ist, oder durch eine Doppelbelastung, die sich auf alle Lebensbereiche auswirkt (Jürgens, 2010).

Das Konzept der doppelten Vergesellschaftung von Frauen verweist auf die Benachteiligungsmuster, denen Frauen durch die doppelte Einbringung ihres Arbeitsvermögens im Kontext unbezahlter Reproduktionsarbeit und marktförmiger Erwerbsarbeit ausgesetzt sind. Becker-Schmidt (2003) begreift den Begriff der Vergesellschaftung als „Prozess, der aus Individuen Gesellschaftsmitglieder macht“ und definiert Arbeit als Medium der Vergesellschaftung. Demnach stünden Frauen unter anderem durch die Einbindung in zwei Arbeitsfelder und dem ständigen Umschalten zwischen den beiden Arbeitsfeldern unter psychischem Druck, der durch den Wunsch nach privater und öffentlicher Anerkennung sowie nach häuslichem und betrieblichem Kompetenzerwerb verstärkt wird. Dabei spielen die eigenen Erwartungen von Frauen an sich selbst aufgrund der gesellschaftlichen Erwartungen eine wichtige Rolle. Im öffentlichen Diskurs lässt sich beispielsweise die Bezeichnung der „Rabenmutter“ finden, die Vollzeit arbeitet und institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nimmt. Das Wahrnehmen der Rolle als Hausfrau und Mutter ohne Erwerbsarbeit wird dagegen häufig mit dem Zusatz „nur“ versehen, denn sie steht im Widerspruch zur modernen, finanziell unabhängigen Frau. Die doppelte Vergesellschaftung gehe mit einer doppelten Diskriminierung von Frauen einher, die mit ihrer unbezahlten reproduktiven Arbeit zum Bevölkerungserhalt beitragen und dazu in der männlich konnotierten Arbeitswelt bestehen müssen und somit doppelt in das Sozialgefüge eingebunden sind. Das politische System und Unternehmen locken Wählerinnen und Arbeitnehmerinnen mit dem Versprechen der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dennoch bedeute die Vereinbarung von beidem ein hohes Level an Stress, „kaum Zeit für eigene Bedürfnisse“ und „Verschleiß von Lebenskraft“ (Becker-Schmidt, 2003).

Um der Vereinbarkeitsproblematik und den widersprüchlichen Erwartungen, denen Frauen unterliegen, entgegenzuwirken, braucht es wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen, welche die gleiche Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit fördern. Im nachfolgenden Kapitel wird aus diesem Grund die Organisation von Care-Arbeit im österreichischen Wohlfahrtsstaat skizziert, dessen Rahmenbedingungen im öffentlichen und politischen Diskurs immer wieder neu ausverhandelt werden.

2.6 Sorgearbeit im Wohlfahrtsstaat

In wohlfahrtsstaatlich organisierten Staaten gibt es eine Trennung zwischen Care und Care-Arbeit, die im Privaten und im Öffentlichen strukturiert ist, unbezahlt bzw. bezahlt und professionell verrichtet wird. Das soziale Recht auf elterliche Kinderbetreuung wurde in vielen europäischen Wohlfahrtsstaaten ab den 1990er Jahren gefördert, ebenso wie die staatlich getragene Pflegeinfrastruktur. Ein Großteil der ehemals familial ausgeübten Care-Arbeit wurde ausgelagert und in formal bezahlte Erwerbsarbeit umgewandelt. Trotz dessen wird die Betreuung kleiner Kinder meist von Familienangehörigen organisiert (Daly und Lewis, 2000; Bettio und Verashchagina, 2012).

Lewis und Ostner (1994) arbeiteten heraus, dass der Grad an Involviertheit von staatlicher Seite in die Organisation Care und Care-Work davon abhängt, wie stark die Ausrichtung der Sozialpolitik am male breadwinner model und dessen Familienbild ist. Inwieweit Familismus die Sozial- und Familienpolitik eines Wohlfahrtsstaates beeinflusst, zeigt sich über die Art und Weise der Leistungen, die für Familien zur Verfügung gestellt werden und wie unbezahlte Sorgearbeit vergütet wird (Leitner, 2013). Da das male breadwinner model in den letzten Jahrzehnten an Beliebtheit verloren hat, sieht sich wohlfahrtsstaatliche Politik mit gesellschaftlichem Wandel und einer Neuausrichtung des Care-Regimes konfrontiert. In der Widersprüchlichkeit von Care, Moderne und Kapitalismus und der Orientierung an dem Menschenbild des Homo oeconomicus, mutiert der Wohlfahrtsstaat zu einem Dienstleistungsunternehmen und Sorge zu einem Management Posten, der möglichst effizient ausgeführt wird (Riegraf, 2007; Klenk und Pavolini, 2015). Wohlfahrtsstaatliche Anreizsysteme entlang der Cash for Care-Politik, wie sie im DACH-Raum üblich sind, sollen Lücken im wohlfahrtsstaatlichen Care-System ausfüllen, führen in der Praxis jedoch häufig zur Auslagerung an Dienstleister*innen mit Migrationsgeschichte oder zur familialen unbezahlten Sorgearbeit, beide weiblich konnotiert.

2.6.1 Wohlfahrtsstaatliche Organisation von Care-Arbeit in Österreich

Mit der Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates haben sich nach und nach die Rahmenbedingungen für Frauen und Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern gewandelt. Schon 1888 wurde in Österreich die erste Form des Mutterschutzes eingeführt, der ein

Arbeitsverbot für Mütter kurz nach der Geburt und eine finanzielle Kompensation während der Pause beinhaltete. Ab 1957 wurde der vorerst noch unbezahlte Karenzurlaub für Mütter eingeführt, der einige Jahre später, 1961, durch eine Verlängerung und eine Bezahlung reformiert wurde. Obwohl die institutionelle Kinderbetreuung in Kindergärten als pädagogisch wertvoll angesehen und ihr Ausbau in den 1970er Jahren stark gefördert wurde, geschah dies nicht primär zur Entlastung von Müttern damit sich diese verstärkt in den Arbeitsmarkt integrieren konnten. Noch bis in die 1990er Jahre existierten kaum Kinderbetreuungsangebote für 0-bis 2-Jährige (Dörfler, 2019). Ein weiterer Meilenstein für den österreichischen Wohlfahrtsstaat war die Einführung der Elternkarenz 1990, die auch Väter miteinschließen und eine Aufteilung der Karenz ermöglichen sollte. Unter der Regierung Bundesregierung Schüssel I bzw. Schwarz-Blau I (2000 – 2003) wurde 2002 das Kinderbetreuungsgeld eingeführt, welches 2008 reformiert wurde, um eine Erwerbstätigkeit während der ersten Lebensjahre des betreuungspflichtigen Kindes zu erleichtern. Durch die Ermöglichung eines frühen Wiedereinstieges in die Erwerbsarbeit sollte sich an das ökonomische Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern angenähert werden und die Erhöhung der Väterbeteiligung ermöglicht werden. In der Phase zwischen 2008 und 2010 sollte die institutionelle Kinderbetreuung mit Fokus auf die Kleinkindbetreuung der unter 3-Jährigen schließlich erneut ausgebaut werden. Daneben wurde im Jahr 2009 ein kostenloses Kindergartenjahr für Vorschulkinder eingeführt, welches ab 2010 verpflichtend für die Einschulung in die Volksschule wurde. Durch die erneute Reform des Kinderbetreuungsgeldes wurde unter anderem eine neue Wahlmöglichkeit mit kürzerer Bezugsdauer und höherem Beihilfebetrags beschlossen, von der eine höhere Väterbeteiligung erwartet wurde. Entgegen der Erwartungen traf dies jedoch nicht ein, der Großteil der Bezieher*innen war nach der Reform weiblich und beanspruchte nach wie vor die längere Variante mit niedrigerem Beihilfebetrags (Dörfler, 2019). Die Idealisierung der familialen Care-Arbeit in einem konservativen Wohlfahrtsstaat wie Österreich spielt dabei sicher eine wichtige Rolle. Obwohl es sozialstaatliche Interventionen gibt und diese stetig reformiert werden, sind Missstände in der Care-Arbeit sichtbar, die sich beispielsweise in einem Mangel an ausreichenden Kinderbetreuungsplätzen zeigen.

Über den österreichischen Wohlfahrtsstaat kann familiäre Sorgearbeit auch entlohnt werden, z.B. durch Cash for Care-Maßnahmen. In Bezug auf die Kinderbetreuung fällt darunter beispielsweise das Kinderbetreuungsgeld, welches der österreichische Sozialstaat auszahlt. Im Gegensatz zu anderen Sozialleistungen müssen Cash for Care-Maßnahmen nicht an den Erwerbsstatus gebunden sein (Österle, 2014; Österle et al., 2010). Je nach der

sozioökonomischen Situation der Eltern kann das Kinderbetreuungsgeld in einem von zwei Ausführungen bezogen werden: Bei dem pauschalen Kinderbetreuungsgeld ist die Leistung unabhängig von einer Erwerbstätigkeit vor der Geburt eines Kindes, während das erwerbseinkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld an eine Erwerbstätigkeit vor der Geburt des Kindes geknüpft ist (BKA, 2021). Das pauschale Kinderbetreuungsgeld ist jedoch nicht anspruchsvoraussetzungslos. So muss beispielsweise die Durchführung der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nachgewiesen werden, die unter anderem fünf Untersuchungen der Mutter während der Schwangerschaft voraussetzen und die Betreuungspflichtigen müssen sich rechtmäßig in Österreich aufhalten (BKA, 2021). Für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld gelten andere Voraussetzungen: Die Betreuungspflichtigen müssen beispielsweise 182 Kalendertage vor der Geburt ohne Unterbrechung erwerbstätig gewesen sein. Dabei soll die Leistung als Einkommensersatz während der Erwerbspause durch Betreuungspflichten dienen und beträgt 80% der Letzteinkünfte und maximal 2.000 Euro pro Monat (BKA, 2021). Hier wird deutlich, dass eher das Elternteil mit geringerem Einkommen die Kinderbetreuung übernimmt und eine Erwerbspause in Kauf nimmt, da es ökonomisch sinnvoller ist, auf 20% des geringeren Einkommens zu verzichten. Angesichts der ungleichen Verteilung auf dem Arbeitsmarkt finden sich eher Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, somit sind auch sie es, die häufiger eine Erwerbspause einlegen, um die Kinderbetreuung zu übernehmen. Auch hier zeigt sich, dass sich die Cash for Care-Maßnahmen Ungleichheiten verstärkend auswirken.

Mit der Kinderbetreuungsbeihilfe ist es möglich, einen Zuschuss zu den Kinderbetreuungskosten von Kindergärten, Kinderkrippen, Horten oder für Tagesmütter bzw. -väter bei dem Arbeitsmarktservice zu beantragen, sofern die Betreuungskosten die finanziellen Möglichkeiten der Eltern übersteigen. Daneben gibt es noch zusätzliche regionenspezifische Fördermöglichkeiten für Familien mit geringem Einkommen (BKA, 2021). Die Familienbeihilfe soll die finanzielle Mehrbelastung der „Ernährung, Bekleidung, häuslichen Unterbringung und Erziehung von Kindern“ ausgleichen. Im Gegensatz zum Kinderbetreuungsgeld, welches nur für Kinder unter 15 Jahren beanspruchbar ist, kann die Familienbeihilfe grundsätzlich bis zum 24. Geburtstag des Kindes bezogen werden. Bei der Familienhilfe ist die Mutter vorrangig vor dem Vater anspruchsberechtigt. Die Geschlechterzuschreibung und -hierarchisierung wird durch die Familienbeihilfe reproduziert, indem die Betreuung und Erziehung von Kindern Frauen zugeordnet wird. Die österreichischen

Cash for Care-Maßnahmen wirken sich also geschlechtsspezifische Ungleichheiten verstärkend und familialistisch aus (mehr dazu in Kapitel 3).

Österreich zählt zu den wohlfahrtsstaatlich organisierten Ländern in Europa, die ein überwiegend traditionalistisches Geschlechterverhältnis aufweisen und zu den konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregimen gehören (Esping-Andersen, 1990). Bei konservativ-korporatistischen Staaten sind soziale Rechte vom sozialen Status und der Klassenzugehörigkeit abhängig und die Familienpolitik zeichnet sich durch Orientierung an der katholischen Kirche und dem traditionellen Familienmodell aus. Zudem gehört Österreich zu den Staaten mit explizierter und symbolischer Familienpolitik (Kaufmann, 2002). Auch wenn es im Vergleich zu anderen europäischen Staaten schon früh ein Familienministerium gegeben hat, war dieses mit wenig Kompetenzen ausgestattet. Eine Begründung sieht Kaufmann (2002) in dem gut etablierten Sozialversicherungssystem, welches bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts persönliche Rechte von Frauen innerhalb der Familie inkludierte. Charakteristisch für den deutschsprachigen Raum sind außerdem die föderalistischen Zuständigkeiten u.a. in den Bereichen Schulbildung und Kinderbetreuung, wonach jedes Bundesland unterschiedliche Regelungen aufweist. Folglich gibt es zum Teil deutliche Unterschiede in Qualität und Quantität. Nach Appelt und Fleischer (2014) stellt die familiäre Sorgearbeit in Österreich die wichtigste Ressource der informellen Care-Arbeit dar. Doch auch in Österreich hat der demographische Wandel sowie sich wandelnde gesellschaftliche und politische Einstellungen Auswirkungen darauf, wie Sorgearbeit organisiert wird. Durch die Ausweitung der Erwerbsarbeit auf beide Geschlechter kann familiäre Care-Arbeit nur durch Teilinstitutionalisierungen weiterbestehen. Anders herum kann auch weibliche Erwerbsarbeit nur durch die Institutionalisierung von Care-Arbeit stattfinden.

Angelehnt an das adult worker model gilt es als allgemeiner Konsens, dass die Gleichstellung der Geschlechter durch die von der Politik geförderten Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt am ehesten erreicht werde (Pfau-Effinger, 1999). Grundsätzlich müsse hierfür die familiäre Care-Arbeit ausgelagert werden, mithilfe ausreichender Ressourcen über wohlfahrtsstaatliche Finanzierung. Ob und in welchem Umfang familiäre oder öffentliche Kinderbetreuung von der Bevölkerung gewählt wird, hängt jedoch nicht nur von den institutionellen Rahmenbedingungen wie dem Kinderbetreuungsangebot ab, sondern auch von der kulturell bedingten Einstellung zur wohlfahrtsstaatlichen Übernahme von Care-Arbeit. In einigen Teilen der europäischen Bevölkerung gelte Care-Arbeit, die innerhalb der Familie

ausgeführt wird, immer noch als die idealste Form der Sorgearbeit (Pfau-Effinger/ Euler, 2014). Auch wenn es gute öffentliche Angebote für die Kinderbetreuung gibt, ist eine Inanspruchnahme von allen Teilen der Bevölkerung unwahrscheinlich, selbst wenn die Übernahme von elterlicher Kinderbetreuung mit Risiken u.a. auf dem Arbeitsmarkt einhergeht. Auch in Österreich sind die Einstellungen zu der Sorge um betreuungsbedürftige Kinder eher konservativ geprägt, wobei diese Einstellungen innerhalb der Wohlfahrtskultur anzusiedeln sind, die „kulturellen Werte und Leitbilder, die im Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat relevant sind“ (Pfau-Effinger, 2009, S.6). So haben nicht nur institutionelle Rahmenbedingungen Einfluss auf das menschliche Verhalten, sondern auch kulturelle Werte. Diese kulturellen Werte können durch den öffentlichen Diskurs verändert, aber auch verstärkt werden, indem Diskursteilnehmer*innen wie Medien beispielsweise Normalismen und Kollektivsymbolik reproduzieren.

Im politischen Kontext ordnen Appelt und Fleischer (2014) Österreich als „modifiziertes Familienerhalter-/ Hausfrauenmodell mit einem Mix aus familialisierenden und defamilialisierenden Regulierungen“ ein. Soziale Absicherung ist in Österreich, wie in vielen Wohlfahrtsstaaten, an den Status auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Das Kinderbetreuungsgeld ist dagegen jedoch eine anspruchslose Leistung, welche unabhängig vom Erwerbsstatus beantragt werden kann. Der Ausbau des österreichischen Wohlfahrtsstaates entfaltete sich entlang der Orientierung an den kulturellen Traditionen der katholischen Kirche, welche vor allem im ländlichen Raum nach wie vor Einfluss haben. Dabei kommen die Geschlechterhierarchie und eine hierarchisierende Exklusion der nichtösterreichischen Bevölkerung zum Ausdruck (Appelt und Fleischer, 2014). In Bezug auf das traditionelle heteronormative Familienbild zeigen sich auch in der Parteipolitik Konflikte im Diskurs zur familialen und staatlichen Kinderbetreuung. Laut des Regierungsprogramms aus dem Jahr 2020 der aktuellen türkis-grünen Regierung ist die Gleichstellung der Geschlechter vor allem durch die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, deswegen sollen Maßnahmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingung für die institutionelle Kinderbetreuung und die gleiche Verteilung bei unbezahlter Arbeit gesetzt werden: „Die angelernten Rollen und Rollenverhältnisse von Frauen und Männern müssen aufgegriffen werden. Frauen wie Männer brauchen mehr Gestaltungsfreiraum in ihrem Leben. Anreize für Männer, mehr unbezahlte Arbeit zu übernehmen, in Väterkarenz zu gehen oder den Papamonat in Anspruch zu nehmen, tragen zu einer gerechteren Verteilung von Erwerbs-, Familien-, Pflege- und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Männern und Frauen bei.“ (Regierungsprogramm, S.190) Es zeigt sich ein modernes Geschlechterverständnis und eine Ungleichheit, die es zu beheben gilt. Auf der

anderen Seite wird in dem Regierungsprogramm ein traditionelles Familienbild sichtbar, welches sich kaum gewandelt hat. Zwar wird die Bedeutung der institutionalisierten Kinderbetreuung hervorgehoben, sie wird jedoch mehr als unterstützende Maßnahme für Eltern denn als gleichwertiger Ersatz für die familiäre Betreuung dargestellt. Die Hauptverantwortung tragen die Eltern und die Familie sei der „beste“ Ort für die Kinderbetreuung und -erziehung, denn „Eltern müssen in ihrer wichtigen Aufgabe (der Kindererziehung) unterstützt werden“ und Familien seien die „Keimzelle der Gesellschaft“ (Regierungsprogramm, S.195).

Auch das Kinderbetreuungsgeld als anspruchslöse, von einer Erwerbstätigkeit unabhängige Leistung fördert die Hausfrauen- bzw. Hinzuverdienerehe und die (finanzielle) Abhängigkeit vom Partner im Normalarbeitsverhältnis (Leitner, 2011). Jedoch wird von der Bundesregierung explizit die „Vielfältigkeit unterschiedlicher Familienmodelle“ entgegen des heteronormativen Familienmodells anerkannt und die Wahlmöglichkeit für die Gestaltung des familialen Lebens betont (Regierungsprogramm, S.195). Es lässt sich ein, wenn auch langsam, voranschreitender Wertewandel und ein Wandel auf der Ebene der institutionellen Rahmenbedingungen erkennen, der sich seit den 1990er Jahren in Österreich vollzieht (Dörfler, 2019). Für die Diskursanalyse dieser Arbeit wird es deshalb auch von Interesse sein, ob sich dieser Anflug eines Wertewandels trotz der Corona-Krise und ihrer Auswirkung im öffentlichen Diskurs fortsetzen kann, bzw. überhaupt aufgenommen wird.

2.7 Unbezahlte Care-Arbeit in Zeiten der Corona Krise

Schon die Auswirkungen der Finanzkrise und der EU-Austeritätspolitik auf Griechenland zeigte eine Neuverteilung von Sorgearbeit, als wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht mehr aufrechterhalten werden konnten. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern erfuhr eine Rückentwicklung hin zu einer Ungleichheit zu Lasten von Frauen (Aulenbacher et al., 2018). Ähnliches hat sich auch für die unbezahlte Sorgearbeit innerhalb der Familie während der Corona-Krise gezeigt.

Eine der ersten Maßnahmen Österreichs und vieler anderer Staaten zur Eindämmung der Ausbreitung von Covid-19 war es, dass öffentliche Leben soweit wie möglich zu einem Stillstand kommen zu lassen. Dazu wurden schnell und kurzfristig unter anderem Schulen, Kindergärten, Gaststätten und Einkaufsläden geschlossen. Die Ausnahme bildeten systemrelevante Einrichtungen wie Krankenhäuser, Arztpraxen, Supermärkte, Apotheken oder

die Post. Während viele Unternehmen ihre Mitarbeiter*innen in die Kurzarbeit schicken mussten, wurden die übrigen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen per Verordnung dazu angehalten, wenn möglich, auf Home-Office umzusteigen. Einzig viele sogenannte systemrelevante Berufe, die häufig klassische Frauenberufe und zudem oft schlecht bezahlt sind, waren davon ausgenommen (Koebe et al., 2020). Trotz dessen schien die Kombination aus reduzierter Erwerbstätigkeit und erhöhter Sorgearbeit Frauen stärker zu treffen als Männer (Kohlrausch und Zucco, 2020). Die Hauptlast für die Kompensation der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten wurde vorwiegend von Müttern getragen, die zusätzlich zu der häufig im Home-Office stattfindenden Erwerbstätigkeit bewältigt werden musste. Das nächste Kapitel setzt sich detailliert mit der ungleichen Verteilung der Betreuungspflichten zu Lasten der Frauen während der Corona-Krise auseinander. Auch wenn das öffentliche Leben zwischen den einzelnen Lockdowns wieder hochgefahren wurde, fanden sich Schulen und Kindergärten stets unter den ersten Institutionen, die heruntergefahren wurden und über dessen Fahrplan zur erneuten Öffnung große Unsicherheit herrschte (Kohlrausch und Zucco, 2020). Die Betreuungspflichten mussten zum Großteil von staatlichen Institutionen auf Individuen übertragen werden, nur unter strengen Auflagen durften Eltern in systemrelevanten Berufen teilweise institutionalisierte Kinderbetreuung während der Lockdowns in Anspruch nehmen. Die Sorgearbeit fand somit fast ausschließlich in der privaten Sphäre statt und wurde damit zu einem wesentlichen Krisenbewältigungsort. Für die Krisenbewältigung erwartete das politische System gesellschaftliche Solidarität und kollektiven Zusammenhalt sowie individuelle Eigenverantwortung und Selbstfürsorge (Kettner und Sauer, 2021).

Um erwerbsarbeitstätige Eltern bei der Organisation der Kinderbetreuung zu unterstützen, die aufgrund der Kindergarten- und Schulschließungen fast ausschließlich im privaten stattfanden, haben die Sozialpartner das Recht auf Sonderbetreuungszeit für Eltern von bis zu drei Wochen bei 100% staatlich gezahlter Lohnfortzahlung durchgesetzt. Die Sonderbetreuungszeit sollte Eltern beispielsweise im Falle einer Covid-Infektion der eigenen Kinder oder während der Schulschließungen freistellen, damit sie dafür keinen Gebrauch von ihrem Urlaubsanspruch machen müssen. Problematisch wurde die gesetzliche Regelung während des 4. Lockdowns als die Schulen offenblieben, der Bildungsminister jedoch empfahl, die Kinder zuhause zu lassen. Damit entfiel der rechtliche Anspruch auf Sonderbetreuungszeit und die Eltern von betreuungsbedürftigen Kindern waren wieder auf sich allein gestellt (Arbeiterkammer, 2021).

Die österreichische Bundesregierung hat in ihren öffentlich kommunizierten Maßnahmen zu sorgenden Tätigkeiten während der Corona-Krise von einer Rhetorik der Geduld und Aufopferung Gebrauch gemacht, wohingegen sie bei ökonomischen Fragen dringende Sofortmaßnahmen und monetäre Ersatzleistungen diskutierten. Damit wurden in der Krisenpolitik im Kontext der unbezahlten Care-Arbeit geschlechtsspezifische Abwertungsmechanismen sichtbar. Da die Kommunikation der Krisenmaßnahmen ausschließlich über die Medien stattfand und die Medien während der Lockdowns für viele Menschen die einzige Informationsquelle waren, kommt ihnen in der Corona-Krise eine besondere Bedeutung zu und macht sie zu einem idealen Analysematerial. Wenn sich die Kommunikation der Maßnahmen auf die Sorgethematik bezog, dann als ökonomisch zu lösendes Problem und somit als Sorge um die Wirtschaft. Die (Für-) Sorge um den Menschen wurde dabei vernachlässigt (Dursun et al., 2021). Das politische System in Österreich griff auf die Ressource der unbezahlt erbrachten Care-Arbeit von Frauen zurück, um das Betreuungssystem außerhalb der Institutionalisierung aufrechtzuerhalten, ohne dabei die Bedingungen unter denen Care-Arbeit bewältigt wird zu berücksichtigen und ausreichende Unterstützung zur Verfügung zu stellen (Dowling, 2021; Durson et al., 2021). Es zeigt sich, dass sowohl die policy-Gestaltung während der Corona-Krise wie auch die gesellschaftlichen Erwartungen vergeschlechtlichten Verantwortungszuschreibungen für Sorgearbeit unterliegen (Dowling, 2021).

Nach dem Aufriss der theoretischen Verortung von Care ergeben sich folgende offene Fragen, die mithilfe der Diskursanalyse auf der medialen Diskursebene untersucht werden sollen:

1. Wenn Care-Arbeit per Definition als Voraussetzung für ein gutes Leben für alle gilt, welchen Anteil nimmt Care-Arbeit gerade in Krisenzeiten im medialen Diskurs ein?
2. Nicht nur die institutionellen Rahmenbedingungen, auch die kulturellen Einstellungen haben Einfluss auf die Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung bzw. auf die Idealisierung der familialen Care-Arbeit. Die (Teil-) Institutionalisierung von Kinderarbeit gilt als wichtiger Faktor für Geschlechtergerechtigkeit. Der öffentliche Diskurs kann ein Abbild dieser zeigen, kann zugleich aber auch auf die Einstellungen einwirken, indem er beispielsweise geschlechtsspezifische Zuschreibungen reproduziert. Was sagt der öffentliche Diskurs dazu aus?

3. Aus dem Diskurs lassen sich Herrschafts- und Machtverhältnisse ablesen, die im Großen das politische System beeinflussen und im scheinbar Kleinen die Familienkonstruktionen. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Diskursanalyse Aufschluss darüber geben kann, inwieweit die Verteilung von Arbeit innerhalb von Familien individuelle Entscheidungen sind oder vielmehr Produkt der Machtverhältnisse.

3 Care in Österreich

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gezeigt, dass weniger eine Verschiebung vom male breadwinner model hin zu einem adult worker model stattgefunden hat, als eine Ablösung der Hausfrauenehe durch die Hinzuverdienerehe, in der Frauen zwar in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert sind, meist jedoch in prekären Arbeitsverhältnissen, um nach wie vor den Großteil der familialen Care-Arbeit übernehmen zu können. Es zeigt sich, dass es in der privaten Sphäre nur einen leichten Wandel der geschlechtsspezifischen Verteilungsverhältnisse gegeben hat, wenn Frauen immer noch die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit übernehmen. Hier zeigt sich die ungleiche geschlechtsspezifische Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in Österreich (Benazha et al., 2021). Das folgende Kapitel skizziert die geschlechtsspezifische Verteilung von Arbeit, insbesondere im Kontext der Kinderbetreuung und der Erwerbsarbeit, vor und während der Corona-Krise. In dieser Arbeit beziehe ich mich ausschließlich auf die Care-Arbeit im Kontext der Kinderbetreuung, denn der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung steigt, wenn Kinder im kindergarten- bzw. schulpflichtigen Alter in der Familie sind. Die dargestellten Studien in Kapitel 3.3 zeigen, dass sich Kinder verstärkend auf die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit auswirken.

3.1 Österreichisches Care-Regime

Wie im vorherigen Kapitel dargelegt, kann familiäre Sorgearbeit über den österreichischen Wohlfahrtsstaat entlohnt werden, z.B. durch Cash for Care-Maßnahmen. Dass sich die österreichischen Cash for Care-Maßnahmen familialistisch und geschlechtsspezifische Ungleichheiten verstärkend auswirken, zeigt die Verteilung der Übernahme von Sorgearbeit:

Laut Statistik Austria (2019) haben 34% der in Österreich lebenden Menschen im Jahr 2018 regelmäßige oder gelegentliche Betreuungspflichten ausgeübt, wobei sich 29% der Sorgearbeit auf die Betreuung von Kindern bezieht. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich eine geschlechtsspezifische Verteilung: 81% der Männer mit betreuungspflichtigen Kindern unter 15 Jahren waren im Jahr 2018 erwerbstätig, während Frauen mit Betreuungspflichten nur zu 67 Prozent erwerbstätig waren (Statistik Austria, 2019). Bei der Verteilung von Teilzeitarbeit lässt sich ebenfalls eine Ungleichheit ausmachen. Da 47% der Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern in Teilzeit arbeiten, ist die Kombination aus Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung für Frauen relevanter als für Männer (Statistik Austria, 2019). Die Datenlage bestätigt einen Rückgang von Familienkonstrukten, die dem male bread winner model entsprechen, wobei in dem Anteil, in dem beide Elternteile arbeiten, Teilzeitarbeitende inkludiert sind (Statistik Austria, 2021). Es sind meist Frauen, die ihre Erwerbsarbeit zugunsten von Betreuungspflichten reduzieren und auf eine Vollzeiterwerbstätigkeit verzichten. Durch atypische Beschäftigungsmodelle wie Teilzeitarbeit erfahren sie eher ökonomische Nachteile und laufen eher Gefahr, später im Leben in die Altersarmut zu rutschen. Auch eine Studie aus dem Jahr 2020 zeigt, dass die geschlechtsspezifische Ungleichheit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit bei Menschen mit betreuungspflichtigen Kindern größer ist als bei Menschen, die Angehörige pflegen (Statistik Austria, 2020).

3.2 Kinderbetreuung in Österreich

Obwohl der Ausbau der Kinderbetreuung explizit im aktuellen Regierungsprogramm verankert ist, weist das Betreuungssystem in Österreich Widersprüchlichkeiten auf: Zwar ist ein Kindergartenjahr vor der Einschulung verpflichtend und seine Kosten werden vom Staat übernommen, der rechtliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz für das obligatorische Kindergartenjahr fehlt jedoch. Die Betreuung von betreuungsbedürftigen Kindern erfolgt entweder über Selbstbeiträge oder durch staatliche Unterstützung. Auch wenn es vielfältige institutionalisierte Kinderbetreuungsangebote gibt, wird die Kinderbetreuung in Österreich oftmals familial organisiert. Laut Bundeskanzleramt befinden sich über 56% der Betreuungseinrichtungen in Österreich in öffentlicher Hand, insbesondere in Hand von Gemeinden. 72% der Kindergärten werden von öffentlichen Gebietskörperschaften betrieben, während sich die Mehrheit von Kleinkindbetreuungseinrichtungen in privater Trägerschaft befinden. Dabei sind Kleinkindbetreuungseinrichtungen größtenteils in urbanen

Ballungszentren zu finden (Bundeskanzleramt, 2021). Für die Vereinbarkeit von Familie und Vollbeschäftigung hat die Arbeiterkammer Wien den Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF) geschaffen, mit dem Kinderbetreuungsangebote nach der Vereinbarkeit von Eltern und Vollzeitbeschäftigung bewertet werden können. Kinderbetreuungsangebote, die den VIF-Kriterien entsprechen, müssen mindestens 45 Stunden geöffnet haben, davon an vier Tagen mindestens 9 Stunden, Mittagessen anbieten und pro Jahr höchstens für 25 Betriebstage geschlossen haben (Arbeiterkammer Wien, 2015). Im Jahr 2021 haben insgesamt 64% der Kinderbetreuungseinrichtungen dem VIF entsprochen, davon befinden sich rund 30% in Wien (Bundeskanzleramt, 2021). Diese gravierenden Unterschiede im Angebot der außerfamilialen Kinderbetreuung lassen sich mit der alleinigen Zuständigkeit der Länder erklären, wobei der Bund die Länder im Bedarfsfall mit finanziellen Zuschüssen unterstützen kann. In Wien gibt es außerdem die meisten ganztägig betreuten Kinder (76,%), da Wien als einziges Bundesland eine gratis Ganztagesbetreuung anbietet (Statistik Austria, 2021).

In Österreich ist es möglich, staatliche finanzielle Hilfe für die Kinderbetreuung zu beantragen, durch die Familienbeihilfe, das Kinderbetreuungsgeld und die Kinderbetreuungsbeihilfe (siehe Kapitel 2.5.1). In vielen Bereichen ist das System der Kinderbetreuung jedoch immer noch an der Mutter des Kindes ausgerichtet, denn die weibliche Übernahme von Sorgearbeit ist für viele Familien ökonomisch attraktiver. Zudem sind es vornehmlich Frauen, die in der professionellen und formellen Kinderbetreuung tätig sind, was zusätzlich zu einer Vergeschlechtlichung der Tätigkeit des Betreuens und des Sorgens um Kinder führt. Die Gleichstellung der Geschlechter durch eine Forderung der feministischen Ökonomie unbezahlte Care-Arbeit mit in die volkswirtschaftliche Berechnung aufzunehmen, kann durch die aktuellen Cash for Care-Maßnahmen nur schwer erreicht werden.

3.2.1 Unbezahlte Arbeit: Familiäre Kinderbetreuung in Österreich

Die familiäre Kinderbetreuung mit ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist der unbezahlten Sorgearbeit zuzuordnen und bildet das dominierende System in Österreich. Dabei sind es vor allem die Mütter, denen diese Pflicht übertragen wird. Diese natürliche Zuschreibung des Sorgens zum Weiblichen hat seinen Ursprung im historischen Diskurs. Bei der Kinderbetreuung innerhalb der Familie ist durch die Zurückdrängung des male breadwinner Modells die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relevant geworden. Die Erwerbsquote von

Frauen hat sich langsam und stetig an die der Männer angenähert, sodass sie bei Frauen ohne betreuungsbedürftige Kinder bei 82,5% und bei Männern ohne Betreuungspflichten bei 82,3% liegt (Statistik Austria, 2021). Bei Eltern mit Betreuungspflichten ist die geschlechtsspezifische Differenz bei der Teilnahme am Arbeitsmarkt deutlicher spürbar und liegt bei Frauen zwischen 25-49 Jahren bei 75,7% und bei Männern bei 86,7% . Betrachtet man die Vollzeiterwerbsquote zeigt sich eine noch erheblichere Differenz, denn eine Erwerbstätigkeit ist für Frauen oft nur in Verbindung mit einer atypischen Beschäftigung wie der Teilzeitarbeit möglich. Während die Teilzeitquote von Frauen zwischen 25-49 Jahren im Jahr 2000 bei 51,6% lag, stieg sie 20 Jahre später auf 72,8% an (Statistik Austria, 2021). Die Statistik zeigt, dass das male breadwinner model zwar zurückgedrängt, es aber keineswegs durch das adult worker model, in dem das Geschlecht keine Rolle bei der Verteilung von Arbeit spielt, ersetzt wurde.

Gerade in Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern zeigt sich die geschlechtsspezifische Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit deutlich. Besonders bei betreuungsbedürftigen Kindern unter 15 Jahren sinkt die Erwerbsquote bei Frauen erheblich im Vergleich zu Frauen ohne Betreuungspflichten. Im Gegensatz dazu steigt die Erwerbsarbeitsquote bei Männern mit Betreuungspflichten leicht. Während die Erwerbsarbeitsbeteiligung bei Männern mit betreuungsbedürftigen Kindern unter 15 Jahren im Jahr 2020 bei 91,9% liegt, sind Frauen mit den gleichen Betreuungspflichten nur zu 68% auf dem Arbeitsmarkt vertreten (Statistik Austria, 2021). Oft ist die aktive Partizipation am Arbeitsmarkt für Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern nur möglich, indem sie eine Teilzeitbeschäftigung eingehen, um Arbeit und Familie vereinbaren zu können (Sparreboom, 2014). Eine Studie aus dem Jahr 2004 (Bucheberner-Ferstl, 2004) über die Verteilung von Hausarbeit und Kinderbetreuung in Partnerschaften zeigt auf, dass in fast der Hälfte aller Fälle von Paarhaushalten ohne Kinder Frauen „überwiegend alleine“ für die Hausarbeit verantwortlich sind, losgelöst vom Umfang der Erwerbsarbeit. Ist die Frau Alleinverdienerin, übernimmt sie immer noch 44,7% der Hausarbeit. Als verstärkender Faktor wirken sich Kinder auf die ungleiche Übernahme von Hausarbeit aus. Dabei ist es unwesentlich, ob Frauen erwerbstätig waren oder nicht, 61% von ihnen sind nun alleine für die Hausarbeit verantwortlich. Ebenso verhält es sich bei Paaren mit Kindern, wenn die Frau Alleinverdienerin ist: Bei 48% herrscht eine traditionelle Verteilung von Hausarbeit.

Bevor Kinder in die Partnerschaft kommen, herrscht überwiegend eine egalitäre Verteilung der Erwerbsarbeit. Mit dem ersten Kind verändern sich sowohl Erwerbsarbeitszeiten

sowie auch Sorgearbeitszeiten. Die Veränderung Letzterer geschieht vor allem eher unbemerkt und fließend in Richtung einer Traditionalisierung der Aufgabenverteilung. So gibt die Mehrheit der Paare an, die Verteilung der Hausarbeit sei implizit erfolgt, wobei die implizierte Hauptverantwortlichkeit der Frau auf der angenommenen und von Natur aus gegebenen höheren Kompetenz der Frau gründe (Bucheibner-Ferstl, 2004). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat demnach eine größere Bedeutung für Frauen. Es zeigt sich aber auch, dass es für Mütter schwerer ist, (wieder) in ein Vollzeitberufsleben zu wechseln, nachdem die Kinder nicht mehr betreuungsbedürftig sind, während Männer unabhängig vom Alter der Kinder ihre Erwerbstätigkeit bestimmen können (Kreimer 2009; Kaundl und Schipfer 2015). Die Autor*innen der Studie heben hervor, dass sie erstmalig einen Wandel in Bezug auf Vaterschaft und Kinderbetreuung feststellen konnten: Es gäbe eine stärkere Motivation sich an der Kinderbetreuung zu beteiligen und in Väterkarenz zu gehen gegenüber der Abneigung, Kinder außerhäuslich betreuen zu lassen. Ebenso verwundernd sind die Diskrepanzen zwischen Aussagen, die darauf hindeuten, dass eine gleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern für die meisten Paare zur Norm gehört, sie aber praktisch eher in den traditionellen Rollenverteilungen verbleiben. Deswegen erscheine die ungleiche Verteilung von Aufgaben innerhalb einer Partnerschaft eher als individuelle und persönliche Entscheidung und nicht als gesellschaftliche Wertvorstellung oder als Resultat des österreichischen Care-Regimes (Bucheibner-Ferstl, 2004).

3.2.2 Bezahlte, professionelle Arbeit: Kinderbetreuungseinrichtungen

Auch wenn sich diese Arbeit auf die unbezahlte Care-Arbeit bezieht, darf ihr Gegenpart, die bezahlte Care-Arbeit, für die diskursive Ausverhandlung nicht fehlen.

Durch die Corona-Krise und die von ihr ausgelösten Lockdowns wurden fast alle Betreuungsangebote für Kinder ausgesetzt. Zeitweise war professionelle Kinderbetreuung nur für Kinder von Eltern mit systemrelevanten Berufen verfügbar. Durch die Kontaktbeschränkungen war es zudem kaum möglich, auf informelle Kinderbetreuung durch Großeltern, Nachbarn oder Freunde auszuweichen. Welche Bedeutung das für Eltern und Kinder hat, zeigt sich in den Zahlen zur Nutzung von Kinderbetreuungsangeboten: Über die Hälfte der in Österreich lebenden Eltern nutzen regelmäßig Kinderbetreuungseinrichtungen (Statistik Austria, 2019). Das formelle System der österreichischen Kinderbetreuung war im

Jahr 2020/21 mit 373.881 Kindern in der Tagesbetreuung in insgesamt 9.549 institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen ausgelastet. Darunter befinden sich 4.582 Kindergärten, 2.471 Krippen und Kleinheime, 951 Horte und 1.599 altersgemischte Betreuungen von denen 57% durch öffentliche Körperschaften erhalten werden.

Noch deutlicher lassen sich die gesellschaftlichen Geschlechterzuschreibungen und die geschlechtsspezifische Verteilung auf dem Erwerbsarbeitsmarkt in der bezahlten, professionellen Kinderbetreuung ablesen: 61.113 Frauen und 1.881 Männer sind in Kinderbetreuungseinrichtungen tätig (Statistik Austria, 2021). Die Abwertungsmechanismen, die bei Tätigkeiten, die Geschlechterzuschreibungen unterliegen, wirken, werden bei Kinderbetreuungseinrichtungen besonders deutlich und dementsprechend auch weniger entlohnt (Appelt, 2014). Die Defizite bei der Auswahl an unterschiedlichen Angeboten, darunter fallen beispielsweise unzureichende Betreuungsmodelle für erwerbstätige Eltern, oder bei der Betreuungsqualität, verursacht durch Personalknappheit und Deprofessionalisierungstendenzen des Personals, weisen auf gravierende Mängel des Systems der institutionellen Kinderbetreuung in Österreich hin (Appelt, 2014; Fleischer, 2010). Die Corona-Krise hat die Situation des zuvor schon unzureichend ausgebauten Kinderbetreuungssystems deutlich verschärft, wodurch gänzlich auf die familiäre Sorgearbeit zurückgegriffen werden musste.

3.3 Kinderbetreuung während der Corona-Krise

Am 18. März 2020 wurden aufgrund der Corona-Verordnungen das erste Mal die Kinderbetreuungseinrichtungen für 2 Monate geschlossen. Weitere Male vom 17. November bis zum 6. Dezember 2020, vom 26. Dezember 2020 bis zum 7. Februar 2021 und vom 22. November bis zum 11. Dezember 2021. Die Eltern von betreuungsbedürftigen Kindern standen vor der Herausforderung, die bisherige Betreuung neu zu organisieren. Erschwert wurde dies zusätzlich durch die Kontaktbeschränkungen, infolgedessen auch viele der informellen Alternativen zur institutionellen Kinderbetreuung wegfielen, wie die Unterstützung von Bekannten und Verwandten. Diese Herausforderungen führten zu einer vielschichtigen Debatte um Kinderbetreuung, die medial und politisch ausgetragen wurde. Oft wurde zudem von einer Retraditionalisierung der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung gesprochen.

Auch wenn die traditionelle Rollenverteilung innerhalb von Familien entlang des male breadwinner models immer seltener in Österreich vertreten ist, zeigt sich, vor allem während der Pandemie, wie groß die geschlechtsspezifische Verteilungsproblematik immer noch ist. Ersetzt wurde die Hausfrauenehe mit der Hinzuverdienerehe, mit dem vollzeiterwerbstätigen Mann und der teilzeiterwerbstätigen Frau. Unabhängig von der Corona-Krise ist die Hinzuverdienerehe mit 46% das dominierende Modell bei Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern in Österreich. Bei fast einem Drittel der Familien ist es nur der Mann, der erwerbstätig ist. Gleichzeitig leben auch ein Drittel der Familien nach eigenen Angaben in traditionellen Rollenverteilungen, wobei der Mann sich als Erwerbstätiger und Ernährer versteht, während die Frau sich als Sorgende sieht (Berghammer, 2020). Familiäre Kinderbetreuung, die aus aktiver und passiver Zeit besteht, hat während der Lockdowns eine besondere Rolle innerhalb der Sorgetätigkeiten eingenommen (Berghammer und Beham-Rabanser, 2020). Obwohl sie auch schon vor der Corona-Krise ungleich zu Lasten von Frauen verteilt war, hat sich die ungleiche Verteilung noch verschärft: 47% der Frauen wendeten während der Pandemie mehr ihrer Zeit für die Kinderbetreuung auf, Männer dagegen nur 29%. Dazu reduzierten erwerbstätige Mütter ihre Arbeitszeit stärker als erwerbstätige Väter. Die Zeit, die Nicht-erwerbstätige Mütter für die Kinderbetreuung während der Pandemie aufwendeten, unterschied sich dagegen nicht sonderlich vom Vor-Pandemie-Niveau. Väter verbrachten insgesamt nur halb so oft mehr Zeit mit der Betreuung von Kindern. Somit waren es häufiger Mütter, die mehr von ihrer zur Verfügung stehenden Zeit in die Kinderbetreuung investierten und ihre Erwerbsarbeitszeit zu Gunsten von familialer Care-Arbeit zurücksteckten (Berghammer, 2020). Die Autor*innen schließen deshalb auf eine Retraditionalisierung von Rollenverteilungen innerhalb der Familie, die besonders bei Familien mit Kleinkindern sichtbar wurde. Sobald Kinder in das schulpflichtige Alter kommen, sinkt die aktive Zeit, die für die Betreuung von Kindern aufgewendet werden muss wieder.

Elternteile, die während des Lockdowns Vollzeit gearbeitet haben, waren am stärksten von der Doppelbelastung aus Arbeit, Kinderbetreuung und Homeschooling betroffen. Wobei Mütter sich stärker belastet fühlten, was sich aus der vermehrten Zeitaufwendung für unbezahlte Care-Arbeit ergibt. Durch das verordnete Home-Office hat sich die außerhäusliche Erwerbsarbeit ins private Häusliche verschoben. Das hat unter anderem dazu geführt, dass sich Väter, die im Home-Office arbeiteten, stärker an der Sorgearbeit beteiligten, als Väter, die außerhäuslicher Erwerbsarbeit nachgingen. Die Studie zeigt zudem, was sich auch schon vor der Pandemie ausmachen ließ: Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Paarhaushalten

mit Kindern und Paarhaushalten ohne Kinder, denn mit Kindern verdoppelte sich die Gesamtarbeitszeit der Paare während der Pandemie. Die geschlechtsspezifische Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit hat sich während der Corona-Krise nicht nur fortgesetzt, sondern sogar verschärft. Von der Verschärfung sind vor allem Frauen betroffen, denn zusätzlich zu dem durchschnittlich geringeren Umfang von Erwerbsarbeit durch eine Teilzeitbeschäftigung, kommen traditionelle geschlechtsspezifische Rollenverteilungen und -erwartungen hinzu (Berghammer und Geham-Rabanser, 2020).

Neben der ungleichen Verteilung entlang der Kategorie Geschlecht hatte auch der sozioökonomische Status von Eltern Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit. Die Arbeiterkammer Wien hat zwischen März und Dezember 2020 eine qualitative Längsschnittstudie zum Leben von 32 Eltern mit betreuungsbedürftigen Kindern während der Corona-Krise durchgeführt. Im Vergleich von vor einem Jahrzehnt hat sich keine signifikante Verbesserung hinsichtlich der Vereinbarkeit und Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit gezeigt. Vor allem für Frauen hat sich die Unvereinbarkeit, nicht zuletzt durch die Corona-Krise, verschärft. Besonders betroffen sind allerdings Alleinerziehende beider Geschlechter, wobei Frauen den größeren Anteil ausmachen. Sie gehören auch außerhalb der Krise zu einer prekären und vulnerablen Gruppe. Bei der Befragung zu ihren größten Ängsten zählten sie finanzielle Sorgen, psychische Belastungen wie Einsamkeit oder die Furcht vor einer Erkrankung und die aufgrund dessen nicht mehr mögliche Kinderbetreuung auf. Für Eltern in systemrelevanten Berufen konnten ähnlichen Belastungen ausgemacht werden. Auch in dieser Gruppe sind es zu einem großen Teil Frauen, die in systemrelevanten Berufen tätig sind (Arbeiterkammer Wien, 2021).

Unabhängig davon untersuchten auch Kittel et al. (2020) die Auswirkungen der Herausforderungen durch die Corona-Krise auf Eltern betreuungsbedürftiger Kinder. 18% der befragten Eltern mit betreuungsbedürftigen Kindern unter 14 Jahren gaben an, die Betreuungssituation während des Lockdowns als prekär empfunden zu haben. Die Autor*innen stellen fest, dass die Problematik der fehlenden Kinderbetreuung mit Öffnung der Wirtschaft zunahm, da ab diesem Zeitpunkt wieder mehr Eltern ihrer Erwerbstätigkeit in vollem Umfang nachgingen, während die Schulen weiterhin geschlossen blieben. Hier lassen sich die Auswirkungen der Priorisierung der Wirtschaft zum Nachteil der Familienpolitik ausmachen. Die größte Sorge bereitete Eltern die Frage nach der Organisation der Kinderbetreuung im Falle der eigenen Erkrankung oder der des Kindes. Für Eltern, die auch schon vor der Corona-Krise

Probleme bei der Organisation der Kinderbetreuung hatten, hat sich diese noch weiter verschärft (Kittel et al., 2020). Mit niedrigerem sozioökonomischen Status der Eltern war das Auffangen und Ersetzen der institutionellen Kinderbetreuung schwieriger zu vollbringen.

Auch Berghammers (2020) Ergebnisse innerhalb des Austrian Corona Panels bestätigen die Verschärfung der (Un-)Vereinbarkeit von Arbeit und Familie während der Pandemie. Die Autorin macht zwei unterschiedliche Konfliktfelder innerhalb von Familien mit und ohne Kinder aus: Den zeitbasierten und den belastungsbasierten Konflikt. Der zeitbasierte Konflikt fragt unter anderem nach der Vernachlässigung der Erwerbsarbeitszeit für familiäre Verpflichtungen, während der belastungsbasierte Konflikt nach Schwierigkeiten bei der Konzentration durch familiäre Verpflichtungen fragt. Insgesamt 51% der Befragten gaben an, während der Corona-Beschränkungen unter innerfamiliären und/oder partnerschaftlichen Konflikten zu leiden: Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern litten deutlich häufiger mit 61% unter Konflikten als Paare ohne Kinder mit 36%. Sobald Kinder das schulpflichtige Alter erreichen, sind Eltern weniger mit Work-Family-Konflikten konfrontiert, da die Kinder während des Homeschoolings weniger Aufmerksamkeit der Eltern benötigen als im Vorschulalter und so die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung einfacher wird. Das Alter von betreuungsbedürftigen Kindern wirkt sich daher konfliktverstärkend aus. Ein weiterer Faktor, der Work-Life-Konflikte fördert, ist beengter Wohnraum. Durch die Befragungen hat sich außerdem gezeigt, dass Väter öfter Work-Life-Konflikte erleben als Mütter, obwohl es die Mütter sind, die nachweislich die Hauptlast der familialen Sorgearbeit übernehmen. Berghammer (2020) vermutet die Erklärung jedoch in dem Umstand, dass Mütter auch außerhalb des Corona-Ausnahmestandes mit Doppelbelastungen durch Teilzeitarbeit und unbezahlter Sorgearbeit konfrontiert sind.

Diese Ergebnisse zeigen einen Widerspruch zwischen der Work-Life-Balance, die mit der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Freizeit verbunden ist, und der Doppelbelastung, die mit der gleichzeitigen Erfüllung von Erwerbsarbeitstätigkeit und sorgender Tätigkeit einhergeht. Dass Väter öfter mit Work-Life-Konflikten konfrontiert sind, könnte also im Umkehrschluss damit erklärt werden, dass sie trotz betreuungsbedürftiger Kinder mehr Zeit für ihre Freizeitgestaltung außerhalb der Familie aufwenden. Eine andere nicht-repräsentative Studie für die österreichische Mittelschicht bestätigt, dass Frauen täglich 2 Stunden weniger Zeit für ihre Erwerbsarbeit aufwenden können als Männer, während Männern eine halbe Stunde mehr Zeit für die Ausübung von Hobbies zur Verfügung steht. Außerdem zeigt sie, dass sich

sowohl Frauen als auch Männer bewusst sind, dass die Hauptlast der Hausarbeit und Kinderbetreuung von den Frauen getragen wird und somit ungleich verteilt ist (Mader et al., 2020). Die Studie macht die unterschiedlichen Rollenerwartungen, die an Frauen mit Kindern und Männern mit Kindern gestellt werden, sichtbar. Die Diskursanalyse dieser Arbeit möchte auch dazu beitragen, dass (Selbst-)Verständnis von Müttern und Vätern zu beleuchten und die gesellschaftlichen Erwartungen zu hinterfragen.

Eine weitere Besonderheit der Corona-Krise war die Verlagerung des Erwerbsarbeitsortes in die häusliche, private Sphäre durch die Home-Office-Verordnung. Vor der Pandemie wurde dem Arbeitsmodell des Home-Office eine Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (im weiteren Sinne auch von Beruf und Familie) immer mehr Beachtung geschenkt (Eilers und Rump, 2022) und das Potenzial für eine leichtere Vereinbarkeit prognostiziert, die vor allem Frauen zugute kommen sollte (Aigner-Walger und Liebahrt, 2018). Eine Studie aus dem Jahr 2020 vor der Pandemie zeigte zwar, dass Frauen ihre Erwerbsarbeitszeit durch das Home-Office erhöhen konnten, jedoch stieg auch der Umfang unsichtbarer und unbezahlter Mehrarbeit. Zugespitzt würden digitale flexible Angebote die individualisierte Alltagsoptimierung befördern und zu einer Verunsichtbarung der dadurch entstehenden Anforderungen und Belastungen führen (Carstensen, 2020). Gleichzeitig werden damit Probleme der Unvereinbarkeit von Erwerbsarbeitsansprüchen mit anderen Lebensbereichen noch stärker als bisher individualisiert gelöst, anstatt sie als gesellschaftlich und betrieblich zu lösende Probleme zu thematisieren (Carstensen, 2020). Mit der Corona-Krise hat sich das Arbeiten im Home-Office von einer Ausnahme, die nur in bestimmten Branchen üblich war, von heute auf morgen zur Selbstverständlichkeit gewandelt, sodass fast jeder zweite Berufstätige ganz oder teilweise von zu Hause aus arbeitete (Spech, 2020). Die besondere Situation der Corona-Pandemie und der Lockdowns hatte zur Folge, dass vor allem für Eltern mit betreuungsbedürftigen und schulpflichtigen Kindern keine regelmäßige und gut geplante Home-Office-Nutzung möglich war.

Mader et al. (2020) haben eine nicht-repräsentative Studie für die österreichische Mittelschicht für die erste Phase der Corona-Pandemie durchgeführt, in der sich zeigt, dass es Unterschiede in der Verteilung von Sorgearbeit unter im Home-Office-Arbeitenden entlang der Kategorien Geschlecht und Bildung gibt. Unter den im Home-Office-Arbeitenden übernehmen weniger gebildete Frauen die meiste familiäre Sorgearbeit, wobei diese Gruppe auch schon vor der Krise mehr Sorgearbeit als alle anderen geleistet hat. Frauen mit Hochschulabschluss haben während der Pandemie deutlich mehr Zeit für die Kinderbetreuung aufgewendet als vor der

Pandemie. Mader et al. (2020) kommen ebenso wie die Arbeiterkammer Wien (2021) zu dem Schluss, dass sich die meist ohnehin schon prekäre Situation für Alleinerziehende durch die Corona-Krise noch verschärft hat, und dass sie massiven zeitlichen Belastungen ausgesetzt sind. Neben der Bildung gibt auch das Alter der betreuungsbedürftigen Kinder einen Ausschlag für die Zeitaufwendung zur Kinderbetreuung von Müttern. Je jünger das Kind, desto mehr Betreuung bedarf es. Das Gegenteil ist der Fall bei Vätern, denn bei ihnen bleibt die Zeitaufwendung für Kinderbetreuung unabhängig vom Kindesalter gleich. Aufgrund der Kinderbetreuung fällt es Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden schwerer, eine Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu ziehen. Frauen etwa sehen sich mit der geschlechtsspezifischen Rollenerwartung der sich sorgenden Mutter konfrontiert, während Männern ein Recht auf ruhiges Arbeiten zugesprochen wird (Mader et al., 2020). Dieses Ergebnis lässt darauf schließen, dass vor allem die Doppelbelastung aus Arbeit und Kinderbetreuung, die vor allem Frauen betrifft, zu den Unterschieden führt. Schließlich hat sich das Home-Office auch während der Corona-Krise nicht als Chance erwiesen, die zuvor existierenden Muster der geschlechtsspezifischen aufzubrechen und einen Wandel herbeizuführen.

Die Ergebnisse der Studien zeigen, dass die Schließungen der institutionalisierten Kinderbetreuung während der Corona-Krise zu einer geschlechtsspezifischen Retraditionalisierung der Rollenverteilung geführt haben, die Vereinbarkeitsproblematiken und Doppelbelastungen, besonders zum Nachteil von Frauen, mit sich gebracht haben. Der sozioökonomische Status von Eltern, die Arbeit im Home-Office oder in systemrelevanten Berufen, als auch das Alter der betreuungsbedürftigen Kinder sind als verstärkende Faktoren auszumachen. Die Sichtbarkeit von geschlechtsspezifischer Rollenverteilung geht maßgeblich aus der verwendeten Zeit zur Kinderbetreuung hervor. Aus diesem Grund beziehe ich mich bei meiner Analyse der Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit hauptsächlich auf die Kinderbetreuung während der Corona-Krise. In der Diskursanalyse ist außerdem zu erfassen, welchen Anteil der wissenschaftliche Spezialdiskurs in den Medien einnimmt, der die Corona-Maßnahmen des politischen Systems und ihre Auswirkungen kritisiert. Die Studien zeigen auch den Stellenwert der Familienpolitik im politischen System Österreichs durch das Sichtbarmachen der Auswirkungen der verordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Österreich lässt sich auch hier als Staat mit konservativem Wohlfahrtsregime und traditionellem Geschlechterverhältnis klassifizieren, der sich auf die traditionelle Rollenverteilung innerhalb von Familien zum Ausgleich für die fehlende institutionelle Kinderbetreuung verlässt.

4 Corona im Kontext der Krisenforschung

Gerade medial und in der politischen Kommunikation ist die Covid-19 Pandemie als Krise kategorisiert worden. Für die Diskursanalyse ist es sinnvoll, sich erst einmal mit der Bedeutung des Krisenbegriffes und seinen Implikationen auseinanderzusetzen.

4.1 Zum Krisenbegriff

Für Graf (2020) werden Situationen erst zur Krise, indem „sie sprachlich und narrativ als solche gefasst“ werden. Ausgehend von der Prämisse, dass der Krisenbegriff sozial konstruiert ist, kann dieser auch instrumentalisiert werden, denn mit dem Begriff der Krise kann öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und besonderer Handlungsdruck begründet werden (Milstein, 2015). Damit wird verdeutlicht, dass Entscheidungen schnell getroffen und übliche Handlungsrouitnen und Verfahren ausgesetzt werden müssen, im Gegensatz zu dem für Demokratien sonst üblichem „behutsamen Abwägen“ (Bösch et al., 2020). Es kann eine De-Politisierung beobachtet werden, wenn die Lage so geframed wird, dass nur begrenztes politisches Handeln möglich ist, und dass es scheint, als ob kaum bis gar keine alternativen Entscheidungsmöglichkeiten für verantwortliches Handeln zur Verfügung stünden (Bösch et al., 2020). Zudem ist zu beobachten, dass bestimmte Dynamiken, die durch Krisen hervorgerufen werden, erst durch die gesellschaftliche Wahrnehmung der Krise aktiviert werden, sodass eine Analyse von Krisen nicht ohne das gesellschaftliche Verständnis dieser Krisen auskommen (Bösch et al., 2020). Für Bösch et al. (2020) ist es wesentlich für die Krisenforschung, dass sich die Analyse nicht bloß auf politische Handlungskontexte bezieht: „Krisen sind vielmehr als gesellschaftliche Probleme ernst zu nehmen, die aus bestimmten sozialen Konstellationen an Bedeutung gewinnen, die unabhängig vom Krisengegenstand selbst stehen“. Bösch et al. (2020) argumentieren, dass die Lösung von Krisen nicht allein in politischen Handlungen liege, sondern dass auch das Umdenken von Bürger*innen dazu wichtig sei.

Die Corona-Krise könne demnach so interpretiert werden, dass wir alle die Pandemie, beispielsweise durch unser Konsumverhalten und die damit zusammengehende Globalisierung, zu verantworten haben. Es herrscht Konsens darüber, dass die Menschen davon überzeugt werden können, die richtigen "Entscheidungen" zu treffen, dann sei es von Seiten der Politik

nicht notwendig, soziale und wirtschaftliche Faktoren zu verbessern (Wagenaar und Prainsack, 2021). Dies wird problematisch, wenn sich politisches Handeln aus diesem Grund eher auf kurzfristige Maßnahmen zur Linderung der Krise bezieht. Ist jeder einzelne allein für seine Gesundheit, sein Erwerbsarbeitsvermögen und Wohlergehen verantwortlich, gerate die kollektive Verantwortung für die Befriedigung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse in den Hintergrund (Wagenaar und Prainsack, 2021). Dazu kommt, dass viele staatliche Leistungen, die für die grundlegende Versorgung menschlicher Bedürfnisse verantwortlich sind, in Krisenzeiten ohnehin nicht mehr erbracht werden können (Roose et al, 2018). Es wird erwartet, dass Probleme der Bedürfniserfüllung individuell gelöst werden. Dies führt zu einer Erhöhung der Benachteiligung von Personen, die bereits vor der Krise benachteiligt waren. Personen mit niedrigerem Bildungsniveau, kleineren Wohnungen, geringerem Einkommen und prekärer Beschäftigung sind stärker von Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten, Konflikten in der Familie, Ängsten und anderen Auswirkungen betroffen (Wagenaar und Prainsack, 2021). Erwachsene mit betreuungspflichtigen Kindern waren während der Lockdowns häufiger mit Konflikten konfrontiert als vor der Pandemie. Auch wenn die Lebenszufriedenheit bei allen abgenommen hat, ist sie bei Frauen am stärksten gesunken (Prainsack, 2020). Die Arbeitsverteilung im Privaten ist im Prinzip eine Entscheidung, die Familien individuell treffen können. Institutionelle Leistungen und politische Kommunikation implizieren eine Wahlfreiheit, wie Sorge- und Erwerbsarbeit unter den individuellen Familienmitgliedern aufgeteilt werden kann. In der Realität sind diese Entscheidungen jedoch ökonomischen Verpflichtungen und Machtverhältnissen unterlegen, die vielen Familien schon vor der Krise keine Wahl ließen.

Normalerweise kommt in Krisenzeiten der Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu, indem sie solidarisch fehlende staatliche Leistungen ausgleicht. Durch die Corona-Maßnahmen zur Absonderung war ein zivilgesellschaftlicher Ausgleich jedoch nicht möglich. Einige Grundbedürfnisse wie die Kinderbetreuung sind schwieriger von den Menschen selbst zu erfüllen, weshalb sie öffentlich bereitgestellt werden sollten. Dies macht die Corona-Krise zu einem besonders speziellen Fall, denn sie macht deutlich, dass sich Ungleichheiten nicht allein durch Solidarität aufbrechen lassen. Systemische und strukturelle Faktoren müssen mitgedacht werden (Prainsack, 2021).

4.2 Diskursverschiebungen in Krisenzeiten

Der Krisenbegriff vermittelt also allzu leicht den Eindruck, dass Krisen zeitlich und räumlich begrenzt sind. Im Fall der Corona-Krise wird jedoch deutlich, dass sie, auch wenn sie so plötzlich begann, nicht abrupt enden wird und wir mit ihrem Ende wahrscheinlich nicht so schnell zur Normalität zurückkehren werden. Krisen bringen die Gefährdung eines institutionalisierten Handlungsmusters mit sich, indem das, was als selbstverständlich galt, infrage gestellt wird, und indem etablierte Strukturen nicht länger als verlässlich oder angemessen gelten (Roose et al., 2018). Gesellschaften müssen sich mit der Krise und ihren Folgen auseinandersetzen und neue Strukturen ausverhandeln (Hutter et al., 2016). Zudem erfordern Krisen auch neue Deutungsmuster und Interpretationsroutinen. Es entsteht ein Bedarf an neuen Sichtweisen und Handlungsvorschlägen und somit auch ein Vakuum für neue Akteur*innen, die die öffentliche Debatte beeinflussen können (Roose et al., 2018). Eine Krise kann somit als Chance für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel gesehen werden.

Akteure, die diese neuen Deutungsmuster und Interpretationen, die in einer Gesellschaft während einer Krise stattfinden, abbilden und transportieren können, sind Medien. So werden die (temporären) Veränderungen öffentlich diskutiert und „in ihrer Form, Umsetzung oder Akzeptanz durch diese Debatten mitgeprägt“ (Roose et al., 2018). Deshalb kommt den Medien in Krisenzeiten eine besondere Rolle zu. Seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 wurde auf der ganzen Welt eine Zunahme der Besuche von Nachrichten- und Informationsseiten verzeichnet. Die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Österreich erzielten ebenfalls Rekordeinschaltquoten während des ersten Lockdowns. Auch wenn Social Media und die Onlineangebote traditioneller Medien an Relevanz gewinnen, ist für Österreich im internationalen Vergleich die beständige Marktmacht der traditionell reichweitenstärksten Zeitungs- und Fernsehangebote festzustellen (Prandner, 2020). Kommunikationswissenschaftliche Analysen zeigen auch, dass die österreichische Bevölkerung während der ersten Welle der Pandemie einen erhöhten Informationsbedarf aufwies. So kommt den Medien eine relativ große Bedeutung zu, denn nur durch die Hilfe von „medial vermittelten, glaubwürdigen Informationen“ konnten Individuen während der Lockdowns „das Geschehen in ihrer Mitwelt einschätzen, verantwortlich Entscheidungen treffen und entsprechend handeln“ (Prandner, 2020). Durch die mediale Berichterstattung, in der die Journalist*innen Informationen auswählen und aktuelle Geschehnisse sowie gesellschaftliche Entwicklungen in einen Kontext setzen, entsteht ein „zusammenfassendes

Abbild der aktuellen sozialen Lage“, in der die relevanten Akteur*innen zu Wort kommen können (Maier et al., 2018; Eisenegger et al., 2020). Auch der Umstand, dass die Gruppe von Personen, die während der Pandemie nicht von Medien erreicht wurden, nahezu nicht existent ist, machen Medien zu einem geeigneten Analysematerial um den gesellschaftlichen Diskurs während der Corona-Krise zu untersuchen.

5 Diskursanalyse

Diese Arbeit widmet sich der Analyse des medialen Diskurses von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise. Der öffentliche Diskurs zu gesellschaftlichen Ungleichheiten kann helfen diese Ungleichheiten aufzubrechen, indem er ihnen zu Sichtbarkeit verhilft, er kann aber auch Ungleichheiten verschärfend wirken, wenn er beispielsweise Stereotype reproduziert. Aus ihm können daher Macht- und Herrschaftsbeziehungen herausgelesen werden. Die gewählte Methode der kritischen Diskursanalyse kann diese Herrschaftsbeziehungen rekonstruieren (Jäger et al, 2002). In Kapitel 3.3 wurde den Fragen nach der Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise, und welche Auswirkungen diese auf Familienmodelle, vor allem auf die Rolle der Frau innerhalb einer Familie, haben, ausführlich nachgegangen. Zu der Thematik gibt es bisher jedoch kaum qualitative empirische Analysen. Qualitative Analysen, im Besonderen die Diskursanalyse, können Aufschluss über Lösungsansätze geben, die außerhalb der bisherigen Analysen liegen.

Die kritische Diskursanalyse (KDA) nach Jäger (2004) bezeichnet ein qualitativ-empirisches Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen. Die methodische Rekonstruktion dieser geschieht auf Basis des Diskurs- und Machtbegriffs von Michel Foucault (1981). Vereinfacht ausgedrückt konstituiert sich ein Diskurs laut Foucault (1981) durch Aussagen. Das können Texte, Begriffe und Konzepte sein. In Bezug auf den medialen Diskurs um unbezahlte Care-Arbeit während der Corona-Krise bedeutet dies, die Machtstrukturen herauszulesen, die der Wortwahl, den beschriebenen Umständen und den Subjektbeschreibungen zugrunde liegen. Die verwendete Sprache, das Gesagte, aber auch das Nicht-Gesagte, sind dabei ein Mittel, mit denen der Gegenstand, Ereignisse oder auch Personen Bedeutungen zugewiesen werden.

Im Mittelpunkt dieser Analyse steht der Diskursstrang der Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit in Österreich während der Corona-Krise. Der Diskursstrang kann mit anderen Diskurssträngen verwoben sein. Innerhalb der Analyse können die Diskursstränge entwirrt werden. In dieser Arbeit verläuft die Analyse auf der Diskursebene der Medien, aus der auch das Analysematerial stammt. Um eine einseitige Sicht auf die Thematik zu verhindern, wurde das Material aus vier überregionale Tageszeitungen (Der Standard, Die Presse, Kronen Zeitung und Kurier) sowie aus sieben regionalen Tageszeitungen (Kleine Zeitung, Niederösterreichische Nachrichten, Oberösterreichische Nachten, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten und Wiener Zeitung) gewonnen, im Zeitraum vom 16.03.2020 bis zum 12.12.2021. Der Zeitraum deckt die Lockdowns in Österreich ab, die aufgrund der Pandemie ausgerufen wurden, sowie die Phasen dazwischen. Insgesamt sind so 166 Artikel in die Strukturanalyse und zwei Artikel in die Feinanalyse aufgenommen worden.

5.1 Diskursanalyse nach Jäger

Vor der Analyse muss festgehalten werden, dass die KDA nicht den Anspruch hat, die Wahrheit abzubilden, denn aus der Wirklichkeit lässt sich keine Wahrheit entnehmen. Die Analyse eines Diskurses und dessen Deutung geschieht nur auf Basis unseres eigenen Wissens (Jäger, 2015). Hier setzt die kritische Diskursanalyse an: Sie kann zeigen, was Gesellschaften sagen und denken können, und zudem, was nicht gesagt werden kann oder nicht gesagt wird. Durch den Sprach- und Symbolgebrauch gesellschaftlicher Akteur*innen werden soziale Realitäten konstruiert. Dabei sei es das Ziel der Wissenschaft, „Prozesse der sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. kollektiven Akteur*innen zu erforschen und deren gesellschaftliche Wirkungen offen zu legen.“ (Jäger, 2015)

5.1.1 Der Diskursbegriff bei Jäger

In seiner Einführung zur kritischen Diskursanalyse bezieht sich Jäger (2015) auf die diskurstheoretischen Überlegungen von Michel Foucault und Jürgen Link. Bei Links Rezeption der auf Foucault basierenden Diskurstheorie geht es um die Analyse aktueller Diskurse und ihrer Machtwirkungen. Mit der Analyse können, so Link, sprachliche und ikonische

Wirkungsmittel sichtbar gemacht werden: „...insbesondere um die Kollektivsymbolik, die zur Vernetzung der verschiedenen Diskursstränge beiträgt, sowie um die Normalismen und insgesamt um die Funktion von Diskursen als herrschafts-legitimierenden und -sichernden Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen neo-liberalen Gesellschaft.“ (Jäger, 2015) Die kritische Diskursanalyse versteht unter Diskurs „einen Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit, der auch rückwärts fließen kann, und der Vorgaben für die Subjektbildung sowie die Strukturierung und Gestaltung von Gesellschaften schafft“ (Jäger, 2015). Darüber hinaus formieren Diskurse das Bewusstsein der Subjekte, indem sie Realitäten beschreiben und können daher als Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit und soziokultureller Deutungsmuster aufgefasst werden (Jäger, 2015). Dadurch, dass die Realitäten über Subjekte weitergeleitet werden, sind auch Subjekte als Co-Produzenten der Diskurse der Veränderung von Wirklichkeit zu verstehen. Diskurse zeigen somit eine eigene Wirklichkeit auf, die sich aus aktuellen und vergangenen Diskursen entwickelt und sich ihrer bedient (Jäger, 2015). Aus diesem Grund habe ich mich in Kapitel 2.2 so ausführlich mit dem Wandel von Reproduktionsbedingungen und der historischen Bedeutung von Care-Arbeit auseinandergesetzt. Laut Foucault machen nicht die Subjekte den Diskurs, sondern der Diskurs macht die Subjekte. Möchte man wie in der Analyse dieser Arbeit (Medien-) Texte mithilfe der KDA analysieren, muss beachtet werden, dass jeder einzelne Text von einem Subjekt innerhalb des Diskurses produziert wurde: „Der Diskurs ist sozusagen Resultat all der vielen Bemühungen der Menschen, in einer Gesellschaft zu existieren und sich durchzusetzen. Was dabei herauskommt, ist etwas, das so keiner gewollt hat, an dem aber alle in den verschiedensten Formen und Lebensbereichen (mit unterschiedlichem Gewicht) mitgestrickt haben.“ (Jäger, 2015)

Diskurse selbst sind Machträger in unserer Gesellschaft, indem sie Wissen tragen und damit das Verhalten von Subjekten und andere Diskurse beeinflussen. In seiner Diskurs-Definition spricht Foucault auch nicht von Wissen an sich, sondern von sogenannten Macht-Wissens-Komplexen. Damit soll verdeutlicht werden, dass Macht immer mit Wissen verbunden ist. Diese Macht-Wissens-Wirkungen werden innerhalb der Diskursanalyse untersucht (Jäger, 2015). Nach Jäger (2015) herrscht heute innerhalb der Eliten der neoliberale und neokonservative Diskurs vor. Auch während der Corona-Krise hatte das Herauffahren der Wirtschaft Priorität vor allen anderen Maßnahmen, wie dem Entschärfen von Ungleichheiten. Der neoliberale Kurs, der auch in der politischen Kommunikation der österreichischen Bundesregierung medial sichtbar wird, verbleibt in dieser herrschenden neokonservativen

politischen Praxis, die wiederum die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung absichert und sich somit als Wahrheit legitimiert und in der Bevölkerung festsetzt (Jäger, 2015). Daher hatten Maßnahmen zur erneuten Öffnung der Wirtschaft höhere Priorität als die Wiedereröffnung von Kindergärten und Schulen. Gerade Krisen sind dazu geeignet, bisherige Wahrheiten aufzubrechen und Diskurse zu erneuern. Die Fragen der Kinderbetreuung sind während der Krise ganz massiv in den Vordergrund gerückt, das zeigen die vielen Studien, die sich mit geschlechtsspezifischen Verteilungsfragen während der Pandemie auseinandergesetzt haben, und auch die hohe Anzahl der Artikel, die in das Analysematerial aufgenommen wurden und den medialen Diskurs geprägt haben. Wirkliche Ansätze zur Lösung des Problems standen jedoch nicht weit oben auf der politischen Agenda. Durch die Aufmerksamkeit der Wissenschaft und der Medien ist die Thematik trotzdem aus dem Schatten getreten und in das Bewusstsein der Gesellschaft vorgedrungen. In der Diskursanalyse dieser Arbeit werde ich mich unter anderem mit diesem Widerspruch auseinandersetzen.

5.1.2 Sprache, Normalismen und Kollektivsymbolik

In der Diskursanalyse nach Jäger (2015) nimmt die Sprache eine wichtige Rolle ein. Jäger (2015) geht es darum, „Diskurse als Ketten von Aussagen zu ermitteln und nicht als Ansammlung von Sätzen und Texten“. Aus der Sprache kann mittels der KDA Wissen herausgefiltert werden und gefunden werden, was sich in der Sprache versteckt (Jäger, 2015). In der Sprache lassen sich auch Normalismen und die Kollektivsymbolik ausmachen, die wesentliche diskurstragende Kategorien sind. Während Normativität Aussagen über Maßstäbe und Regeln in der Gesellschaft gibt, bezeichnet Link (2006) Institutionen und Instanzen, durch die in modernen Gesellschaften Normalität, also der statistische Durchschnitt, produziert und reproduziert werden als zum Normalismus zugehörig. Im Fall der Analyse von geschlechtsspezifischen Verteilungsfragen innerhalb von Familien kann die Definition von Familie, die sich an Heteronormativität orientiert, als Normalismus ausgemacht werden. Zur Geltendmachung von Normalismen sind Kollektivsymbole, die vor allem auch in Massenmedien zu finden sind, wichtige Werkzeuge. Kollektivsymbole sind Bilder, die von allen Mitgliedern einer Gesellschaft (wieder-) erkannt werden und die für Gesamtheit der Bildlichkeit einer Kultur steht. Jäger (2015) fasst die Bedeutung von Kollektivsymbolen wie folgt zusammen: „Da der gesamtgesellschaftliche Diskurs von einem synchronen System kollektiver Symbole zusammengehalten wird (...), übt dieses System von Bildern eine

ungeheuer starke Wirkung bei allen Gesellschaftsmitgliedern darauf aus, wie sie die Wirklichkeit sehen, deuten und verstehen. So ist (...) die Wirkung medialer und politischer Ansprache auf das individuelle und kollektive Bewusstsein nicht begreiflich zu machen, ohne dabei die Wirkung des Systems kollektiver Symbole zu berücksichtigen.“ Anders gesagt sind Kollektivsymbole kulturelle Stereotypen, die kollektiv tradiert und benutzt werden. Dazu können beispielsweise auch stereotype Geschlechterzuschreibungen zählen, die im öffentlichen Diskurs reproduziert werden. Das System kollektiver Symbole bietet ein Interpretations- und Deutungsmuster dafür, wie die Gesellschaft Wirklichkeit wahrnimmt. Links (2006) Ausführungen machen klar, wie viel Einfluss das System kollektiver Symbole für die Urteilsbildung, die Verfestigung von Wissen und das daraus ableitende Handeln von Subjekten hat. Das für die jeweilige Gesellschaft oder Kultur gültige Symbolsystem habe zudem auch Einfluss auf den Blickwinkel der gesamten Bevölkerung auf die Gesellschaft, da es kollektiv angeeignet und auch angewendet werde (Jäger, 2015). Gerade für geschlechtsspezifische Verteilungsfragen sind Stereotype und traditionelle Geschlechter- und Rollenzuschreibungen wesentlich. In meiner Analyse kommt ihnen deshalb eine bedeutende Rolle zu.

In der medialen Berichterstattung üben jedoch auch nicht-sprachliche Bilder eine wichtige Funktion aus und haben eine nicht zu ignorierende Symbolkraft. Bestimmte Bilder haben sich in das Gedächtnis der Gesellschaft eingebrannt und werden immer wieder mit bestimmten Ereignissen in Verbindung gebracht. Die Idee des inneren Bildschirms von Subjekten verdeutlicht einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen inneren und äußeren Bildern, weswegen eine Gleichbehandlung von sprachlichen und nicht-sprachlichen Elementen zu legitimieren ist. Für Jäger (2015) ist jedoch hervorzuheben, dass nicht alle nicht-sprachlichen Elemente als Teile eines Macht-Wissens-Komplexes von Bedeutung sind, „sondern oft auch eher rein ornamentale Funktion haben können“. Nach Zusammenstellung des Materialkorpus innerhalb der Strukturanalyse erscheint mir eine Einbeziehung der Bilder in die Analyse nicht von Wichtigkeit, da die Bilder zu den analysierenden Zeitungsartikeln oft die von Jäger beschriebene „ornamentale Funktion“ aufweisen.

5.1.3 Methodisches Vorgehen

Im Folgenden werde ich die Terminologie Jägers (2015) für sprachlich performierte Diskurse verwenden: Spezialdiskurse stehen für wissenschaftliche Diskurse, und Interdiskurse

für alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse. Dabei ist zu beachten, dass diese beiden Diskurse einander beeinflussen und aufeinander einwirken. In dem Fall dieser Arbeit finden Spezialdiskurse beispielsweise immer wieder Eingang in den medialen Diskurs. Texte und Textteile, die sich mit dem zu analysierenden Thema auseinandersetzen, werden als Diskursfragmente bezeichnet. Diskursfragmente, die dem gleichen Thema zugeordnet werden können, bilden einen Diskursstrang. Mittels eines synchronen Schnitts durch einen Diskursstrang lässt sich feststellen, „was zu einem bestimmten gegenwärtigen oder früheren Zeitpunkt bzw. in jeweiligen Gegenwart gesagt wurde bzw. sagbar war (...) oder anders: Thematisch einheitliche Wissensflüsse durch Zeit und Raum“ (Jäger, 2015). Die verschiedenen Diskursstränge können sich jedoch auch miteinander verschränken, d.h. sie können Einfluss aufeinander ausüben und dadurch entstehen sogenannte diskursive Effekte. Innerhalb der Diskursstränge können diskursive Ereignisse angesprochen werden. Die Corona-Pandemie ist mit Sicherheit ein Diskursereignis für die globale und nationale Gesundheitspolitik, unklar ist noch, ob sie auch als ein solches für den Diskurs um die Verteilung Care-Arbeit und Geschlechtergerechtigkeit einzuschätzen ist. Diskursstränge treten auf verschiedenen Diskursebenen in Erscheinung, das können z.B. Wissenschaft, Politik, Medien oder Erziehung sein. Auf der Medienebene können beispielsweise Diskursfragmente eines Spezialdiskurses geführt werden. Jäger (2015) weist in diesem Zusammenhang auf intermediale Abhängigkeiten hin, die vorliegen, wenn Medien voneinander abschreiben, so wie das oft der Fall bei Meldungen von Nachrichtenagenturen ist, oder wenn Medien gleiche ideologische Positionen einnehmen. So kann auch von dem Mediendiskurs gesprochen werden, da dieser als mehr oder weniger einheitlich klassifiziert wird.

Daneben ist ein weiteres Element der KDA die sogenannte Diskursposition. Sie sagt etwas über die spezifisch politisch-ideologischen Standorte eines Individuums oder einer Gruppe oder eines Mediums aus: „Unter einer Diskursposition verstehe ich den Ort, von dem aus eine Beteiligung und seine Bewertung für den Einzelnen bzw. für Gruppen und Institutionen erfolgt. (...) Die Diskursposition ist (...) das Resultat der Verstricktheiten in diverse Diskurse, denen das Individuum ausgesetzt war und die es im Verlauf seines Lebens zu einer bestimmten ideologischen bzw. weltanschaulichen Position (...) verarbeitet hat.“ (Jäger 1996) Dabei würden Individuen Diskurssysteme unterschiedlich bewerten. Ein Flugzeug könne beispielsweise von einer Gruppe als positiv im Sinne des Technologiefortschrittes und von der anderen als negativ in Bezug auf den Umweltschutz gesehen werden. Diese Positionen sind jedoch nicht im Vorhinein durch klassische (normative) Kategorien der Sozialwissenschaften

zu ermitteln, sondern erst durch die Diskursanalyse. Für die Analyse des medialen Diskurses ist demnach die Diskursposition des Mediums aus dem der zu untersuchende Text stammt und die Diskursposition der Autor*innen des Textes bzw. der in den Aussagen zu Wortkommenden wesentlich.

Jäger (2015) beschreibt den gesamtgesellschaftlichen Diskurs als aus den Diskurssträngen einer gegebenen Gesellschaft zu einer gegebenen Zeit an einem gegebenen Ort bestehen. Erst einmal sollten die einzelnen Diskursstränge auf den verschiedenen diskursiven Ebenen aufgezeigt werden, wie in diesem Fall der medialen Ebene. Im nächsten Schritt müsse erhoben werden, in welcher Beziehung die einzelnen Diskursstränge zueinanderstehen und welchen Einfluss sie aufeinander haben. Es kann auch vorkommen, dass ein Text nicht nur einem Diskursstrang zuordenbar ist, sondern mehrere Themen anspricht, die auf den ersten Blick nichts verbindet, dann wird von einer Diskursverschränkung oder einem diskursiven Knoten gesprochen. Bei der Analyse ist es zudem sinnvoll, zwischen Haupt- und Unterthemen zu unterscheiden (Jäger, 2015).

Die Strukturanalyse ist der Kern der KDA, indem sie inhaltlich wichtige Aussagen herausfiltert. Mit Aussagen wird sich hingegen nicht auf Sätze bezogen, sondern auf inhaltlich gemeinsame Themen, die sich in Sätzen und Texten finden. Das ist also auch das Ziel der Diskursanalyse: „die Ermittlung von Aussagen, indem sie Diskursfragmente gleicher Inhalte, getrennt nach Themen und Unterthemen, empirisch auflistet und deren Inhalte und Häufungen sowie ihre formalen Beschaffenheiten zu erfassen sucht und analysiert.“ (Jäger, 2015). Obwohl die KDA eine klassische qualitative Methode ist, hat sie auch einen quantitativen Anspruch, indem sie herausfinden möchte, wie häufig sich welche Aussagen in dem ausgewählten Material finden lassen. Dadurch lässt sich ermitteln, wo in einem bestimmten Diskursstrang das Hauptaugenmerk der diskursiven Wirkung liegt. Für die Diskursanalyse in dieser Arbeit ist es auch von besonderer Bedeutung, zu welchem Zeitpunkt die Gewichte im Diskurs liegen. Die Menge an Zeitungsartikeln, die der Thematik zuzuordnen sind und die außerhalb der Phasen der Kindergarten- und Schulschließungen publiziert wurden, könnte beispielsweise Aufschluss darüber geben, ob geschlechtsspezifische Verteilungsfragen auch unabhängig von absoluten Krisensituationen Eingang in den medialen Diskurs finden. Die Materialaufbereitung, die mittels der Ergebnisse der Strukturanalyse geschieht, bildet das „Herzstück“ der Diskursanalyse. Anschließend wird das ausgewählte Material anhand von Aussagen, Diskurspositionen, dem Selbstverständnis einer Zeitung usw. analytisch sortiert. Durch die

Strukturanalyse können nun ein oder mehrere für das Thema typische Artikel für die nachfolgende Feinanalyse ausgewählt werden. Ein typischer Artikel für die Feinanalyse enthält alle zentralen Aussagen sowie Normalismen und Kollektivsymboliken (Jäger, 2015).

5.2 Materialkorpus

Insgesamt wurden 166 Artikel in 11 verschiedenen Zeitungen mit den Schlagworten „Sorgearbeit“, „Care-Arbeit“, „Versorgungsarbeit“, „Kinderbetreuung+Gleichberechtigung“ und „Hausarbeit+Gleichberechtigung“ über den APA Online Manager gefunden. Bevor es in die Strukturanalyse geht, gilt es die Diskurspositionen der Tageszeitungen, aus denen die zu analysierenden Artikel stammen, zu untersuchen. Aus der Media-Analyse 2020/21 geht hervor, dass rund 4,3 Millionen Menschen täglich zu einer österreichischen Tageszeitung gegriffen haben. Damit erreichten die österreichischen Tageszeitungen insgesamt eine Reichweite von 56,3%, was sie nach wie vor zu einer relevanten Informationsquelle für die österreichische Bevölkerung macht. Eine Besonderheit der österreichischen Medienlandschaft zeigt sich in den Eigentumsverhältnissen, indem einigen wenigen Eigentümern der Großteil der österreichischen Printmedien gehört. Das hat zum Teil auch Auswirkungen auf die Berichterstattung, auch wenn sich alle Printmedien der Unabhängigkeit verpflichten (Moment, 2021). Vor allem durch die Ibiza-Krise und ihren Nachwirkungen wurde das Verhältnis zwischen Medien und Politik kritisch hinterfragt. Im internationalen Ranking des press freedom index verliert Österreich seitdem deshalb stetig Plätze, sodass es inzwischen hinter Ländern wie Namibia auf Platz 31 liegt (Reporter ohne Grenzen, 2022). So offenbaren sich auch hier Herrschafts- und Machtverhältnisse, die in der Analyse des medialen Diskurses sichtbar werden. Die österreichische Medienlandschaft unterteilt sich in Hinsicht auf die Tageszeitungen in überregionale und regionale Medien. Zu erwarten ist, dass sich das auch in der Diskursanalyse widerspiegelt. Aus diesem Grund wurden nicht nur überregionale Tageszeitungen in die Analyse miteinbezogen: Um einen tiefen Einblick in den Diskurs für Österreich zu gewinnen, muss auch die regional spezifische Situation der Bundesländer berücksichtigt werden.

5.2.1 Die Presse

Die Presse wird dem bürgerlich-liberalen Lager zugeordnet und bezeichnet sich selbst als Tageszeitung mit gehobenem Niveau. Da sie zu 100% im Besitz der Styria Media Group

ist, wird sie dem bürgerlich katholischen Milieu zugeordnet. In ihrer Blattlinie hebt sie insbesondere die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, die Wahrung des privaten Eigentums und die Eigenverantwortlichkeit der Staatsbürger*innen hervor. Wirtschaft ist also eine zentrale Komponente in der Blattlinie. In den Jahren 2020 und 2021 lag die Reichweite bei 4,3% und 3,8% (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Damit hat sie innerhalb des Höhepunktes der Corona-Krise 0,5% an Reichweite verloren. In der Analyse wurden die Zeitungsartikel aus Die Presse mit „DP_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.2 Der Standard

Für die österreichische Medienlandschaft ist der 1988 nach dem Vorbild der New York Times gegründete Der Standard eine noch relativ junge Tageszeitung (Eurotopics, 2022). Der Standard gehört ebenso wie Die Presse zu den österreichischen Qualitätszeitungen, wobei Der Standard eher dem linken liberalen Lager zugeordnet wird: Er setzt sich zwar für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ein, jedoch nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft. Zudem steht er für Toleranz, die Gleichberechtigung aller Bürger*innen und die Ablehnung von Extremismus. Die Berichterstattung hat zum Ziel, eine mündige Leserschaft zu fördern (Der Standard, 2022). Der Standard ist die einzige österreichische Tageszeitung, an der auch die Mitarbeiter*innen Eigentumsanteile halten, rund 2%. Der Rest teilt sich auf Oskar Bronner und die Bronner-Familien-Stiftung auf. Im Gegensatz zur Reichweite von Die Presse hat sich die Reichweite des Standard von 7,0% im Jahr 2020 auf 7,2% im Jahr 2021 gesteigert (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Zeitungsartikel aus Der Standard wurden in der Analyse mit „DS_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.3 Kleine Zeitung

Genauso wie Die Presse gehört die 1904 gegründete Kleine Zeitung zu der Styria Media Group, die kirchennah ist. Die Nähe zur katholischen Kirche findet sich auch in ihrer Blattlinie: „Die „Kleine Zeitung“ ist eine von allen politischen Parteien und Interessenvereinigungen unabhängige Tageszeitung. Sie steht auf dem Boden christlicher Weltanschauung, tritt für eine plurale, demokratische Gesellschaftsordnung, die Eigenständigkeit der Bundesländer, die Unabhängigkeit der Republik Österreich sowie ein geeintes Europa ein.“ (Styria Verlag, 2022). Auch wenn sie eine Regionalzeitung ist und nur in der Steiermark, in Kärnten und in Osttirol erscheint, hat sie aufgrund ihres Hauptstadtbüros eine überregionale Bedeutung (Eurotopics, 2022). Deshalb ist sie mit einer Reichweite von 10,2% (2020) und 9,3% (2021) auch die

Reichweitenstärkste unter den Regionalzeitungen (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Artikel der Kleinen Zeitung wurden mit „KLZ_JJJMMTT“ kodiert.

5.2.4 Kronen Zeitung

Die Kronen Zeitung erscheint seit 1900, zählt zu den österreichischen Boulevardblättern und ist mit Abstand das erfolgreichste Printmedium mit 25,0% im Jahr 2020 und 23,3% im Jahr 2021 (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Obwohl sie so erfolgreich ist, sieht sie sich auch immer wieder mit Kritik an ihrer teilweise nationalistischen, rassistischen, sexistischen und antisemitischen Berichterstattung konfrontiert. Laut Arendt (2004) konsumieren 44% der Österreicher*innen ab 14 Jahren regelmäßig die Kronen Zeitung, sodass es durchaus gerechtfertigt ist, von einem bedeutenden Einfluss auf die österreichische Bevölkerung zu sprechen. Auch wenn ihre Reichweite durch die voranschreitende Pluralisierung der Medienlandschaft in den letzten Jahren gesunken ist, ist sie immer noch die meistgelesene Tageszeitung in Österreich und gehört sogar zu den erfolgreichsten Tageszeitungen der Welt. Die Krone ist zu gleichen Teilen im Besitz von Christoph Dichand und der WAZ Ausland Holding, die sich aus der Funke Mediengruppe und SIGNA, dessen Eigentümer René Benko ist, zusammensetzt (kontrast.at, 2018). In der Analyse wurden die Artikel der Kronen Zeitung mit „KRZ_JJJMMTT“ kodiert.

5.2.5 Kurier

Der 1954 gegründete Kurier ist als einzige Tageszeitung in Österreich eine Mischung aus Boulevard, Magazin und Nachrichten und bezeichnet sich selbst als größte Qualitätszeitung des Landes. Sie wird dem liberalen Lager zugeordnet und gehört zu 50,6% der Raiffeisen-Bank und zu knapp je einem Viertel SIGNA und der Funke Mediengruppe (kontrast.at, 2018). Ihre Reichweite betrug im Jahr 2020 6,7% und 2021 6,3% (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Damit ist der Kurier die siebt erfolgreichste Tageszeitung in Österreich. Kurier-Artikel wurden mit „KU_JJJMMTT“ kodiert.

5.2.6 Niederösterreichische Nachrichten

Die Niederösterreichischen Nachrichten sind eine regionale Wochenzeitung und bezeichnen sich selbst als parteipolitisch unabhängiges Medium, das sich dem christlichen

Weltbild verpflichtet hat (NÖN, 2022). Die Zeitung gehört dem Niederösterreichischen Pressehaus, dessen Hauptanteile der Diözese St. Pölten gehören und somit der katholischen Kirche. Mit einer Reichweite von 6,1% (2020) und 5,9% (2021) ist sie die zweiterfolgreichste Regionalzeitung nach der Kleinen Zeitung (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Artikel der Niederösterreichischen Nachrichten wurden mit „NÖN_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.7 Oberösterreichische Nachrichten

Die Oberösterreichischen Nachrichten, deren Erstausgabe im Jahr 1945 erschien, bezeichnen sich selbst als überparteiliche und unabhängige Tageszeitung, die sich zur pluralistischen Gesellschaftsordnung, den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, der Integration Europas und den Menschenrechten verpflichten. Ihre Reichweite ist innerhalb eines Jahres leicht angestiegen, von 5,2% (2020) auf 5,4% (2021) (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Oberösterreichischen Nachrichten gehören der Wimmer Holding (kontrast.at, 2018). Für die Analyse wurden Artikel der Oberösterreichischen Nachrichten mit „OÖN_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.8 Salzburger Nachrichten

Die Salzburger Nachrichten werden in ihrer Ausrichtung dem christlichen und liberalen Lager zugeschrieben und wurde ebenfalls 1945 gegründet. Die Zeitung befindet sich im Familienbesitz der Familie Cuturi. Obwohl sie eine Regionalzeitung ist, zählten die Oberösterreichischen Nachrichten bis vor ein paar Jahren zu den wichtigsten Qualitätszeitungen in Österreich (Eurotopics, 2022). Durch ihre Reichweite von 3,0% (2020) und 3,1% (2021) hat sie kaum Bedeutung außerhalb des Bundeslandes Salzburg (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Artikel der Salzburger Nachrichten wurden mit „SN_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.9 Tiroler Tageszeitung

Allgemein wird die 1945 gegründete Tiroler Tageszeitung als liberal-konservativ beschrieben (Eurotopics, 2018). In ihrer Blattlinie bezieht sie sich explizit auf ihre Regionalität, insbesondere auf „die Interessen Tirols, berücksichtigt die Besonderheiten des ökologischen sensiblen Alpenraums, achtet in zeitgemäßer Art die Traditionen des Landes und betont die

geistige Einheit Gesamttirols“ (Tiroler Tageszeitung, 2022). Ihre Reichweite betrug 2020 3,9% und fiel 2021 auf 3,1% (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Tiroler Tageszeitung gehört zu 100% der Moser Holding, die sich auf die Familie Moser und die Bank für Tirol und Vorarlberg aufteilt. (kontrast) Hier wurden die Artikel für die Analyse mit „TT_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.10 Vorarlberger Nachrichten

Die Vorarlberger Nachrichten sind im Besitz der Familie Russ und erscheinen seit 1945. Ihre grundlegende Ausrichtung laut eigenem Anspruch ist demokratisch, föderalistisch und unabhängig (Schicho, 2022). Politisch wird sie dem bürgerlich konservativen Lager zugeordnet. Mit einer Reichweite von 2,0% (2020) bzw. 2,1% (2021) hat sie die geringste Reichweite der Tageszeitungen in dieser Analyse (ARGE, 2020 und ARGE, 2021). Die Zeitungsartikel wurden mit „VN_JJJJMMTT“ kodiert.

5.2.11 Wiener Zeitung

Die Wiener Zeitung ist das Amtsblatt der österreichischen Bundesregierung und ist damit im Besitz des Staates Österreich. Mit ihrer Gründung im Jahr 1703 gilt sie als älteste Tageszeitung der Welt. 2020 wurden jedoch erstmals Überlegungen laut, die Printausgabe der Tageszeitung einzustellen. Im Laufe des Jahres 2023 wird die Tageszeitung Wiener Zeitung auf eine Online-Zeitung umgestellt (Wiener Zeitung, 2020).

Auch wenn sie den Anspruch verfolgt, eine liberale Qualitätszeitung zu sein, hängt der politische Einfluss auf die Zeitung von der parteipolitischen Besetzung des für Medien zuständigen Bundeskanzleramtes ab (Eurotopics, 2022). In der Media-Analyse der ARGE wird die Reichweite der Wiener Zeitung nicht erhoben. Die Artikel der Wiener Zeitung wurden mit „WZ_JJJJMMTT“ kodiert.

6 Ergebnisse

Zunächst werden die Unterschiede der Berichterstattung der einzelnen Tageszeitungen dargelegt, gefolgt von der Struktur- und Feinanalyse.

6.1 Berichterstattung der Tageszeitungen

Um sich einen Überblick über die Berichterstattung der einzelnen Tageszeitungen und die Verteilung der einzelnen Diskursstränge innerhalb der Berichterstattung zu verschaffen, werden als erstes die quantitativen Daten der Diskursanalyse präsentiert.

Wie Abbildung 1 zeigt, gab es im ersten Jahr der Pandemie über die einzelnen Monate verteilt eine intensivere Berichterstattung zur ungleichen Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit durch die Schließung der institutionalisierten Kinderbetreuung als im zweiten Pandemiejahr. Für das Jahr 2021 sticht jedoch deutlich der Monat März heraus, in den der Internationale Frauentag fällt. Hier hat sich die Anzahl der veröffentlichten Zeitungsartikel zum Thema fast vervierfacht.

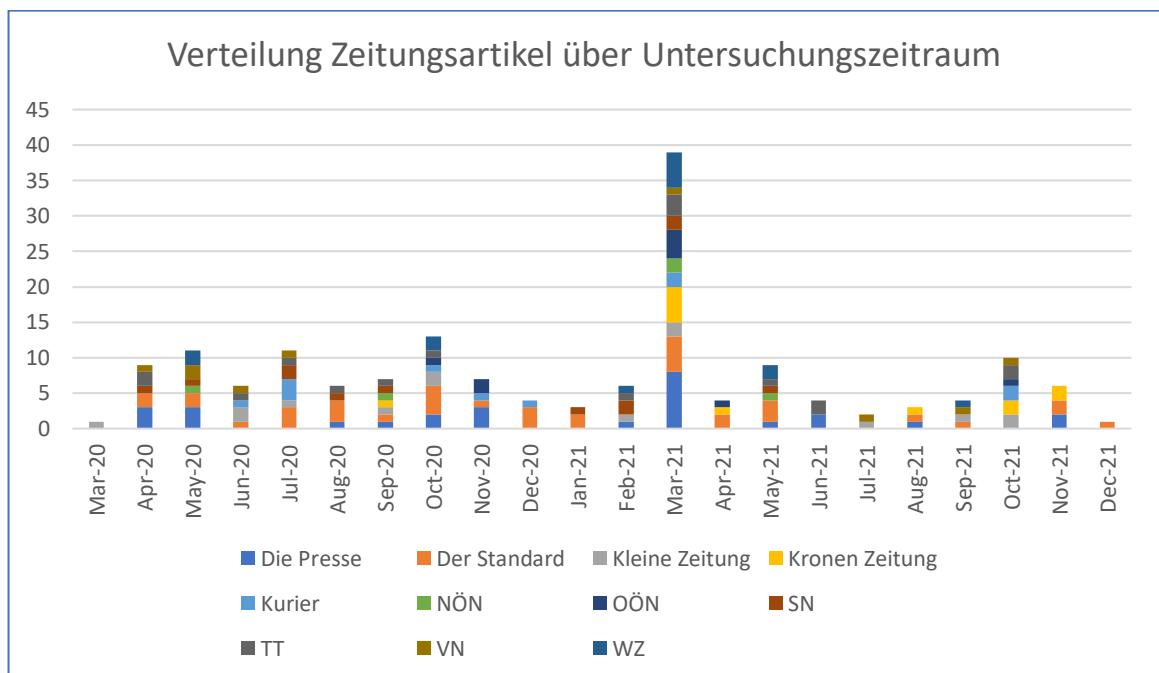


Abb. 1

Die Presse

Diskursstrang	Anzahl Zitate Die Presse
Geschlechterzuschreibungen	57
Ungleiche Verteilung von Arbeit	56
Policy Empfehlungen	40
Belastungen	24
Retraditionalisierung	23
Politische Inaktivität	13
Kulturelle Einstellung	13
Männlichkeit	10
Äußerung Politiker*in	3

Abb. 2

In der Berichterstattung Der Presse zu unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise zeigen sich die Diskursstränge „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ und „Geschlechterzuschreibungen“ am häufigsten. Der erste Artikel erschien Ende April 2020. In der Berichterstattung Der Presse ist vor allem aufgefallen, dass unbezahlt verrichtete männliche Care-Arbeit in einigen Artikeln sehr positiv bewertet wurde (Bsp. DP_20200510). Mit insgesamt 28 Artikeln kommt Die Presse am zweithäufigsten in der Analyse vor.

Der Standard

Diskursstrang	Anzahl Zitate Der Standard
Ungleiche Verteilung von Arbeit	50
Policy Empfehlungen	50
Männlichkeit	26
Geschlechterzuschreibungen	24
Politische Inaktivität	23
Retraditionalisierung	22
Belastungen	18
Äußerung Politiker*in	10
Kulturelle Einstellung	7

Abb. 3

Neben Der Presse hat Der Standard mit insgesamt 37 Zeitungsartikeln die meisten Artikel zum Thema geschlechtsspezifische Ungleichheit bei der Verteilung von Care-Arbeit publiziert. Die häufigsten Diskursstränge sind „Policy Empfehlungen“ und „Ungleiche

Verteilung von Arbeit“, wobei „politische Inaktivität“ mindestens doppelt so häufig vorkommt wie bei den anderen Tageszeitungen. Eine Besonderheit der Zeitung ist die Rubrik „Die Standard“, die sich ausschließlich mit frauenpolitischen Themen auseinandersetzt. Damit ist sie die einzige Tageszeitung in Österreich. Im Vergleich zu den anderen Tageszeitungen kommt der Diskursstrang „Männlichkeit“ in Der Standard am häufigsten vor. Dazu gibt es einen Artikel, in dem ein männlicher Autor über seine eigenen persönlichen Erfahrungen mit familialer Care-Arbeit und der ungleichen Verteilung berichtet. Es geht auch um die Geschlechterzuschreibung von Männlichkeit und dass ihm als Vater die einfachsten Kindererziehungsaufgaben nicht zugetraut werden. Ein vergleichbarer Artikel wurde in den anderen Tageszeitungen nicht gefunden.

Kleine Zeitung

Diskursstrang	Anzahl Zitate Kleine Zeitung
Policy Empfehlungen	22
Geschlechterzuschreibungen	18
Männlichkeit	16
Retraditionalisierung	14
Politische Inaktivität	12
Ungleiche Verteilung von Arbeit	10
Belastungen	7
Kulturelle Einstellung	4
Äußerung Politiker*in	1

Abb. 4

Die Kleine Zeitung hat im Analysezeitraum insgesamt 14 Artikel zum Thema unbezahlte Care-Arbeit während der Corona-Krise publiziert. Die häufigsten Diskursstränge sind „Policy Empfehlungen“ und „Geschlechterzuschreibungen“. Die Anzahl der Artikel zu unbezahlter Sorgearbeit sind deutlich geringer als bei Der Standard und Die Presse. Der erste Artikel erschien jedoch schon Ende März 2020 im Zusammenhang mit systemrelevanter Arbeit; der nächste Artikel erscheint erst wieder zum Vatertag im Juni und beschäftigt sich mit der neuen Vaterschaft und männlicher Care-Arbeit. Im Gegensatz zu den anderen regionalen Zeitungen gibt es hier kaum Bezug zu regionalen Besonderheiten der geschlechtsspezifischen Ungleichheit bei der Verteilung von Arbeit oder der institutionellen Kinderbetreuung.

Kronen Zeitung

Diskursstrang	Anzahl Zitate Kronen Zeitung
Ungleiche Verteilung von Arbeit	15
Belastungen	8
Geschlechterzuschreibungen	7
Policy Empfehlungen	7
Retraditionalisierung	6
Männlichkeit	4
Äußerung Politiker*in	2
Politische Inaktivität	1
Kulturelle Einstellung	0

Abb. 5

Die Kronen Zeitung publizierte insgesamt 12 Artikel, wobei der erste Artikel im Vergleich zu den anderen Tageszeitungen sehr spät erschien, nämlich erst im September 2020. Die häufigsten Diskursstränge sind „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ und „Belastungen“. In den Artikel taucht der Diskursstrang „Politische Inaktivität“ nur einmal auf, am wenigsten von allen Tageszeitungen. Es gibt also nur wenig Kritik an der Frauenpolitik der Regierung.

Kurier

Diskursstrang	Anzahl Zitate Kurier
Policy Empfehlungen	14
Ungleiche Verteilung von Arbeit	6
Belastungen	5
Geschlechterzuschreibungen	5
Politische Inaktivität	4
Retraditionalisierung	3
Kulturelle Einstellung	1
Äußerung Politiker*in	1
Männlichkeit	0

Abb. 6

Im Kurier wurden 11 thematisch zuordenbare Artikel gefunden. Die häufigsten Diskursstränge sind „Policy Empfehlungen“ und „Ungleiche Verteilung von Arbeit“. Als einzige der Tageszeitungen wird der Diskursstrang „Männlichkeit“ nicht im Zusammenhang

mit unbezahlter Care-Arbeit genannt. Der erste Artikel erschien Anfang Juni 2020, relativ spät für eine überregionale Tageszeitung.

Niederösterreichische Nachrichten

Diskursstrang	Anzahl Zitate NÖN
Belastungen	6
Policy Empfehlungen	3
Politische Inaktivität	2
Retraditionalisierung	2
Ungleiche Verteilung von Arbeit	2
Äußerung Politiker*in	2
Geschlechterzuschreibungen	1
Männlichkeit	1
Kulturelle Einstellung	1

Abb. 7

Die Niederösterreichische Nachrichten hat mit nur 14 gefundenen Zitaten in insgesamt fünf Artikeln die geringste Anzahl an Zitaten von allen Tageszeitungen in der Analyse. Der häufigste Diskursstrang ist „Belastungen“, weswegen sie sich von den anderen Tageszeitungen abhebt. Es gibt nur wenige Treffer für „Policy Empfehlungen“ (3), „politische Inaktivität“ (1) und „Geschlechterzuschreibungen“ (1). Dafür findet sich ein großer regionaler Bezug, mit Regionalpolitiker*innen und regionalen Projekten.

Oberösterreichische Nachrichten

Diskursstrang	Anzahl Zitate OÖN
Policy Empfehlungen	8
Ungleiche Verteilung von Arbeit	7
Geschlechterzuschreibungen	6
Politische Inaktivität	5
Äußerung Politiker*in	5
Männlichkeit	2
Belastungen	1
Retraditionalisierung	1
Kulturelle Einstellung	0

Abb. 8

In den Oberösterreichischen Nachrichten wurden neun publizierte Artikel innerhalb des Analysezeitraums gefunden. Die häufigsten Diskursstränge sind „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ und „Policy Empfehlungen“. Der erste Artikel zur ungleichen Verteilung von Arbeit erscheint sehr spät, im Oktober 2020. Verhältnismäßig oft wird die unzureichende institutionelle Kinderbetreuung thematisiert, die gerade im ländlichen Raum ein Problem darstellt und der gleichen Verteilung von Care-Arbeit im Weg steht; das ist bei allen regionalen Tageszeitungen der Fall.

Salzburger Nachrichten

Diskursstrang	Anzahl Zitate Salzburger Nachrichten
Ungleiche Verteilung von Arbeit	13
Politische Inaktivität	11
Policy Empfehlungen	11
Belastungen	5
Geschlechterzuschreibungen	3
Männlichkeit	3
Retraditionalisierung	3
Kulturelle Einstellung	3
Äußerung Politiker*in	2

Abb. 9

In den Salzburger Nachrichten wurden insgesamt 12 Artikel gefunden. Die Schwerpunkte der Berichterstattung der Salzburger Nachrichten liegen bei der „ungleichen Verteilung von Arbeit“. Auffallend ist der Artikel zum Frauentag, an dem Regionalpolitikerinnen jeder Partei zu Wort kommen und sich zur aktuellen Situation von Frauen in der Corona-Krise äußern. Der Diskursstrang „Geschlechterzuschreibungen“ taucht in den Salzburger Nachrichten sowie in den anderen Regionalzeitungen kaum auf.

Tiroler Tageszeitung

Diskursstrang	Anzahl Zitate Tiroler Tageszeitung
Ungleiche Verteilung von Arbeit	26
Policy Empfehlung	17
Politische Inaktivität	12
Belastungen	11
Retraditionalisierung	9
Männlichkeit	6
Kulturelle Einstellung	5
Äußerung Politiker*in	5
Geschlechterzuschreibungen	0

Abb. 10

Die Tiroler Tageszeitung hat mit 16 gefundenen Artikeln die meisten Ergebnisse unter den Regionalzeitungen. Deshalb ist die Anzahl der gefundenen Zitate auch sehr viel höher als bei den Niederösterreichischen Nachrichten, den Oberösterreichischen Nachrichten und den Salzburger Nachrichten. Die häufigsten Diskursstränge sind „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ und „Policy Empfehlungen“.

Vorarlberger Nachrichten

Diskursstrang	Anzahl Zitate Vorarlberger Nachrichten
Ungleiche Verteilung von Arbeit	17
Männlichkeit	7
Policy Empfehlungen	7
Belastungen	6
Geschlechterzuschreibungen	6
Äußerung Politiker*in	5
Politische Inaktivität	4
Kulturelle Einstellung	4
Retraditionalisierung	3

Abb. 11

In den Vorarlberger Nachrichten wurden insgesamt 9 Artikel gefunden, die dem Analysethema zuordenbar waren. Besonders auffallend ist, dass in keiner anderen der Tageszeitungen betroffene Frauen aussagen, sie hätten keine besondere Belastung durch die

Krise erfahren. Darüber hinaus ist die flächendeckende Versorgung mit institutioneller Kinderbetreuung in den Vorarlberger Nachrichten ein wichtiges Thema, da Vorarlberg das Schlusslicht in Österreich bildet.

Wiener Zeitung

Diskursstrang	Anzahl Zitate Wiener Zeitung
Ungleiche Verteilung von Arbeit	24
Policy Empfehlungen	16
Belastungen	11
Retraditionalisierung	10
Politische Inaktivität	9
Äußerung Politiker*in	6
Geschlechterzuschreibungen	5
Männlichkeit	4
Kulturelle Einstellung	2

Abb. 12

Für die Diskursanalyse wurden in der Wiener Zeitung 13 Artikel gefunden. Die häufigsten Diskursstränge sind „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ und „Policy Empfehlungen“. In der Wiener Zeitung kommt eine alleinerziehende Mutter zu Wort, die berichtet, dass durch den Wegfall der bezahlten Care-Arbeit auch ihre Kinder Care-Arbeit übernehmen müssen (WZ_20200530). Diese Aussage kommt in keiner anderen Tageszeitung vor.

Insgesamt zeigt sich, dass die überregionalen Tageszeitungen einen deutlich größeren Anteil an der Berichterstattung innerhalb des Diskurses zur ungleichen Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise haben als die regionalen Tageszeitungen. Zudem wurde der mediale Diskurs zum Anlass des Internationalen Frauentags 2021 besonders intensiv geführt.

6.2 Strukturanalyse

In den untersuchten 166 Texten wurden insgesamt 636 Diskursfragmente ausgemacht. Thematisch gleiche Fragmente ergeben dabei einen Diskursstrang mit Unterthemen, die in vielen Fällen miteinander verschränkt sind. Für diese Analyse haben sich folgende Diskursstränge ergeben: „Ungleiche Verteilung von Arbeit“, „Policy Empfehlungen“, „Politische Inaktivität“, „Äußerungen von Politiker*innen“, „Geschlechterzuschreibungen“, „Belastungen“, „Retraditionalisierung“, „Männlichkeit“ und „Kulturelle Einstellungen“. Im Folgenden werden die einzelnen Diskursstränge, die sich durch die Analyse ergeben haben, dargelegt. Beispielhaft für die Diskursstränge werden dazu einige typische Diskursfragmente angeführt. Es muss jedoch auch erwähnt werden, dass sich einige Diskursstränge überschneiden und miteinander verwoben sind. Die Ergebnistabelle der Strukturanalyse enthält die Daten jedes Diskursfragments zu „Bezeichnung“, „Datum“, „Zeitung“, „Textsorte“, „Rubrik“, „Autor*in“, „Überschrift“, „Untertitel“, „Diskursfragment“, „Diskursstrang“, „Auffälligkeiten“, „Quelle des Wissens“, „Diskursposition“, „Kollektivsymbolik“ und „Normalismen“. Sie ist für den Anhang dieser Arbeit leider zu umfangreich und kann deshalb unter diesem [Link](#) abgerufen werden.

6.2.1 Ungleiche Verteilung von Arbeit

In Kapitel 3 wurde bereits dargelegt, wie viele Studien sich bereits zu Beginn der Pandemie mit der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit während der Corona-Krise auseinandergesetzt haben. Diese Studien haben zum Teil auch Eingang in die mediale Diskursebene gefunden. Um die ungleiche Verteilung von Arbeit im gleichnamigen Diskursstrang zu belegen, kommen Expert*innen und ihre Erkenntnisse zu Wort. Dabei sind die Expert*innen meist weiblich.

„Katharina Mader und ihr Team konnten mit ihrer Studie nachweisen, dass vor allem Frauen in Paarhaushalten mit Kindern mit neuneinhalb Stunden die meiste unbezahlte Arbeit leisteten. Väter arbeiteten im Vergleich dazu täglich rund sieben Stunden unbezahlt. (...) Ökonomisch gesehen macht die Verteilung durchaus Sinn. Die unbezahlte Tätigkeit wird von der Person übernommen, die weniger verdient und mehr Zeitressourcen übrig hat. Da aber überwiegend Frauen in schlechter bezahlten Jobs arbeiten, selbst bei gleicher Arbeit oft weniger verdienen und vermehrt in Teilzeit arbeiten, trifft sie die Krise härter.“ (KU_20200718_01)

Die Ökonomin Katharina Mader und die von ihr durchgeführte Studie werden beispielsweise sehr häufig als Quelle zitiert, d.h. ihre Expertise und die Zeitverwendungsstudie sind wichtig für den Diskursstrang „Ungleiche Verteilung von Arbeit“, da viele Journalist*innen ihre Argumentation darauf aufbauen und so die Diskursposition des Diskursfragments mit beeinflussen, wie in dem oben angeführten Zitat aus dem Kurierartikel „Corona lässt die Frauen zurück“ vom 18.07.2020. Gleichzeitig werden durch die erhobenen Daten weitere Fragen zu den Ursachen der ungleichen Verteilung von Arbeit aufgeworfen:

„Warum haben viel mehr Männer besser bezahlte Jobs samt vielen Überstunden, Frauen aber mehr Karenzzeiten? Könnte es sein, dass Frauen bei der Topjob-Vergabe benachteiligt werden? Brauchen Frauen mehr Karenz- und Urlaubszeiten für Sorgearbeit in der Familie, und sind Überstunden ungerecht verteilt?“ (SN_20210118)

In dem Salzburger Nachrichten Artikel stellt die Journalistin Karin Zauner unbeantwortete Fragen an ihre Leserschaft. Aus ihnen soll deutlich werden, dass die Pandemie nur die Spitze des Eisberges bildet und die Ursachen der ungleichen Verteilung von Arbeit vielschichtiger sind. Die wissenschaftliche Datenlage ist eindeutig, daher folgt auch die Forderung, die Debatte weiterzuführen, zu vertiefen und Kausalitäten herzustellen.

Die ungleiche Verteilung von Arbeit wird zum einen auf die fehlende Unterstützung vom (männlichen) Partner zurückgeführt, die insbesondere von betroffenen Frauen selbst zum Ausdruck gebracht wurde:

"Er hat gar nicht darauf geschaut, dass die Kinder nicht zu mir kommen. Das tut mir weh. Wenn er nämlich meine Unterstützung braucht, fühle ich mich zuständig.“ (...) Mittlerweile haben sie sich darauf geeinigt, dass er zwischen den Anrufen aus dem Büro schaut - die Kinder am Nachmittag eine halbe Stunde übernimmt, damit seine Frau mehr Luft hat." (DP_20200510)

Hier wird bereits sichtbar, dass die ungleiche Verteilung von Arbeit auf die geschlechtsspezifischen Zuständigkeiten und gesellschaftlichen Geschlechterzuschreibungen in einem Haushalt zurückgeführt wird. Diese fehlende Unterstützung wurde besonders deutlich, wenn beide Partner von zu Hause aus gearbeitet haben und auch der männliche Partner mehr Zeit als sonst in der privaten Sphäre verbracht hat. So schlussfolgert die Journalistin:

„Gerade dort, wo Frauen oder auch beide Partner im Home-Office oder aus Gründen der Kurzarbeit zu Hause sind und staatliche Betreuungsmöglichkeiten wegfallen, werden Kinderbetreuung und Home-Schooling plötzlich als unbezahlte, weibliche Privatsache akzeptiert.“ (DP_20200518)

Insbesondere das Home-Office, welches als „New Work Trend“ gilt und mehr Flexibilität sowie Work Life Balance bringen sollte, hatte während der Pandemie den gegenteiligen Effekt. Das wird in dem Diskursstrang „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ besonders deutlich.

Auf der einen Seite gibt es also die fehlende Wertschätzung innerhalb der Familie und der Gesellschaft. Auf der anderen Seite wurde der professionellen und familialen Care-Arbeit medial das Attribut systemrelevant zugeordnet. Da vor allem Frauen in systemrelevanten Berufen tätig und für die familiäre Care-Arbeit zuständig sind, wurde ihnen medial die Rolle der Systemerhalterinnen zugeschrieben:

„Wir Frauen waren und sind auch dieses Mal wieder diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten, wirtragen sie. Wir arbeiten in den systemrelevanten Bereichen, in genau den Berufen, ohne die einfach gar nichts geht. Wir leisten die Erziehungs- und emotionale Sorgearbeit, wir helfen, pflegen und sind unermüdlich im Einsatz – und das alles auf einmal.“ (DS_20201107)

Es zeigt sich eine Widersprüchlichkeit der Bewertung von unbezahlter Care-Arbeit und ihrer Verteilung. Insgesamt wird aus den untersuchten Zeitungsartikeln deutlich, dass es sich bei der geschlechtsspezifischen Verteilungsfrage von Arbeit um eine strukturelle Ungleichheit handelt, die nicht nur einige wenige Familien betrifft. Umso verwunderlicher ist es, wenn die österreichische Frauenministerin die Verteilung von Care-Arbeit als individuelle Entscheidung im Privaten bezeichnet:

„Aber schlussendlich sind dies individuelle Faktoren, die im privaten Bereich selbst ausgemacht werden müssen. Gesellschaftliches Umdenken mag hilfreich sein, kann aber nicht vom Staat verordnet werden.“ (WZ_20201022)

Um die Bedeutung der unbezahlten Care-Arbeit für die österreichische Volkswirtschaft zu verdeutlichen, greifen die Journalist*innen innerhalb des Diskursstranges „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ auf einen Teil der feministischen Ökonomie zurück, indem dargelegt wird, dass unbezahlte Arbeit ein Wirtschaftsfaktor ist, der alle anderen wirtschaftlichen

Aktivitäten erst ermögliche (Vgl. TT_20200823) und unbezahlte Arbeit monetär aufgerechnet wird. Beispielhaft wird dafür ein Zitat aus der Wiener Zeitung herangeführt:

„Neun Milliarden Stunden solcher unbezahlten Arbeit sind es heuer. Diese Arbeit hätte laut WU-Care-Ökonomin Katharina Mader, die die Verteilung der unbezahlten Arbeit während der Corona-Krise erforscht, bei einem theoretischen Durchschnittslohn von 11 Euro schon vor zehn Jahren einen Wert von 100 Milliarden Euro gehabt.“ (WZ_20200507)

Dabei wird in einigen Artikeln darauf hingewiesen, dass ein adäquates Mittel zur Reduktion der Ungleichheiten die regelmäßige Durchführung von Zeitverwendungsstudien als Maßnahme der Bundesregierung wäre, die jedoch das letzte Mal im Jahr 2008/09 durchgeführt wurde (Bsp. DP_20200929).

Zu dem Diskursstrang „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ gehören auch die Konsequenzen für die soziale Absicherung von Frauen, welche die Verteilungsungleichheit mit sich bringt. Dazu zählen der Gender Pay Gap und der Gender Pension Gap wie beispielsweise die Tiroler Tageszeitung schreibt (Vgl. TT_20200823). Demgegenüber kann ein Interview der Frauenministerin Susanne Raab gestellt werden, welches ca. 6 Monate später zum Internationalen Frauentag ebenfalls in der Tiroler Tageszeitung erschien:

„Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls ein Grund für Lohnungleichheit, hat aber damit zu tun, dass Halbe-Halbe in der Care-Arbeit noch immer die Ausnahme ist. Wie wollen Sie diese Strukturen verändern? Raab: Wer in Familien in Karenz geht, ist zumeist eine ökonomische Entscheidung. Diese Abwägung geht meistens zu Gunsten des Mannes aus. Deshalb muss es langfristig das Ziel sein, Frauen in besser bezahlte Berufe zu bringen. Und dann müssen natürlich die Rahmenbedingungen stimmen. Beim Ausbau der Kinderbetreuung etwa wird Österreich immer besser, das ist auch eine Grundvoraussetzung dafür, Job und Familie in Einklang zu bringen.“ (TT_20210307)

Es wird deutlich, dass die Bringschuld für eine Veränderung bei den Frauen liegt, denn eine Mehrbeteiligung an Care-Arbeit von Männern wird nicht gefordert. Zudem vernachlässigt es Frauen, die in schlechter bezahlten Branchen arbeiten. Durch die KiTa- und Schulschließungen während der Pandemie wurde deutlich, dass institutionelle Kinderbetreuung zwar Frauen entlastet und ihnen den Zugang zur Erwerbsarbeit erleichtert, jedoch wenig Auswirkungen auf die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern hat.

Allgemein herrscht im medialen Diskurs ein allgemeiner Konsens darüber, dass eine geschlechtsspezifische Ungleichheit bei der Verteilung von Arbeit während der Corona-Krise

herrscht, die es zu beheben gilt. Uneinigkeit herrscht jedoch darüber, inwieweit institutionelle Maßnahmen oder die Veränderung von kultureller Einstellung zur Lösung dienen, bzw. inwieweit das eine das andere beeinflusst.

6.2.2 Policy Empfehlungen

Neben dem allgemeinen Konsens über die geschlechtsspezifische Ungleichheit gibt es im medialen Diskurs auch eine breite Debatte zu Maßnahmen, die der Ungleichheit entgegenwirken sollen. In einem beispielhaften Zeitungsartikel des Der Standard fasst Christina Mayrhuber in einem Gastkommentar zusammen, dass vor allem ein Wandel der familiären und institutionellen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung nötig wäre:

„Es gibt also keine Automatismen, die beide Formen von Arbeit zu einem Ausgleich führen. Daher kann hier ein Rechtsanspruch auf arbeitszeitreduzierende Ansätze im Zusammenhang mit Sorgearbeit (Pflege-, Elternkarenz etc.) sowie nicht übertragbare Betreuungszeiten für Frauen und Männer zur partnerschaftlichen Verteilung beitragen. Daneben braucht es eine stabile, hochwertige und flächendeckende Betreuungsinfrastruktur (Kindergärten, Ganztagschulen, Pflegeeinrichtungen etc.) zur Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung.“ (DS_20200923)

Dass die unzureichende Versorgung durch institutionelle Kinderbetreuung Frauenkarrieren im Weg stehe, habe vor allem die Corona-Pandemie und der damit verbundene Wegfall der institutionellen Kinderbetreuung deutlich gezeigt (Vgl. KRZ_20211107). Gerade im ländlichen Bereich lässt sich hier ein größerer Missstand ausmachen, wobei Vorarlberg das Schlusslicht bildet:

„In Vorarlberg gibt es zwar viele Plätze, die Öffnungszeiten sind alles in allem aber kürzer als in Österreich insgesamt. „Damit ist die Erwerbsmöglichkeit für Frauen zeitlich beschränkt“, so Christine Mayrhuber: „Wenn dann auch noch Fahrzeiten, mangelnde Verkehrsanbindungen oder ein fehlender Pkw dazukommen, ist die hohe Teilzeitquote erklärbar.“ (VN_20210929)

Die Pandemie hat jedoch deutlich gezeigt, dass die bloße Auslagerung von Care-Arbeit zwar förderlich für die Erwerbsarbeitszeit von Frauen ist, jedoch zu keinem Wandel in der geschlechtsspezifischen Verteilung von Arbeit führt. Neben dem Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung werden in dem Diskursstrang „Policy Empfehlungen“ auch Reformen für Cash for Care-Maßnahmen vorgeschlagen. In Bezug auf die Elternkarenz wird ihnen im

Gegensatz zum Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung jedoch auch ein Potential zur Veränderung von kulturellen Einstellungen konstatiert. Hier als Beispiel ein Artikel aus Die Presse, in der die Ökonomin Katharina Mader zitiert wird:

„Stellt sich nur die Frage, was sich ändern müsste, damit im Privaten die Aufgaben fairer verteilt sind. Da sehen wir immer wieder, dass verpflichtende geteilte Karenzsysteme ein wichtiger Punkt sind. Bei uns sind vier Prozent der Väter in Karenz, in Island sind es 90 Prozent. Wir wissen aus vielen Studien, dass wenn Väter länger als zwei Monate in Karenz waren, sie auch später viel mehr Zeit mit den Kindern verbringen.“ (DP_20210307)

Auch die Wiener Zeitung nimmt diese Argumentation auf, wobei in dem folgenden Diskursfragment für die Steigerung der Attraktivität der männlichen Inanspruchnahme von der Elternkarenz explizit die österreichische Regierung in die Verantwortung gezogen wird:

„Sie [Anm. Männer] tun es halt kaum. Hier könnte der Staat einen Anreiz setzen. Etwa dahingehend, dass die Karenzzeit auf Mütter und Väter verpflichtend aufgeteilt wird und nicht übertragen werden kann. Zum Beispiel ein Jahr für die Mutter und ein Jahr für den Vater. Nimmt der Vater seine Karenzzeit nicht in Anspruch, verfällt sie.“ (WZ_20201022)

Interessant ist, dass sich die Maßnahmenvorschläge der österreichischen Bundesregierung, die vornehmlich über die Frauenministerin Susanne Raab kommuniziert wurden, fast ausschließlich auf das verpflichtende Pensionssplitting zwischen Partner*innen bezogen. Dazu sagt Bundesministerin Raab in einem Interview in Die Presse:

„Das Pensionssplitting baut auf dem Gedanken der Gleichberechtigung auf. Jede Familie organisiert sich selbst, und der Staat gestaltet Grundlagen, damit es keine negativen Auswirkungen für Frauen gibt. Pensionssplitting ist ein gesellschaftspolitischer Meilenstein, der für Frauen langfristig wirkt.“ (DP_20200813)

Damit verlagert sie die Verantwortung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung wieder in die private Sphäre. In anderen Artikeln wird das verpflichtende Pensionssplitting weitaus kritischer gesehen, da das schon existierende freiwillige Pensionssplitting bisher „mangels Kenntnis kaum in Anspruch genommen“ werde (Vgl. KU_20201203) oder es „ein Randthema“ verbleibe (Vgl. DS_20200725). Die Frage nach dem warum bleibt in dieser Debatte jedoch unbeantwortet. In der Frage des Pensionssplittings zeichnet sich das Spannungsverhältnis zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und kultureller Einstellung deutlich ab.

Darüber hinaus gibt es das Bestreben, neue Arbeitszeitmodelle in die Arbeitswelt zu integrieren:

„Gleichzeitig braucht es innovative Zeitmodelle in der Arbeitswelt, z.B. Arbeitszeitverkürzungen oder Care-Zeiten-Budgets, damit die bezahlte und unbezahlte Arbeit gerecht aufgeteilt werden kann. Dann können alle ihre Sorgeverantwortung ohne die Existenzängste wahrnehmen und sich dort engagieren, wo ihr Interesse liegt.“ (TT_20200719)

Von der Sozioökonomin Miriam Rehm wird in einem Kurier-Artikel angemerkt, dass Modelle zur Arbeitszeitverkürzung oft die Geschlechterperspektive vernachlässigen, da Frauen ja ohnehin durch die Übernahme der unbezahlten Care-Arbeit schon ihre Erwerbsarbeitszeit verkürzten (Vgl. KU_20201031). Bemerkenswert ist, dass das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens nur ein einziges Mal in den Diskurs eingebracht und dabei sehr kritisch beurteilt wurde (Vgl. DS_20201003).

Insgesamt stehen die Policy Empfehlungen zur gerechteren Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit, die innerhalb des Diskurses auftauchen und von Expert*innen gut belegt werden, im Gegensatz zum Agenda Setting der Frauenministerin und sind so als eindeutige Aufforderung an die Regierung zu verstehen, dass ihre Aktivitäten nicht ausreichend sind.

6.2.3 Politische Inaktivität

Die Vielzahl an Policy Empfehlungen, die seitens der Expert*innen und der Wissenschaft medial kommuniziert wurden, gingen mit einer Kritik an den von der Bundesregierung gesetzten frauenpolitischen Maßnahmen während der Corona-Krise einher. Beispielhaft wird dafür ein Zitat aus einem Artikel der Die Presse herangezogen, in der Vertreterinnen* der Allianz Nachhaltiger Universitäten Österreich zu Wort kommen:

„All diese Lösungswege erfordern klare Rahmenbedingungen seitens der Politik. Zudem braucht es auch mehr Investitionen in die Forschung. Unabdingbar ist hier die Zeitverwendungsstudie, die in Österreich weiterhin auf sich warten lässt. Mit dieser würde sich ein besseres Bild über die ungleiche Aufteilung zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit ergeben. Ein gutes Leben für alle in Österreich wird aber nur dann gelingen, wenn systemische Hebel in Gang gesetzt werden und auf allen Ebenen – kollektiv wie auch individuell – daran gemeinsam gearbeitet wird.“ (DP_20211105)

Das Zitat macht deutlich, dass die gerechte Verteilung von Arbeit nicht nur ein „Frauenthema“ ist, sondern Auswirkungen auf das „gute Leben“ der gesamten Gesellschaft hat. Auch hier wird das Ausbleiben der Zeitverwendungsstudie kritisiert und als wichtige Maßnahme zum Erreichen der Verteilungsgleichheit klassifiziert. Darüber hinaus wird der ÖVP, eine der Regierungsparteien und die Partei, die die Frauenministerin stellt, ein absichtliches Ignorieren der Gleichstellungsfragen während der Corona-Krise zugunsten ihrer konservativen Ideologie attestiert. Martina Madner schreibt dazu in einem Leitartikel für die Wiener Zeitung:

„Die Regierung nimmt das stillschweigend in Kauf, streut hin und wieder Dankesworte ein. Passt doch die Rückkehr zum traditionell organisierten Vater-Mutter-Kind(er)-Haushalt perfekt zum Familienideal einer der beiden Regierungsparteien. Kein Aufschrei.“ (WZ_20200507)

Auch in der Kleinen Zeitung kommentiert die Regisseurin Ute Liepoldist:

„Gleichzeitig tritt die ÖVP kräftig auf die Bremse und kehrt zurück zu einem alten Muster: Das Familien- und Jugendressort ist endlich wieder mit dem Frauenressort vereint und die katholische Dreifaltigkeit „Kinder, Küche, Kirche“ wieder im Zentrum des ideologischen Firmaments.“ (KLZ_20210206)

Es wird ein Bild des traditionellen Familienbildes gezeichnet, bei dem die private Sphäre wieder klar den Frauen zugeordnet wird. Die Kritik zeichnet sich auch durch den Rückgriff auf „die Arbeitskraft Frau als unbegrenzte Ressource (...) mit dem die Politik rechnet“ aus (Vgl. TT_20211018). Die andere Regierungspartei, die Grünen, werden bei der Kritik an den gesetzten bzw. nicht gesetzten frauenpolitischen Corona-Maßnahmen ausgespart. An mehreren Stellen wird sogar von einer „rhetorischen Modernisierung“ gesprochen, die besagt, dass die Gleichstellung in Partnerschaften theoretisch angestrebt werde, diese in der Realität jedoch nicht verwirklicht wird (Vgl. KRZ_20211123).

6.2.4 Äußerungen von Politiker*innen

In den vorangegangenen Ausführungen zu den einzelnen Diskurssträngen wurde aufgezeigt, wie Expert*innen, Wissenschaft und auch die Zivilgesellschaft aktivere Maßnahmen von der Regierung zur Bekämpfung der ungleichen Verteilung von Arbeit zu

Lasten von Frauen fordern und die Untätigkeit der Regierung kritisieren. Österreichische Politiker*innen haben sich erstaunlich wenig zu dem Thema geäußert, deshalb wurde in die Analyse auch noch einmal separat der Diskursstrang „Äußerung von Politiker*innen“ mit aufgenommen. Die zuständige Bundesministerin für Frauen und Integration Susanne Raab hat im analysierten Zeitraum vier Interviews zur Situation von Frauen während der Corona-Krise gegeben, die sich inhaltlich alle stark ähnelten:

„Ich wünsche mir für jede Partnerschaft, dass sie gleichberechtigt ist. Meine Aufgabe ist es, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Zum Beispiel mit dem automatischen Pensionssplitting: Der berufstätige Elternteil lässt demjenigen, der in der Kinderbetreuung arbeitet, Pensionszeiten zukommen.“ (DP_20200813)

oder

„Jede Partnerschaft organisiert sich ja selbst, und natürlich wünsche ich mir zutiefst, dass Frauen und Männer in gleichberechtigten Partnerschaften leben und die Haus- und Kinderbetreuung gemeinsam übernehmen. Es gibt eine Verantwortung der Eltern, ihren Kindern ein gleichberechtigtes Lebensmodell vorzuleben, von dem Kinder lernen können. Wir als Staat müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit das auch möglich ist.“ (DS_20200810)

Das angestrebte Pensionssplitting ist für die Bundesministerin die wichtigste Maßnahme im Kampf gegen ökonomische Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Sie betont dabei immer wieder, dass die Aufteilung der Care-Arbeit in der privaten Sphäre eine individuelle Entscheidung der Familien bleibt, und dass die Politik, in diesem Fall sie, nur die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Arbeitsverteilung schaffen könne, denn „das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ (Vgl. DS_20200813). Dazu muss noch gesagt werden, dass der Frauenpolitik in den Interviews mit Bundesministerin Raab nur ein Teil gewidmet wurde. Den größten Teil haben Integrationsthemen eingenommen.

In den regionalen Tageszeitungen sprechen die Politiker*innen zudem eher über die institutionelle Kinderbetreuung und ihren Ausbau, da gerade in ländlichen Gebieten ein Mangel daran herrsche. Die Nationalratsabgeordnete Selma Yildirim der SPÖ bestehe beispielsweise auf konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Gleichberechtigung der Geschlechter:

„Dazu zähle auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie - etwa durch eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Würde man die hohe Teilzeitbeschäftigung bei Frauen einrechnen, so SP-NR Selma Yildirim, wäre der "Equal Pay Day" in Tirol bereits im Sommer. Gerade in Krisenzeiten wie jetzt würden viele Frauen wieder in alte Rollenmuster zurückgedrängt. Kinderbetreuung im ländlichen Raum müsse leichter zugänglich sein.“ (TT_20201012)

Interessant ist auch die unterschiedliche Betrachtung der FPÖ auf Bundesebene, die die Kinderbetreuung klar als Mütteraufgabe definiert und umfassendere Cash for Care-Maßnahmen fordert, damit „sich Mütter um ihre Kinder kümmern können“; „die Kleinkindererziehung zu Hause solle attraktiver und finanziell unterstützt werden“, so Dagmar Belakowitsch (Vgl. DS_20210803). Während die Salzburger-FPÖ an eine gerechtere Aufteilung zwischen den Geschlechtern appelliert:

„Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur Frauensache, sondern betrifft beide Partner. Wir müssen die Männer mitnehmen. Ursula Haubner, FPÖ bzw. BZÖ.“ (SN_20210306_02)

Insgesamt zeigt sich, dass die Politiker*innen der Oppositionsparteien eher konkrete Maßnahmen fordern, während die Leitung des Frauenressorts die Verantwortung für einen Wandel weg von der Politik hin zu der Gesellschaft verschiebt.

6.2.5 Geschlechterzuschreibungen

In dem Diskursstrang „politische Inaktivität“ wurde bereits die Kritik an der Bundesregierung dargelegt, insbesondere an den frauenpolitischen Maßnahmen der ÖVP. Der Diskursstrang „Geschlechterzuschreibungen“ nimmt diese Geschlechterzuschreibungen, die sich laut der Kritik beispielsweise in der konservativen Ideologie der ÖVP wiederfinden lassen. Dazu ein beispielhaftes Zitat aus der Kleinen Zeitung:

„Das Weltbild der ÖVP tut sich immer noch sehr schwer mit selbstständigen, selbst denkenden und unabhängigen Frauen, die womöglich auch noch kinderlos sind. Ein realitätsferner Blick, gibt es doch unzählige erfolgreiche Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Frauen werden in diesem politischen Konzept weiterhin primär mit Familie zusammengedacht.“ (KLZ_20210206)

Dabei werden an Mütter und an Väter immer noch ganz andere Anforderungen gestellt, wenn es um die Kindererziehung geht:

„Die Vorstellung, Mütter würden eine völlig andere, eine deutlich bedeutendere Rolle für ihr Kind spielen, ist bis heute mächtig – immerhin werden damit noch immer mit großem moralischem Nachdruck gesellschaftliche Rollen verteilt.“ (DS_20200509)

Während sich in Die Presse einer der wenigen männlichen Journalisten, die in dem Diskurs einen Beitrag publizieren, fragt, wie sich das 250 Jahre alte „Konzept der bürgerlichen Hausfrau“ so selbstverständlich bis ins 20. Jahrhundert halten konnte (Vgl. DP_20211031). Hier wird auch sichtbar, dass schon längst überholt geglaubte Geschlechterkonzepte aus historischen Diskursen, wie das der Hausfrau, noch Eingang in den aktuellen Diskurs finden. Dazu muss erwähnt werden, dass sich der gesamte Artikel ausschließlich um die Rolle der Frau und ihrer mütterlichen Zuschreibung dreht, die männliche Rolle als Vater jedoch komplett vernachlässigt wurde. Dabei ist es oft nicht nur eine Fremdzuschreibung, denen Frauen unterliegen. In Der Presse geben interviewte Frauen beispielsweise an, dass sie das sich Sorgen selbst für eine natürliche Geschlechterzuschreibung hielten. Hier zeigt sich die tiefe Verwurzelung dieser Geschlechterzuschreibungen:

„Sie glaubt auch, dass es in Frauen "so drinnen ist", dass sie sich mehr kümmern. "Ich bin es auch gar nicht anders gewöhnt. Meine Mama hat früher auch alles gemacht und mein Papa war halt auch so. (...) Sie arbeitet Teilzeit, er Vollzeit. Natürlich habe ich mehr gemacht. Das steht außer Frage. Aber ich würde das auch gar nicht meinem Mann anhängen. Ich habe mich auch vorher um die Hausübung gekümmert, da hat sich nicht viel verändert.“ (DP_20200510)

In dem Diskurstrang wird außerdem aufgegriffen, dass es andere Maßstäbe zur Beurteilung von Frauen in der Erfüllung ihrer Aufgabe als Mutter gibt als in der Beurteilung von Männern und der Erfüllung ihrer Aufgabe als Vater. Frauen, die diesem Ideal nicht entsprechen, werde oft mit einer Schmähung begegnet:

„Hinter vorgehaltener Hand wird nach wie vor eine berufstätige Frau von der Gesellschaft als „Rabenmutter“ verunglimpft: Warum hat die überhaupt Kinder bekommen? Der Begriff „Karrierefrau“ hat einen negativen Touch. Viele verbinden damit Assoziationen wie verbissen, frustriert, kämpferisch, unangenehm, während ein erfolgreicher Mann ausschließlich eine positive Außenwahrnehmung erfährt.“ (WZ_20210309)

Insgesamt kommen in dem Diskurs nur sehr wenige Männer in Bezug auf ihre eigenen Erfahrungen mit unbezahlter Care-Arbeit zu Wort. Wenn Betroffene sich äußern, dann sind es

meist Frauen. Eine Argumentation lautet, dass männliche Sorgearbeit ohnehin schon zu positiv bewertet würde:

„Männer oder Väter werden mit Helden verglichen, um sie für ihre tatsächlichen Leistungen in Haushalt und bei Kinderbetreuung zu ehren oder um sie indirekt aufzufordern, mehr Verantwortung zu übernehmen.“ (DP_20201127)

Es muss jedoch erwähnt werden, dass ein Zeitungsartikel für diesen Diskursstrang aus dem Rahmen fällt. In dem Standard-Artikel „Väter mit Verantwortung“ wird ein Vater interviewt, der die negativen Geschlechterzuschreibungen kritisiert, mit denen sich sorgende Väter konfrontiert sehen:

„In meiner eigenen Familie nur als Aushilfskraft zu gelten, fände ich darum ganz schön krass. Väter müssten sich auch stärker verbieten, dass sie oft als strunz dumm hingestellt werden, so, als seien Männer nicht willens und in der Lage sich zu kümmern (...) der Vater, der den Pizzaboten nicht bezahlen kann, der den Kindern zwei Jacken anzieht, der als kompletter Versager in Sachen Kümmern gilt. Einerseits können und tun Väter mehr. Andererseits tun sie es eben oft auch nicht. Wir geben uns als Gesellschaft offen und gleichberechtigt, aber Worte allein reichen nicht.“ (DS_20200613)

Auch wenn diese Geschlechterzuschreibungen vermeintlich veraltet erscheinen, sind sie dennoch so im gesellschaftlichen Denken verortet, dass sie Eingang in den Diskurs um ungleiche Verteilung von Arbeit während der Corona-Krise gefunden haben. Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Geschlechterzuschreibungen durch die Corona-Politik der Regierung reproduziert wurden und inwieweit durch sie der gesellschaftliche Druck auf beide Geschlechter größer wurde.

6.2.6 Belastungen

Wie der Diskursstrang „Geschlechterzuschreibungen“ gezeigt hat, geht mit der geschlechtsspezifischen Zuschreibung von bestimmten Attributen auch ein gesellschaftlicher Druck einher, der für Frauen zu einer Mehrfachbelastung während der Corona-Pandemie geführt hat. In einem Gastkommentar in Die Presse beschreiben zwei Autorinnen*, dass die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit zu einer großen Belastung führe:

„Ehepartner, Politik und Arbeitgeber gehen mit großer Selbstverständlichkeit davon aus, dass Kinderbetreuung und Home-Office von nur einer Person, der Frau und Mutter, vereint werden können. (...) Es fehlt das gesellschaftliche Bewusstsein dafür, dass Sorgearbeit und deren Vereinbarkeit mit einer Erwerbsarbeit sehr viel Zeit- und Energieressourcen in Anspruch nimmt. Im vermeintlich Privaten bleibt Sorgearbeit unsichtbar.“ (DP_20200518)

In diesem Zitat wird die Mehrfachbelastung betont, unter denen meist Frauen während der Corona-Krise litten. Verschärft hat sich diese Belastung durch die Kombination von Home-Office und Homeschooling, denn diese seien „nicht geschlechtsneutral“ und werden „überwiegend von Frauen bewältigt“ (Vgl. DS_20210123). Für die Folgen dieser Mehrfachbelastung, „Prekariat und Verarmung, Isolation und Zunahme von Gewalterfahrungen“ (Vgl. DS_20210123) wird ein drastisches Bild gezeichnet, um die Dringlichkeit hervorzuheben. Als besonders brisant wird die Lage der Alleinerziehenden dargestellt, wobei sich meist auf Alleinerzieherinnen bezogen wird. Auch die Kronen Zeitung, für die im Vergleich wenige Zeitungsartikel für die Analyse gefunden werden konnten, nimmt die Thematik auf:

„Alleinerzieherinnen trafen die Auswirkungen der Krise besonders hart. Viele dieser Frauen sind in systemrelevanten Berufen tätig und mussten nach ihrem Arbeitstag noch mit den Kindern Schulaufgaben machen. Das hat viele ans Limit gebracht.“ (KRZ_20210308)

Als eine weitere Form der Belastung wird das Thema „mental load“ aufgegriffen. Beispielhaft kommt in der Kleinen Zeitung die Leiterin einer regionalen Frauen- und Mädchenberatung in der Steiermark zu Wort:

„Es ist eine Arbeit, in die nicht nur viele unbezahlte Stunden hineinfließen, sondern die den betroffenen Frauen auch mental viel abverlangt. „Frauen haben ständig Dinge im Hinterkopf, die noch zu erledigen sind. Viele sagen, ich kann gar keinen Vollzeitjob machen, weil so viel ansteht“, weiß Landl-Tornow. Große Karrieresprünge fallen deswegen häufig aus: „Frauen sind oft unter Dauerstress und haben gleichzeitig ein schlechtes Gewissen, weil sie ihre vermeintlich geforderte Rolle als Mutter nicht zur eigenen Zufriedenheit ausüben können.“ (KLZ_20210307_01)

Durch die Krise wird besonders sichtbar, dass eine gesellschaftliche Ungleichheit besteht, da „Frauen von den Mehrfachbelastungen aus Erziehungs-, Erwerbs- und Hausarbeit stärker betroffen“ sind (Vgl. DP_20201127). In diesem Die Presse Artikel prangert ein männlicher Mitarbeiter des Vereins papainfo die Untätigkeit von Männern während der Krise an:

„Da läuft einiges falsch. (...) zum anderen wird schlicht zu wenig dagegen getan. Auch weil Männer diese Situation nicht lautstark anprangern und eine Mehrheit davon sogar profitiert - ob gewollt oder nicht.“ (DP_20201127)

Auch wenn hier auf die fehlende Mitarbeit und den fehlenden Protest von Männern und Vätern verwiesen wird, bleibt es die Ausnahme. Es wird aber auch sichtbar, dass der Diskursstrang mehr Ausprägungen zeigt und andere Blickwinkel zulässt, wenn die zu Wort Kommenden variieren. Abgesehen von einem Zeitungsartikel in den Vorarlberger Nachrichten, in der laut einer Umfrage der ÖVP-Frauenbewegung ein Viertel der Befragten angaben, „Familie und Beruf in der Corona-Zeit gut miteinander verbunden zu haben“ (Vgl. VN_20200704), wird auch in diesem Diskursstrang ein allgemeiner Konsens über die Mehrfachbelastung von Frauen während der Pandemie sichtbar.

6.2.7 Retraditionalisierung

Wie in den bisher genannten Diskurssträngen ausgearbeitet wurde, haben traditionelle Rollenvorstellungen großen Einfluss auf die ungleiche Verteilung von Arbeit. Wie schon der Titel dieser Arbeit sagt, ist in dem medialen Diskurs oft die Rede von einem Backlash in die 1950er bzw. einer Retraditionalisierung in alte Rollenmuster. Beispielhaft zeigt das ein Zitat aus einem Artikel Der Standard:

„Vor dem Hintergrund des ersten Lockdowns, der Schließungen von Schulen und Kindergärten und der Meinung mancher Experten, diese sollten womöglich bis Oktober geschlossen halten, rückte die Gefahr eines Rollbacks in den Vordergrund. Dass wir durch die aktuellen Entwicklungen wieder in den 1950er-Jahren landen, die Geschlechterrollen wieder sehr ungleich verteilt werden und dass das alles sehr langfristige Konsequenzen hätte.“ (DS_20201209)

Hier wird darauf hingewiesen, dass die Retraditionalisierung der Geschlechterrollen eine Folge der Schließungen der institutionellen Kinderbetreuung sei. Auch wenn viele der Missstände innerhalb der geschlechtsspezifischen Verteilung von Arbeit bereits vor der Pandemie bekannt waren, erfuhren sie eine neue Wertigkeit. Für das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen ist der Gleichstellungsprozess, der schon vor der Pandemie noch einen langen Weg vor sich hatte, in Gefahr:

„Europäische Frauen sind noch mindestens 60 Jahre von der Gleichstellung mit Männern entfernt: Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt die aktuelle Studie des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (Eige). Die Coronapandemie könne den Prozess sogar noch verlangsamen, warnen die Studienautoren. "Das Virus bedeutet auch für den Gleichstellungsprozess eine ernsthafte Gefahr, die wir uns nicht leisten können", mahnt Eige-Direktorin Carlien Scheele.“ (DP_20201031)

Einige Artikel zeigen aber auch eine andere Seite auf, nämlich, dass schwerlich von einer Retraditionalisierung gesprochen werden kann, wenn es schon vor der Krise keine echte Gleichberechtigung geherrscht habe. Es werde jetzt klarer,

„dass wir in der Rollenverteilung gar nicht so weit vorangekommen sind, wie gedacht. Der Vergleich mit den Fünfzigerjahren hinkt aber, denn da war es ja erstrebenswert, dass Frauen nicht erwerbstätig sind. Das kann sich heutzutage keine Familie mehr leisten. Vielmehr sind Doppel- und Dreifachbelastungen hinzugekommen.“ (KU_20200718)

Die Aussage von Katharina Mader zeigt, dass sich die Bedingungen, unter denen die Arbeit innerhalb einer Familie aufgeteilt werden, verändert haben. Deshalb sei der Vergleich des Backlashs in die 1950er Jahre nicht ganz korrekt. Insgesamt zeigt der Diskurs eine Zustimmung zur Retraditionalisierung der Rollenverteilung durch die Corona-Krise. Inwieweit eine traditionelle Rollenverteilung schon vor der Pandemie geherrscht hat, wird in diesem Zusammenhang nicht immer diskutiert.

6.2.8 Männlichkeit

Bisher haben die Diskursstränge gezeigt, dass sich der Diskurs hauptsächlich um weibliche Care-Arbeit und Geschlechterrollen dreht, die Frauen* benachteiligen. Einige Artikel greifen jedoch auch männliche Care-Arbeit auf und die Veränderungen unseres kulturellen Verständnisses von Geschlecht, die damit einhergehen. Daniel Schönherr vom Momentum Institut, der auch dazu eine Studie durchgeführt hat, fällt in Der Standard eine negative Prognose in Bezug auf die langfristigen Effekte der Corona-Krise:

„Es braucht eine globale Pandemie, dass fast ein Viertel der Väter die Hauptverantwortung übernimmt“, kommentierte Schönherr dieses Ergebnis überspitzt. Auf Dauer werde sich das dennoch nicht bemerkbar machen. „Die Corona-Krise hat nicht zu einer gleichberechtigteren Aufteilung der Sorgearbeit geführt (...)“, warnt Schönherr.“ (DS_20200506)

Dabei sieht er die Pandemie nicht als Chance und kritisiert gleichzeitig, dass Väter sich zu wenig einbinden, das auch schon vor der Pandemie. Auf der anderen Seite wird gerade jüngeren Männern beispielsweise von einem in der Väterberatung tätigen Psychologen eine Veränderung konstatiert:

„Jüngere Männer haben eher ein modernes oder ein aufgeweichtes traditionelles Rollenbild. Ein streng traditionelles kommt selten vor. (...). Je mehr Frauen die Möglichkeiten haben, zurück in den Beruf zu kommen, umso mehr können Väter ihren Anteil an der Kindererziehung und auch am Haushalt beitragen. Die Emanzipation wirkt sich für Väter folglich eher günstig aus.“ (DP_20210613)

In mehreren der analysierten Zeitungsartikel wird hervorgehoben, dass nur durch einen Wandel unserer kulturellen Einstellungen ein Wandel unseres gesellschaftlichen Verständnisses von Geschlechterzuschreibungen geschehen kann:

„Es geht also um nichts Geringeres als um Kulturveränderung. Männlichkeit und Sich-Sorgen-und-Kümmern sollten kein Widerspruch mehr sein. Bei Umfragen zu Karenzen zeigt sich eine hohe Bereitschaft von Männern. Wir haben aber noch keine Politik, die diese Bereitschaft in die Pflicht nimmt.“ Doch nur wenn Männer als sich sorgende und sich kümmernde Menschen adressiert werden, könne sich das Männerbild verändern, glaubt Lehner. Derzeit sei es noch stark konkurrenzorientiert und hierarchisch. „So lange wir dieses Männerbild haben, werden wir immer Männer haben, die Gewalt als Ressource sehen, die Männlichkeit als Legitimation für Gewalt sehen“, sagt der Psychoanalytiker.“ (DS_20210508)

Durch ein anderes Verständnis von Männlichkeit könne also eine höhere Akzeptanz und eine Ausweitung von männlicher Sorgearbeit erreicht werden. Es wird zudem angemerkt, dass männliche Care-Arbeit nicht nur der ungleichen Verteilung und Abwertung von Care-Arbeit entgegenwirke, sondern auch der männlichen Gewalt gegen Frauen, und dass diese beiden Ungleichheiten eng miteinander verwoben seien.

Es zeigt sich eine Ambivalenz im Diskursstrang um männliche Sorgearbeit: Es herrscht allgemeiner Konsens darüber, wie wichtig die männliche Beteiligung an Care-Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit ist, jedoch Uneinigkeit in Bezug auf den Ausblick in die Zukunft und inwieweit sich kulturelle Einstellung von oben durch institutionelle Rahmenbedingungen oder diese von unten durch die Gesellschaft beeinflussen lassen. Das Spannungsverhältnis zwischen institutionellen Rahmenbedingungen und kultureller Einstellung bzw. Verantwortung der Gesellschaft wird hierbei erneut deutlich.

6.2.9 Kulturelle Einstellungen

Die Debatte um dieses Spannungsverhältnis nimmt auch einen Anteil in dem Diskurs zur ungleichen Verteilung von Arbeit während der Corona-Krise ein, weshalb der Diskursstrang „kulturelle Einstellungen“ mit in die Analyse aufgenommen wurde. Hierbei gibt es auf der einen Seite kulturelle und gesellschaftliche Faktoren, die Frauen immer noch nicht zutrauen, „gut rechnen oder wirtschaften zu können. Dabei gebe es keine leistungsbasierenden oder neurowissenschaftlichen Beweise“ dafür (Vgl. DP_20201101). Diese Faktoren trennen weibliche Erwerbsarbeit von bestimmten Branchen und Positionen. Auf der anderen Seite werden durch kulturelle Einstellungen weibliche Stärken mit dem Muttersein verbunden:

„Ein "kultureller Imperativ" wird über die folgenden 250 Jahre hindurch die Mutterliebe als natürliche Bestimmung. Dazu gehört das Stillen, möglichst viel Zeit mit den Kindern zu verbringen. Wenn ein Kind missrät, ist es ihre Schuld.“ (DP_20211031)

In einem Artikel der Kleinen Zeitung wird die Wichtigkeit betont, die ein Ausbau der Väterkarenz für eine gesellschaftliche Veränderung habe. Der Journalist Thomas Gerstenkamp beschäftigt sich mit der Frage, wie ein aktives Vatersein gelingen könne:

„Doch selbst wenn Väter nur wenige Wochen wegen ihres Kindes beruflich pausieren, signalisiert das einen kulturellen Wandel.“ (KLZ_20200614)

Ein Sozialarbeiter* in den Vorarlberger Nachrichten führt aus, dass die ungleiche Verteilung von Arbeit nur zum Teil mit alten Rollenbildern zu tun habe, denn „sehr oft richten Menschen ihre Entscheidung nach herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen aus“ (Vgl. VN_20200526).

Interessant ist, dass vor allem in vielen Beiträgen, die von männlichen Autoren geschrieben wurden, der Wandel von kulturellen Einstellungen als wichtiger Faktor für die Geschlechtergleichheit gesehen wird.

Bevor die Ergebnisse der Strukturanalyse diskutiert und interpretiert werden können, soll die Feinanalyse noch detailliertere Aufschlüsse über den Diskurs geben.

6.3 Feinanalyse

Als nächsten Schritt in der kritischen Diskursanalyse ist die Feinanalyse vorgesehen, in der ein oder mehrere für den Diskurs typische Diskursfragmente, in diesem Fall ganze Zeitungsartikel, detailliert untersucht werden. Dabei gibt Jäger (2005?) kein in sich geschlossenes Analyseschema vor, sondern bietet fünf Leitfragen zur Orientierung:

Welche „Botschaft“ vermittelt das Diskursfragment? Welche sprachlichen (und sonstigen) Mittel werden verwendet? Welche Zielgruppe wird angesprochen? Welche Wirksamkeit hat das Fragment in Hinblick auf die Veränderung von dominanten oder subalternen Diskursen (wird versucht gewisse Weltansichten bzw. Ideologien zu verbreiten)? In welchem diskursiven Kontext steht das Diskursfragment?

In Fall dieser Analyse wurden zwei Zeitungsartikel für die Feinanalyse ausgewählt. Der erste Artikel stammt aus der Wiener Zeitung, da er die meisten Diskursstränge beinhaltet und kurz nach dem ersten Lockdown publiziert wurde und somit eine Art Bilanz darstellt. Der zweite Artikel wurde in Die Presse zum Anlass des internationalen Frauentages 2021 veröffentlicht und enthält die zweithäufigsten Diskursstränge. Zu diesem Anlass wurden mit Abstand die meisten Artikel, die dem zu analysierenden Diskurs entsprechen, publiziert. Mit den beiden Artikeln sind sowohl die überregionalen als auch die regionalen Zeitungen beispielhaft abgedeckt.

6.3.1 Beispiel Wiener Zeitung

„Zur Superwoman zwangsverpflichtet“, 30.05.2020

Schon der Vergleich mit der Comicfigur und Superheldin Superwoman in der Überschrift gibt einen Hinweis darauf, dass sich der Artikel mit den real nicht erfüllbaren Aufgaben und „übermenschlichen“ Rollenerwartungen an Frauen, die ihnen von „außen“ und unfreiwillig zugeschrieben werden, auseinandersetzt. Der Artikel wurde am 30.05.2020, ca. ein Monat nach Ende des ersten Lockdowns, in der Wochenendausgabe der Wiener Zeitung im Ressort Politik veröffentlicht, zieht sich über eine Seite und ist der Reportage zuzuordnen. Die Autorin Martina Madner ist Redakteurin der Wiener Zeitung und Wirtschaftsjournalistin. Laut ihrer Website ist sie stellvertretende Vorsitzende des Frauennetzwerks Medien und

Vortragende für vornehmlich frauenpolitische Themen, deshalb kann sie durchaus dem feministischen Lager zugeordnet werden.

Der Artikel zeichnet ein Fazit nach dem ersten Lockdown in Österreich und seinen Auswirkungen auf die Frauen. Im Untertitel zeigt sich eine ironische Formulierung „Traditionelle Rollen „feierten“ (...) ein Revival.“ „Feiern“ wird in diesem Fall nicht als etwas Positives dargestellt, die Anführungsstriche verdeutlichen das. Ironische und sarkastische Überspitzungen finden sich auch in anderen Textteilen. Des Weiteren zeigt bereits der Untertitel eine binäre geschlechtsspezifische Unterscheidung der Eltern in Frauen und Männer und eine Gegenüberstellung dieser beiden scheinbar nicht zusammenhängenden Gruppen: „Ausgelagerte Erziehungs- und Kinderbetreuungsarbeit übernahmen hauptsächlich wieder Frauen – nicht Männer.“

Im ersten Teil kommt eine betroffene alleinerziehende Frau zu Wort, die von ihrer Belastung während des Lockdowns spricht. Sie erzählt, unkommentiert von der Journalistin, von ihrer Überforderung während der Schulschließung, wobei vor allem die Lehrer*innen für den Stress verantwortlich gemacht werden:

„(...) die Lehrer überschütteten uns mit Aufträgen (...) meine Tochter war mit den vielen E-Mails der Lehrer überfordert (...) und die Lehrer haben sich auch gleich gemeldet, wenn am Abend nicht alles pünktlich ankam.“

Im zweiten Teil stellen die Ökonominnen Katharina Mader von der Wirtschaftsuniversität Wien und Franziska Disslbacher von der Arbeiterkammer Wien ihre Zeiterhebungsstudie vor, die bestätigt, dass Alleinerzieherinnen unter der größten Belastung litten und Frauen mit Partner während des Lockdowns trotzdem mehr unbezahlte Arbeit übernahmen, wenn Kinder in der Familie sind. Die Journalistin kommentiert, dass durch das Wegbrechen der institutionellen Kinderbetreuung diese Arbeit zu den Frauen „wandere“. Das impliziert, dass die Verschiebung der Arbeitsteilung ein automatischer Prozess ist, der ohne Zutun der Frauen oder Männer passierte. Im dritten Teil werden betroffene Frauen aus der Studie zitiert, die Resultate der Studie von Mader und Disslbacher diskutiert und policy Empfehlungen der Expertinnen wiedergegeben. Dabei bleibt auch das Thema der Auslagerung von Sorgearbeit von „besser Verdienenden mit höheren Abschlüssen“ nicht aus, die unbezahlte Care-Arbeit an „andere Frauen ausgelagert hatten“. Dass viele der Frauen, die in privaten Haushalten Care-Arbeit übernehmen, eine Migrationsgeschichte aufweisen und schlecht

bezahlt werden, bleibt in dem Zusammenhang und in dem Artikel ungesagt. Eine Betroffene wird so zitiert:

„Ich vermisse unsere Putzfrau“, merkte eine Akademikerin im Homeoffice an.

Die stereotype Berufsbezeichnung der „Putzfrau“ wirkt noch abwertender, wenn sie der Akademikerin gegenübergestellt wird. Katharina Mader spricht im Zusammenhang mit zugekauften Dienstleistungen von einer „Illusion der Gleichberechtigung“, denn viele Frauen hätten das „nie mit dem eigenen Partner fair ausverhandelt“. In diesem Absatz wird alleine den Frauen die Aufgabe zugetragen, für eine gleichberechtigte Verteilung von Arbeit innerhalb der Familie zu sorgen. Das Wort „Illusion“ impliziert zudem, dass vor allem gut verdienende Frauen in Bezug darauf naiv sind und sich etwas vormachen lassen.

Im vorletzten Absatz werden dann noch einmal Frauen und Männer als oppositionelle Gruppen gegenübergestellt:

„Frauen gehen davon aus, dass es zwar wieder weniger unbezahlte Arbeit wird, sie davon weiterhin mehr übernehmen. Manche Männer haben aus Belastung in der Krise gelernt, dass sie danach noch weniger Stunden als vor dem Shutdown übernehmen wollen.“

Es wird nicht ganz klar, ob diese Feststellung auf Aussagen von Betroffenen aus der Studie beruht oder eine eigene Feststellung der Journalistin ist. Männern* wird dabei jedoch zugeschrieben, dass sie sich am liebsten gänzlich aus der Väterrolle zurückziehen würden und kein Interesse am Schicksal ihrer Partnerinnen haben. Das entspricht einer traditionellen männlichen Geschlechterzuschreibung. Der letzte Absatz widmet sich den policy Empfehlungen der Ökonominnen und ist widersprüchlich formuliert. Auf der einen Seite betonen die beiden Expertinnen laut Journalistin, dass eine gerechtere Verteilung von Arbeit nur über veränderte Strukturen möglich und kaum durch Verhandlungen in den Familien zu erreichen sei. Auf der anderen Seite wird Mader jedoch wörtlich zitiert, dass die policy Empfehlungen der Expertinnen die Verhandlungsposition von Frauen stärken würden. Diese Widersprüchlichkeit kann aber auch die nicht immer eindeutig zuordenbaren Grenzen des Privaten und des Öffentlichen widerspiegeln.

6.3.2 Beispiel Die Presse

Wir sind noch lang nicht so emanzipiert, wie wir glauben, 07.03.2021

Mit der Überschrift spricht die Journalistin Katharina Schuh die Leser*innen direkt an und stellt sich mit ihnen auf eine Ebene. Das „wir“ zieht sich durch den gesamten Artikel. Außerdem stellt sie schon hier eine zuvor als allgemeingültig angesehene Wahrheit in Frage, nämlich die Gleichberechtigung der Geschlechter. Der Artikel erschien am 07.03.2021, also einen Tag vor dem Internationalen Frauentag, in Die Presse am Sonntag im Ressort Leben und erstreckt sich über eine Doppelseite. Die Autorin Katharina Schuh ist seit 2010 Redakteurin bei Die Presse und ist laut der Styria Mediengruppe normalerweise für das Ressort Chronik bzw. die Rubrik Essen und Trinken zuständig. Im Untertitel wird die Journalistin noch spezifischer, denn es heißt die Pandemie habe Frauen besonders stark getroffen. Dabei unterscheidet sie zwischen dem Privaten „zu Hause“ und dem Öffentlichen „außerhalb davon“, wobei sie im „zu Hause“ von einem „kleinen Backlash“ spricht. Mit dieser Verniedlichung wird die Brisanz des Themas geschmälert. Anschließend kritisiert sie im Untertitel, dass es nur wenig und nur sehr späten Protest gegeben habe.

Der erste Teil des Artikels beschäftigt sich mit der Bedeutung des Frauentages und der Bedeutung des Frauentages für das Jahr 2021 während der Pandemie. Schuh stellt dabei zwei Gruppen gegenüber: Die, die tatsächlich etwas zu sagen haben, z.B. Frauenorganisationen und die, die den Frauentag kommerzialisieren. Dazu nutzt sie abwertende Ausdrücke:

„Unternehmen zum Beispiel, die offenbar nicht allzu viele Gedanken an den Ursprung dieses Tages verschwendet haben und ihn als eine Mischung aus Shoppingtag, Muttertag und Valentinstag verstehen. Nein, der Frauentag ist nicht der richtige Tag, um irgendwelche Blumen zu verteilen.“

Dieses Jahr sei aufgrund der Pandemie von besonderer Bedeutung. Sie betont, dass die Forderungen der Frauenbewegung wieder „ausgegraben“ werden könnten. Dies impliziert, dass die Forderungen schon einmal erfüllt zu sein schienen, jetzt aber wieder zu Tage gefördert werden müssten. Um den „Backlash“ zu verdeutlichen, zeichnet Schuh ein Bild von Vätern, die im Arbeitszimmer sitzen, während „die Mütter am Küchentisch Platz genommen haben“. Der zweite Teil des Artikels zeigt die Ungleichheiten auf, die durch die Corona-Krise sichtbar geworden sind. Dazu kommt eine betroffene Frau zu Wort, die die Mehrfachbelastung beschreibt, die sie während der Pandemie erlebt hat. Die Betroffene sagt aus, dass sie sich

dennoch gut von ihrem Mann unterstützt fühle. Er sei 2 Monate in Karenz gewesen und sie 22 Monate. In ihrer Aussage wird deutlich, dass Männer oder Väter in ihren Augen kein gleichberechtigter Teil der Sorgearbeit sind. Sie sind bloße Unterstützung, während Frauen die Hauptverantwortung tragen. Die Betroffene gibt außerdem an, dass sie eine Coaching Stunde für ihre Zeitoptimierung in Anspruch genommen hat. Hier zeigt sich der Druck, den Frauen auf sich selbst ausüben, um mit der Vielzahl an Belastungen fertig zu werden.

Im nächsten Teil kommt wie in dem Beispielartikel der Wiener Zeitung Ökonomin Katharina Mader zu Wort und gibt auch hier die Resultate der oben genannten Studie wieder. Diesmal wird jedoch deutlich hervorgehoben, dass sich die Studie ausschließlich auf heterosexuelle Paare mit Kindern bezieht. Interessant ist, dass die Journalistin im Zusammenhang mit der Studie Frauen als „Mütter“ bezeichnet, Männer dagegen als „Männer“ oder „Partner“. Hier wird impliziert, dass Frauen ihr Dasein als Frauen sobald sie Kinder bekommen aufgeben und lediglich über die Rolle als Mutter definiert werden. Für Männer gilt das allerdings nicht. Da alle Frauen gleichermaßen von der Pandemie, unabhängig ihres sozioökonomischen Hintergrunds betroffen waren, fordert Mader weibliche Solidarität:

"Da hätte ein Solidaritätsmoment entstehen können, indem man gemeinsam sagt: ‚Es ist zu viel, das geht nicht mehr.‘ Aber das war nicht so. Jede hat geschaut, dass sie es irgendwie schafft", sagt Mader.

Männliche Solidarität wird in dem Artikel nicht gefordert. Der letzte Teil setzt sich mit der Frage auseinander, warum es bisher so wenig Protest von Seiten der Frauen gegeben hat und welche Bedeutung der Frauentag für die zukünftigen Proteste der Frauenbewegung hat. Dabei kommt Klausia Friebe, die Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings zu Wort, die verstärkende Adjektive benutzt:

„Viele Frauen sind extrem müde und psychisch stark belastet“

Auch die Journalistin greift in diesem Zusammenhang auf emotionale Wörter zurück, um die Dringlichkeit der Problematik zu verdeutlichen:

„Was sie besonders schmerzt, ist, dass die Politik in der Krise keinen Fokus auf Frauen habe.“

Zum Schluss wird die Solidarität von jungen, meist kinderlosen Frauen zwischen 20 und 30 infrage gestellt und hinterfragt, ob diese den Protest mittragen würden. Die zuvor

erwähnte betroffene Frau kommt erneut zu Wort hinsichtlich der Bedeutung, den der Frauentag für sie hat:

„Wobei sie eher den Fokus auf mehr Wertschätzung für Berufe im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich legt. (...) Privat sei zwar wichtig und richtig. "Aber man muss schauen, dass es für beide passt, und das muss nicht immer 50:50 sein."

In ihrer Aussage wird die Unterscheidung zwischen der Gleichberechtigung im öffentlichen und der Gleichberechtigung im privaten Raum deutlich.

7 Diskussion der Ergebnisse

Insgesamt wurden in den 166 Artikeln der Tageszeitungen Die Presse, Der Standard, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Kurier, Niederösterreichische Nachrichten, Oberösterreichische Nachrichten, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten und Wiener Zeitung 636 Diskursfragmente gefunden, die den neun Diskurssträngen zum Diskurs um die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise zugeordnet werden konnten. In dem Untersuchungszeitraum 16.03.2020 bis 12.12.2021 gab es eine durchgehende Berichterstattung in unterschiedlicher Intensität, die ihren Höhepunkt um den Internationalen Frauentag am 8. März 2021 fand, zu dessen Zeitpunkt jede der untersuchten Tageszeitungen Artikel publizierte, die in den Diskurs fallen. Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass die Berichterstattung im ersten Pandemiejahr intensiver war als im zweiten Jahr bis zum Dezember 2021, in dem kein einziger Artikel mehr zu dem Thema publiziert wurde. Während der Strukturanalyse haben sich die Diskursstränge „Ungleiche Verteilung von Arbeit“ (226), „Policy Empfehlungen“ (184), „Geschlechterzuschreibungen“ (144), „Belastungen“ (102), „Politische Inaktivität“ (96), „Retraditionalisierung“ (96), „Männlichkeit“ (79), „Äußerung Politiker*in“ (42) und „kulturelle Einstellung“ (40) ergeben. Jeder Zeitungsartikel und viele der Diskursfragmente konnten mehr als einem Diskursstrang zugeordnet werden.

Insgesamt scheint es in den Medien einen allgemeinen Konsens darüber zu geben, dass es eine ungleiche Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit entlang des Geschlechts während der Corona-Krise gab und dies ein Problem darstellt, das es zu lösen gilt, da es vor

allem drastische Folgen für Frauen hat. Die Maßnahmen und Lösungsvorschläge sind jedoch vielfältig. Insbesondere das Home-Office, das eigentlich für die Digitalisierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit steht, hatte den gegenteiligen Effekt für Frauen mit Kindern. Das wurde nicht nur aus den Studien deutlich, sondern auch in dem Diskurs. Zudem zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem von Medien sowie der Politik kommunizierten und den Frauen zugeschriebenen Attribut der Systemrelevanz von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise und der realen Wertschätzung im Privaten von Partnern und dem politischen Agenda Setting. Die wenigen Male, die sich die Frauenministerin Susanne Raab medial zu der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit geäußert hat, lassen darauf schließen, dass die ungleiche Verteilung keinen großen Stellenwert in der Corona-Politik der österreichischen Bundesregierung hatte und die pandemiebedingte Retraditionalisierung dem Frauen- bzw. Familienbild der ÖVP entspricht. Damit deutet sich an, dass sich dies auch in der wohlfahrtsstaatlichen Politik außerhalb der Pandemie wiederfindet. Konträr dazu sprechen sich die im analysierten Diskurs zu Wort kommenden Expert*innen aus, in deren Policy Empfehlungen die Notwendigkeit der Steigerung der Attraktivität von männlicher Care-Arbeit durch zielgerichtete Maßnahmen wie der verpflichtenden Väterkarenz zum Ausdruck kommen. Elliott (2016) kommt ebenso zu dem Schluss, dass ein wichtiger Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter über die Teilnahme von Männern an der unbezahlten Care-Arbeit erfolgen kann und so das Aufbrechen von typisch männlichen Geschlechtszuschreibungen begünstigt. Die Autorin kritisiert außerdem, dass feministische Theorien oft Konzepte von Männlichkeit vernachlässigen. Dies wird auch im analysierten Diskurs deutlich, denn die Auswirkungen von hegemonialer Männlichkeit auf die Care-Problematik wird bis auf ganz wenige Fälle aus dem Diskurs ausgeklammert, vielmehr werden innerhalb des Diskurses sogar männliche Stereotype reproduziert.

Mit dem Beharren der Frauenministerin auf das verpflichtende Pensionssplitting als geeignetes Mittel um der ungleichen Verteilung von Arbeit entlang der Geschlechter entgegenzuwirken, bestätigt sich die Einordnung Österreichs als konservativ-korporatistisches Wohlfahrtsregime mit symbolischer Frauen- und Familienpolitik (Esping-Andersen, 1990 und Kaufmann, 2002): Die Maßnahme des Pensionssplittings soll weibliche Altersarmut bekämpfen, welche jedoch nur ein Symptom und nicht die Ursache geschlechtsspezifischer ökonomischer Ungleichheiten ist. Zudem werden keine evidenzbasierten Studien durch die Ministerin angeführt, die eine solche Maßnahme als Ungleichheiten verringernd belegen. Dagegen spricht auch, dass ein freiwilliges Pensionssplitting für Ehepartner*innen schon vor

der Corona-Pandemie möglich war, dieses allerdings kaum in Anspruch genommen wurde. Eine Studie des WIFO (Mayrhuber, 2022) kommt ebenso zu dem Schluss, dass es bislang keine wissenschaftliche Evidenz für die Ungleichheiten ausbalancierende Wirkung eines verpflichtenden Pensionssplittings gebe. Im Gegenteil könne „die höhere Pensionskontogutschrift beim Splitting für den sorgearbeitsleistenden Elternteil auch mit einer Verfestigung der Zuständigkeit für diese Sorgearbeit einhergehen“ (Mayrhuber, 2020). Auch die Rolle des männlichen Vollzeitwerbsarbeitenden könnte so verfestigt werden. Für die Wirksamkeit anderer wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, die innerhalb des Diskurses von Nicht-staatlichen Akteur*innen aufgegriffen wurden, wie dem Ausbau der Ganztagesbetreuung oder der gerechteren Aufteilung von Karenzzeiten zwischen Vätern und Müttern gibt es dagegen best-practice-Modelle aus Europa, die einen positiven Effekt auf die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit hatten (Rathgeb/ Wiss, 2020).

Wie Expert*innen auch in einigen der analysierten Zeitungsartikel festgestellt haben, wird der rhetorische Modernisierungswille der österreichischen Bundesregierung in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter hier besonders deutlich. Insbesondere die konservative Ideologie der ÖVP spiegelt sich in den Aussagen der Bundesministerin Raab wieder: Die symbolische Gleichstellungspolitik der österreichischen Bundesregierung zielt nicht darauf ab, den Status quo, in der die Kernfamilie immer noch der ideale Platz für die Erziehung von Kindern ist und somit hauptsächlich eine weibliche Aufgabe, zu verändern. Die Verantwortlichkeit für die Aufteilung der unbezahlten Care-Arbeit wird erneut in den privaten innerfamilialen Raum verlagert und als individuell zu lösende Aufgabe betrachtet. Damit würde sich das von Bundesregierung eingebrachte Vorhaben des verpflichtenden Pensionssplittings als weitere Maßnahme eines konservativen Sozialstaates wie Österreich offenbaren, dessen Sozialsystem weiterhin auf den männlichen, gut verdienenden, Familienernährer zugeschnitten ist und kaum Einfluss auf den „gender pay gap“, „gender pension gap“ und „gender care gap“ hat. Es stellt sich gleichzeitig die Frage, inwieweit sich die Politik als Vorbild für die Gesellschaft versteht.

Dabei ist die Schaffung einer Infrastruktur, die Ungleichheit entgegenwirkt und Gleichheit schafft, eine der Aufgaben eines Wohlfahrtsstaates. Die Gleichheit aller Bürger*innen ist in der österreichischen Verfassung verankert, in der sich der Bund und die Länder auch explizit zur Gleichstellung von Mann und Frau bekennen und Maßnahmen zur Förderung von bestehenden Ungleichheiten umsetzen wollen (Österreichische

Bundesverfassung, Art. VII Abs. 2). Spätestens wenn die gesellschaftlichen Mechanismen zum Ausgleich nicht ausreichen, ist der Staat gefragt „internalisierende Lösungen“ zu schaffen (Zacher, 2006). Für Nußberger (2010) sind alle Formen sozialer Ungleichheit als potenzielle Gefahr für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt anzusehen. Für die Autorin ist die Übertragung der Herstellung von Gleichheit im privaten Raum nur möglich, wenn die soziale Gleichheit dadurch nicht vermindert wird. Gleichzeitig ist aber auch die Freiheit jeder Bürger*in in der Verfassung festgeschrieben, d.h. wenn der Gesetzgeber das höchst Private von Bürger*innen, wie beispielsweise das Familienleben, reglementieren will, ist er ebenfalls der Verfassung unterlegen.

Pfau-Effinger (2009) geht davon aus, dass es mehr als nur die Schaffung neuer institutioneller Rahmenbedingungen braucht um eine Angleichung der Geschlechter zu erreichen: Die kulturellen Werte und Leitbilder innerhalb einer Gesellschaft sind ebenso relevant wie die wohlfahrtsstaatliche Politik eines Staates und institutionelle Rahmenbedingungen können diese nicht immer beeinflussen. Pfau-Effinger (2009) führt beispielsweise explizit als Beispiel den Ausbau der staatlich geförderten Kinderbetreuung an, der manche Eltern trotzdem nicht davon abhalten würde ihre Kinder zuhause zu betreuen. Die Analyse hat dennoch ergeben, dass viele Expert*innen, die in dem öffentlichen Diskurs zu Wort kommen, Kritik an der österreichischen Bundesregierung ausüben und neue Strukturen fordern. Dabei wurde vor allem die verpflichtende Karenz für beide Elternteile als eine wichtige Maßnahme gegen die geschlechtsspezifische Ungleichheit bei der Care-Arbeit angeführt. Westliche Wohlfahrtsstaaten wie Schweden werden oft als best-practice-Beispiel genannt. Über die Erhöhung der Beteiligung von Vätern an der Care-Arbeit während der Karenz soll sich eine Veränderung der Einstellung zur geschlechtsspezifischen Verteilung von Care-Arbeit ergeben. Wie in der Analyse insgesamt, zeigt sich auch hier eine Problematik: In dem öffentlichen Diskurs werden die unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen von Familien nicht beachtet, vielmehr wird pauschal von der einen Durchschnittsfamilie ausgegangen. Während die verpflichtende Karenz bei einigen Familien zu einer Angleichung der Arbeitsteilung führen kann, erleiden andere Familien womöglich große finanzielle Einbußen. Diese Maßnahme wäre also nicht nur ein tiefer Eingriff in das Familienleben, er könnte die angestrebte soziale Gleichheit an anderer Stelle vermindern und wäre so kontraproduktiv. Auch wenn es best-practice-Beispiele gibt, braucht es für Österreich noch weitere Studien um eine solche Maßnahme ausreichend begründen zu können.

Aus der Struktur- und Feinanalyse ergeben sich so folgende Aspekte, die für die kritische Diskursanalyse von Bedeutung sind:

1. Es scheint, als ob es einen allgemeinen evidenzbasierten Konsens innerhalb der Medien gibt, der die ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise bestätigt. Mit Voranschreiten der Pandemie wurde das Bewusstsein darüber geschärft, dass weniger von einem Backlash in die 1950er gesprochen werden kann als von einer traditionellen Rollenverteilung, die es schon vorher gegeben hat und die nur durch die Krise sichtbar wurde. Der mediale Konsens gibt jedoch keinen Aufschluss darüber, inwieweit sich der Konsens auf die Gesellschaft übertragen hat. Dafür braucht es mehr Studien.
2. Die Strukturanalyse hat ergeben, dass der Diskurs eher einseitig geführt wurde, denn die Mehrheit der Journalist*innen und der zu Wort kommenden Betroffenen war weiblich. In dem Diskurs ist die weibliche Perspektive natürlich die wichtigste, denn gerade Frauen litten besonders unter der Krise. Dabei fehlen jedoch die intersektionalen Perspektiven von Frauen mit Migrationsgeschichte und Frauen beziehungsweise Familien aus unterschiedlichen sozioökonomischen Schichten. Nicht nur waren auch die Mehrheit der Expert*innen weiblich, es waren auch oft die gleichen. Um Care-Arbeit aus der alleinig weiblichen Verantwortung zu holen und zu einem gesamtgesellschaftlich zu lösenden Problem zu machen, bräuchte es darüber hinaus auch die männliche Perspektive und ein in Frage stellen nicht nur weiblicher Stereotype sondern auch hegemonialer Männlichkeit. Fraglich ist, ob sich Männer und Frauen, die während der Pandemie beispielsweise nicht im Home-Office gearbeitet haben, von der Berichterstattung angesprochen gefühlt haben.
3. Darüber hinaus wurde das Spannungsverhältnis zwischen den Aufgaben eines demokratischen Wohlfahrtsstaates und der Eigenverantwortung von Bürger*innen sichtbar und die Frage aufgeworfen, ob die Schaffung entsprechender institutioneller Rahmenbedingungen ausreicht um die kulturelle Einstellungen einer Gesellschaft zu beeinflussen. Damit wird gleichzeitig auch die Diskrepanz zwischen öffentlicher und privater Sphäre innerhalb der Debatte um unbezahlte Care-Arbeit sichtbar, die schon seit dem letzten Jahrhundert Bestandteil der Frauenbewegung war und ebenso Eingang in den Diskurs findet.

4. Aus der Feinanalyse hat sich in erster Linie ergeben, dass in österreichischen Printmedien ein patriarchales und hegemoniales Geschlechterbild vermittelt wird. Die heterosexuelle Familie mit heteronormativer Frau und heteronormativem Mann ist das Normalverständnis, wenn von Frauen- und Familienpolitik gesprochen wird. Dazu wird in diesem Zusammenhang von Frauen öfter von Müttern gesprochen, während Männer dagegen eher als Männer oder Partner bezeichnet werden. Außerdem zeichnen die Artikel oft ein Bild von zwei sich gegenüberstehenden Gruppen im „Geschlechterkampf“: Die „armen“ Frauen auf der einen und die „bösen“ Männer auf der anderen Seite. Das führt dazu, dass sich Geschlechterstereotype wie die der unmündigen, sich sorgenden Frau und dem dominanten, emotionslosen Mann fortsetzen, auch wenn in den Zeitungsartikeln eigentlich Geschlechterzuschreibungen und die damit verbundenen Machtverhältnisse kritisiert werden.

Insgesamt wird in dem Diskurs *ungleiche Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit während der Corona-Krise* deutlich, dass der Vergleich mit dem Backlash in die 1950er hinkt, denn eine echte Gleichberechtigung habe ohnehin nie geherrscht. Die Corona-Krise habe bloß die Spitze des Eisberges der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sichtbar gemacht. Trotzdem zeigt der Diskurs, wie die verschiedenen Aspekte der Ungleichheiten zusammenhängen und öffnet somit die Möglichkeit, über die anderen Faktoren der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zu diskutieren.

8 Conclusio und Ausblick

Um die Forschungsfrage „Wie wurde der mediale Diskurs in Bezug auf die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit während der Lockdowns aufgrund der Covid-19-Pandemie in Österreich geführt?“ zu beantworten, kann gesagt werden, dass der Diskurs fast ausschließlich aus weiblicher Perspektive geführt wurde. Es war zu erwarten, dass die Thematik der unbezahlten Care-Arbeit zum Anlass des Internationalen Frauentages besonders große mediale Aufmerksamkeit erreicht hat. Beides deutet darauf hin, dass die ungleiche Verteilung der unbezahlten Sorgearbeit eher nicht als gesamtgesellschaftlich sondern als hauptsächlich von Frauen zu lösendes Problem gesehen wird. Das zeigt auch die Diskursanalyse dieser Arbeit. Auf der anderen Seite die Corona-Krise auch bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft

sichtbarer gemacht, auch das bestätigt die Analyse dieser Arbeit. Das Sichtbarmachen der Ungleichheit durch die Krise hatte zur Folge, dass viele verschiedene Studien in relativ kurzer Zeit durchgeführt wurden und so den wissenschaftlichen und medialen Diskurs maßgeblich beeinflusst haben. So konnte eine Vielzahl an evidenzbasierten Policy Empfehlungen ausgesprochen werden. Krisen bieten immer auch Chancen zur Veränderung und zum Überkommen von Ungleichheiten. Bösch et al. (2020) argumentieren dazu, dass die Lösung von Krisen nicht allein in politischen Handlungen liegt, sondern das Umdenken von Bürger*innen dazu ebenso wichtig sei. Besonders deutlich wurde also ein Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und den Aufgaben eines Staates.

Im Zuge dieser Arbeit hat sich also eine grundlegende Frage der Politikwissenschaft ergeben: Inwieweit kann ein demokratischer Staat als Vorbild dienen und auf die kulturellen Einstellungen seiner Bürger*innen einwirken? Und inwieweit ist soziale Gleichheit und die kulturellen Einstellungen der Bürger*innen Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Staates? Die Hinführung zu diesem Ergebnis war überraschend, da die bisherige Care-Literatur keinen oder kaum Bezug dazu nimmt. Diese Arbeit kann somit als interessanter Beitrag aus politikwissenschaftlicher Sicht zur Care-Thematik gesehen werden. Diese politikwissenschaftliche Henne-Ei-Problematik kann anhand dieser Arbeit natürlich nicht ausführlich diskutiert, denn hierfür bräuchte es eine eigenständige Analyse. Selbst dann wäre ihre Klärung fraglich. Und schließlich zeigt die Analyse, dass die feministische Forderung, das Private zu politisieren, noch nicht überholt ist. Für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft ist es wichtig, dass die Frage inwieweit ein demokratischer Staat private Räume reglementieren darf, um soziale Gleichheit im privaten und öffentlichen Raum herzustellen, immer wieder Eingang in den öffentlichen Diskurs findet und neu ausverhandelt wird.

Um sich diesen Fragen tiefergehend zu widmen, braucht es weitere evidenzbasierte Studien. Es ist nicht nur notwendig wieder eine in regelmäßigen Zeitabständen durchgeführte Zeitverwendungsstudie durchzuführen, ebenso sind weitere Studien nötig, um die im Diskurs vorgeschlagenen Policy Empfehlungen, wie dem verpflichtenden Pensionssplitting oder der verpflichtenden Karenz, auf ihre Eignung zu prüfen und dadurch vor allem auch die Akzeptanz der Bürger*innen für ihre Umsetzung zu sichern.

9 Literatur

- Aigner-Walger, B./ Liebahrt, U. (2018): Beruf und Familie – Eine Erhebung des Status quo und seiner Kontextbedingungen. In: Behrens, D./ Kreimer, M./ Mucke, M./ Franz, N. (Hrsg.), Familie – Beruf – Karriere. Daten, Analysen und Instrumente zur Vereinbarkeit. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Appelt, E. (2014): Sorgearbeit und soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. In: Aulenbacher, B./ Dammayr, M. (Hrsg.), Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Appelt, E./ Fleischer, E. (2014): Familiäre Sorgearbeit in Österreich. Modernisierung eines konservativen Care-Regimes? (1. Auflage)
- Arbeiterkammer Wien (2015): Kinderbetreuung und Elementarbildung: Die Entwicklung in den letzten 10 Jahren. In: Sozial- & Wirtschaftsstatistik aktuell 1/2015. <http://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/SozialundWirtschaftsstatistikaktuell>
- Arbeiterkammer Wien (2021): Corona: Arbeit und Care. Wien.
- Arendt, F. (2010): Wie wirkt die Krone? Ein Überblick über den Stand der Forschung über die Wirkung der Kronen Zeitung. In: Medienimpulse 48(2).
- ARGE Media-Analysen (2021): Media-Analyse 2020/ 2021. In: <http://www.media-analyse.at/table/3605>.
- Aulenbacher, B./ Riegraf, B./ Theobald, H. (Hrsg.) (2014): Sorge und Sorgearbeit – Neuvermessungen eines traditionsreichen Forschungsfeldes. In *Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis* (Sonderband 20), 5–20. Baden-Baden: Nomos.
- Aulenbacher, B. (2015): Alles Kapitalismus? Zur Freilegung von Herrschaft durch die (pro-) feministische Gesellschaftstheorie, Sozialphilosophie und Geschlechterforschung, In: Aulenbacher, B./ Riegraf, B./ Völker, S. (Hrsg.), Feministische Kapitalismuskritik, Einstiege in bedeutende Forschungsfelder mit einem Interview mit Ariel Salleh. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Aulenbacher, B./ Dammayr, M./ Décieux, F. (2015): Prekäre Sorge, Sorgearbeit und Sorgeproteste. Über die Sorglosigkeit des Kapitalismus und eine sorgsame Gesellschaft. In: Völker, S./ Amacker, M. (Hrsg.), Prekarisierungen. Arbeit, Sorge, Politik. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Aulenbacher, B./ Dammayr, M./ Riegraf, B. (2017): Gesellschaftliche Widersprüche, institutionelle Logiken, alltägliche Anforderungen. Leistung und Gerechtigkeit in der Sorgearbeit illustriert an der Altenpflege. In: Aulenbacher, B./ Dammayr, M./ Dörre, K./ Menz, W./ Riegraf, B./ Wolf,

- H. (Hrsg.), *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Aulenbacher, B./ Dammayr, M./ Riegraf, B. (2018): Care und Care Work. In: Böhle, F./ Voß, G./ Wachtler, G. (Hrsg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*, Band 2, Akteure und Institutionen. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bauer, I. (1995). Frauen, Männer, Beziehungen ... Sozialgeschichte der Geschlechter- verhältnisse in der Zweiten Republik, In J., Burger & E. Morawek (Hrsg.), *1945– 1995. Entwicklungslinien der Zweiten Republik*. Sonderband der Halbjahres- schrift „Informationen zur politischen Bildung“ (S. 102–118). Wien.
- Beauvoir, S. de (1992 [1951]). *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck-Gernsheim, E. (1983). Vom „Dasein für andere “zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben “: Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang. *Soziale Welt*, 307-340.
- Becker-Schmidt, R. (2003). Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. In: http://web.fuberlin.de/gpo/pdf/becker_schmidt/becker_schmidt_ohne.pdf
- Becker-Schmidt, R. (2006). *Anstiftungen zum Feminismus* (pp. 33-49). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benazha, A. V./ Leiblfinger, M./ Prieler, V./ Steiner, J. (2021): Live-in-Care im Ländervergleich. In: Aulenbacher, B./ Lutz, H./ Schwiter, K. (Hrsg.), *Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Berghammer, C. (2020): Alles traditioneller? Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Corona-Krise. In: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog33/>
- Berghammer, C./ Beham-Rabanser, M. (2020): Wo bleibt die Zeit? Bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern in der Corona-Krise. In: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog57/>
- Bettio, F., Corsi, M., D’Ippoliti, C., Lyberaki, A., Lodovici, M. S., & Verashchagina, A. (2012). *The impact of the economic crisis on the situation of women and men and on gender equality policies* (Vol. 19). Brussels: European Commission.
- Bock, G./ Duden, B. (1977): Arbeit aus Liebe-Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976. Berlin: Frauenoffensive.

- Bösch, F., Deitelhoff, N., Kroll, S., & Thiel, T. (2020). Für eine reflexive Krisenforschung–zur Einführung. *Handbuch Krisenforschung*, 3-16.
- Brückner, M. (2010): Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln Begrifflichkeiten. In: Aptzsch, U./ Schmidbauer, M. (Hrsg.), *Care und Migration: Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Buchebner-Ferstl, S. (2004). Das Paar beim Übergang in den Ruhestand: Ergebnisse einer qualitativen Studie.
- Bundeskanzleramt (2020): Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024. In: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>
- Bundeskanzleramt (2021a): Agenda. Familie. In: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/familie.html>
- Bundeskanzleramt (2021b): Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wien.
- Carstensen, T. (2020). Orts-und zeitflexibles Arbeiten: Alte Geschlechterungleichheiten und neue Muster der Arbeitsteilung durch Digitalisierung. *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft*, 195-205.
- Dackweiler, R., & Holland-Cunz, B. (1991). Strukturwandel feministischer Öffentlichkeit. *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 14(30/31), 105-122.
- Daly, M., & Lewis, J. (2000). The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. *The British journal of sociology*, 51(2), 281-298.
- Der Standard (2022): Blattlinie. In: <https://about.derstandard.at/redaktion/blattlinie/>
- Derndorfer, J./ Disslbacher, F./ Lechinger, V./ Mader, K./ Six, E. (2020): Genderspezifische Effekte von COVID-19. In: <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffektevoncovid-19/>
- Dörfler, S. (2019): *Elterliche Arbeitsteilung in Österreich und Schweden: Die Entwicklung institutioneller und kultureller Rahmenbedingungen von 1990 bis heute*. Springer Fachmedien Wiesbaden Imprint: Springer VS.
- Dowling, E. (2021): Geschlechtergerechte Krisenpolitik. Für einen feministischen Aufbruch in der Pandemie. 7. Barabara-Prammer-Symposium. Wien: Karl Renner Institut.
- Düreke, R./ Klaus, E. (2014): Medien und Geschlecht. In: Karmasin, Rath, M./ Thomaß, B. (Hrsg.). *Kommunikationswissenschaft als Integrationsdisziplin* (2014th ed.). Springer VS

- Dursun, A./ Kettner, V./ Sauer, B. (2021): Corona, Care and Political Masculinity. Gender -Critical Perspectives on Governing the Covid-19 Pandemie in Austria. In: Historical Social Research, 46(4).
- Elliott, K. (2016): Caring Masculinities: Theorizing an Emerging Concept. In: Men and Masculinities, Vol. 19(3). S. 240-259.
- Eilers, S./ Rump, J. (2022). Die Neue Normalität–sieben Trilogien für Beschäftigte, Arbeitgeber, Wirtschaft und Gesellschaft: Die 7× 3er Regel. In *Arbeiten in der neuen Normalität: Sieben Trilogien für die neue Arbeitswelt* (pp. 1-22). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Eisenegger, M., Oehmer, F., Udris, L., & Vogler, D. (2020). Die Qualität der medienberichterstattung zur corona-pandemie. *Qualität der Medien*, 11.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton University Press.
- Eurotopics (2022): Medienlandschaft Österreich. In: <https://www.eurotopics.net/de/142186/medien?search=&country=146429&language=0&art=0&circulation=0&typ=2#results>
- Fendel, H. (2020): Der Hausfrauenkomplex. 30.04.2020. In: <https://www.zeit.de/kultur/2020-04/geschlechterrollen-hausfrauen-vaeter-kinderbetreuung-arbeit-coronavirus> .
- Fisher, B./ Tronto, J. (1990): Towards a feminist theory of caring. In: Abel, E. K./ Nelson, M. K. (Hrsg.), *Circles of care. Work and identity in women's lives*. New York: State University of New York Press.
- Fleischer, E. (2010): Organisation von Care. Kinderbetreuung und Altenpflege/ -betreuung in Österreich im Vergleich. In: Appelt, E./ Heidegger, M./ Preglau, M./ Wolf, M. A. (hrsg.), *Who cares? Betreuung und Pflege in Österreich. Eine geschlechterkritische Perspektive*. Innsbruck: Studienverlag.
- Flicker, E. (2008): Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien. In: Dorer, J./ Geiger, B./ Köpl, R. (Hrsg.): *Medien — Politik — Geschlecht* (pp. 124–139). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Foucault, M. (1981): *Archäologie des Wissens* (19. Auflage). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gerhard, U. (2014). Care als sozialpolitische Herausforderung moderner Gesellschaften–Das Konzept fürsorglicher Praxis in der europäischen Geschlechterforschung. In *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime* (pp. 73-92). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Gerhard, U., & Klinger, C. (2013). Über Care/Fürsorgliche Praxis und Lebenssorge. *Feministische Studien*, 31(2).
- Götz, I. (2019): Vom wohlverdienten zum prekären Ruhestand. Kapitel 1. In: *Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen*. München. S. 11-46.

- Graf, R. (2020): Zwischen Handlungsmotivation und Ohnmachtserfahrung – Der Wandel des Krisenbegriffs im 20. Jahrhundert. In: Bösch, F., Deitelhoff, N., Kroll, S., & Thiel, T. (Hrsg.): Für eine reflexive Krisenforschung–zur Einführung. *Handbuch Krisenforschung*.
- Hausen, K. (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtercharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Werner, C. (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. Stuttgart: Klett.
- Hausen, Karin. 2000. Arbeit und Geschlecht. In *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Hrsg. Jürgen Kocka und Claus Offe, 343–361. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Hirn, L. (2020): Zurück in alte Muster. In: Die Zeit Österreich 18/2020. 23. April 2020. In: <https://www.zeit.de/2020/18/konservatismus-frauen-coronavirus-krise-ungleichheit>
- Höllinger, F. (2018): Einstellungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. In: Bacher, J., Grausgruber, A., Haller, M., Höllinger, F., Prandner, D., & Verwiebe, R. (Hrsg.), *Sozialstruktur und Wertewandel in Österreich: Trends 1986-2016*. Springer-Verlag.
- Hutter, M./ Knoblauch, H./ Rammert, W., Windeler, A., (2016). *Innovationsgesellschaft heute. Perspektiven, Felder und Fälle*, Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Jäger, Margret 1996: *Fatale Effekte. Die Kritik des Patriarchats im Einwanderungsdiskurs*. Duisburg: DISS
- Jäger, M./ Jäger, S. (2002.), *Medien im Krieg. Der Anteil der Print- medien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen*. Duisburg: DISS
- Jäger, S. (2004a): *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung* (4., Aufl., Bd. 3). UNRAST-Verlag.
- Jäger, M. (2004b): *Diskursanalyse: Ein Verfahren zur kritischen Rekonstruktion von Machtbeziehungen*. In: *Handbuch Frauen-und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, S. (2015). *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 7., vollst. überarb. Aufl. Münster.
- Jürgens, K. (2010). *Arbeits-und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung*. Springer-Verlag.
- Kaindl, M., & Schipfer, R. K. (2017). *Familien in Zahlen 2016. Österreichisches Institut für Familienforschung: Vienna, Austria*.
- Kaufmann, F. X., & Kaufmann, F. X. (2002). Staat und Wohlfahrtsproduktion. *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*, 197-220.
- Kittel, B./ Pollak, M./ Partheymüller, J. (2020): *Kinderbetreuung in Zeiten von Corona: Kein Problem?* In: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog67/>
- Klenk und Pavolini, 2015

- Klinger, C. (2003). Inklusion und Exklusion–Das Konzept Mensch zwischen Universalitätsanspruch und Ausschluss-Strategien. *FGS–Freiburger GeschlechterStudien*, 9(1), 13-14.
- Koebe, J., Samtleben, C., Schrenker, A., & Zucco, A. (2020). *Systemrelevant und dennoch kaum anerkannt: Das Lohn-und Prestigeniveau unverzichtbarer Berufe in Zeiten von Corona* (No. 28). DIW Berlin, German Institute for Economic Research.
- Kohlrausch, B., & Zucco, A. (2020). *Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt: Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit* (No. 40). WSI Policy Brief.
- Kontrast.at (2018): Printmedien in Österreich. 05/2018. In: <https://kontrast.at/medien-oesterreich/>
- Kreimer, M. (2009): *Ökonomie der Geschlechterdifferenz: Zur Persistenz von Gender Gaps*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Kunze, J.-P. (2009): *Das Geschlechterverhältnis als Machtprozess: Die Machtbalance der Geschlechter in Westdeutschland seit 1945*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lamnek, S./ Luedtke, J./ Ottermann, R./ Vogl, S. (2002): *Tatort Familie: Häusliche Gewalt im gesellschaftlichen Kontext*. Springer-Verlag.
- Leitner, S. (2011). Gibt es ein „good practice“-Modell der Familienpolitik im Lichte der komparativen Wohlfahrtsstaatenforschung?. *Paradigmenwechsel in der Familienpolitik*, 185-200.
- Leitner, S., Ostner, I., & Schratzenstaller, M. (Eds.). (2013). *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell?* (Vol. 7). Springer-Verlag.
- Lewis, J., & Ostner, I. (1994). Geschlecht und die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik [Gender and the evolution of European social policies].
- Link, J. (2006): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lutz, H. (2010): Unsichtbar und unproduktiv?: Haushaltsarbeit und Care Work – die Rückseite der Arbeitsgesellschaft. In: *ÖZS. Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 35(37).
- Lünenborg, M., Maier, T., & Töpper, C. (2018). Affekte als sozial-relationales Phänomen medialer Kommunikation: Affekttheorien für die Medienforschung nutzbar machen. *SCM Studies in Communication and Media*, 7(3), 423-457.
- Mayrhuber, C. (2022): Automatisches Pensionssplitting wird Altersarmut der Frauen kaum reduzieren können. In: *WIFO Research Briefs* 4, WIFO.
- Meuser, M. (2011). *Die Entdeckung der „neuen Väter“: Vaterschaftspraktiken, Geschlechternormen und Geschlechterkonflikte* (pp. 71-82). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Milstein, B. (2015): Thinking politically about crisis: A pragmatist perspective. *European Journal of Political Theory* 14 (2): 141–160.

- Moment. (2022): Österreichs größte Medien sind in Händen weniger Eigentümer. In: <https://www.moment.at/story/und-wem-gehoerst-du>
- NÖN (2022): NÖN Impressum & Offenlegung. In: <https://www.noen.at/impressum/noen-impressum-offenlegung-impressum-4578842>
- Nußberger, A. (2010): Soziale Gleichheit – Voraussetzung oder Aufgabe des Staates? In: Zeitschrift für Sozialreform, vol. 56 (3), pp. 335-346.
- Österreichische Bundesverfassung: Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Bundesverfassungsgesetz, Fassung vom 24.03.2023. In: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138>
- Österle, A. (2014): Care-Arrangements zwischen privater und öffentlicher Verantwortung. Ein europäischer Vergleich. In: Aulenbacher, B./ Dammayr, M. (Hrsg.), Für sich und andere sorgen. Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Österle, A./ Friedl, D./ Leitner, A. (2010): Wohlfahrtsstaat und informelle Pflege. Eine geschlechtersensible Betrachtung. In: Appelt, E./ Heidegger, M./ Preglau, M./ Wolf, M. A. (hrsg.), Who cares? Betreuung und Pflege in Österreich. Eine geschlechterkritische Perspektive. Innsbruck: Studienverlag.
- Peuckert, R. (2008). Der soziale Wandel der Rolle der Frau in Familie und Beruf. *Familienformen im sozialen Wandel*, 229-283.
- Pfau-Effinger, B. (1999): Change of family policies in the socio-cultural context of European societies. In: Comparative Social Research 18.
- Pfau-Effinger, B. (2009). Varieties of undeclared work in European societies. *British Journal of Industrial Relations*, 47(1), 79-99.
- Pfau-Effinger, B., & Euler, T. (2014, September). Wandel der Einstellungen zu Kinderbetreuung und Elternschaft in Europa–Persistenz kultureller Differenzen. In *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime* (pp. 179-198). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Pollak, M./ Kowarz, N./ Partheymüller, J. (2020): Chronologie zur Corona-Krise in Österreich – Teil 1: Vorgeschichte, der Weg in den Lockdown, die akute Phase und wirtschaftliche Folgen. In: <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog51/>
- Prandner, D. (2022). Informationsverhalten und Glaubwürdigkeit von Medien in der Krise. In *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie: Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen* (pp. 89-119). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Prainsack, B. (2020). Solidarity in times of pandemics. *Democratic theory*, 7(2), 124-133.

- Wagenaar, H., & Prainsack, B. (2021). *The pandemic within: Policy making for a better world*. Policy Press.
- Rathgeb, P./ Wiss, T. (2020): Österreichische Familienpolitik verstärkt Geschlechterungleichheit. Wien: Momentum Institut.
- Reporter ohne Grenzen Österreich (2022): Rangliste der Pressefreiheit. In: <https://www.rog.at/press-freedom-index-2022/>).
- Riegraf, B. (2007). *Der Staat auf dem Weg zum kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen? New Public Management geschlechtsspezifisch analysiert* (pp. 78-94). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Riegraf, B. (2019): Care, Care-Arbeit und Geschlecht: Gesellschaftliche Veränderungen und theoretische Auseinandersetzungen. In: Kortendiek, B./ Riegraf, B./ Sabisch, K. (Hrsg.), *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Roose, J., Sommer, M., & Scholl, F. (2018). Verantwortungszuschreibungen in der Eurozonen-Krise: Das Kommunikationsverhalten von Politik und Zivilgesellschaft im deutsch-griechischen Vergleich. *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts-und Finanzkrise: Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit*, 43-73.
- Scheele, A. (2009). *Widersprüchliche Anerkennung des Privaten. Eine Kritik aktueller Entwicklungen wohlfahrtsstaatlicher Politik* (pp. 167-182). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Scheele, A. (2019): *Arbeit und Geschlecht: Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Care*. Wiesbaden.
- Schicho, W.: Geschichte der Österreichischen EZA – Tageszeitungen. In: <https://archeza.univie.ac.at/medien/printmedien/tageszeitungen/>
- Schnabl, C. (2005). *Gerecht sorgen: Grundlagen einer sozialetischen Theorie der Fürsorge* (Vol. 109). Saint-Paul.
- Senghaas-Knobloch, E. (2008). Care-Arbeit und das Ethos fürsorglicher Praxis unter neuen Marktbedingungen am Beispiel der Pflegepraxis. *Berliner Journal für Soziologie*, 18, 221-243.
- Smith, A. (1776). 1976. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. *The Glasgow edition of the works and correspondence of Adam Smith*, 2.
- Sparreboom, T. (2014): Gender equality, part-time work and segregation in Europe. In: *International Labour Review*, 153(268).
- Spech, F. (2020): Führungskräfte plädieren für eingeschränktes Recht auf Homeoffice. In: <https://app.handelsblatt.com/politik/deutschland/arbeitsbedingungen-fuehrungskraefte-plaedieren-fuer-eingeschraenktes-recht-auf-homeoffice/26124816.html?ticket=ST-18574478-4mLzoSpJpb75fdrNxaZp-ap2>.

Statistik Austria (2019): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2018.
Wien: Verlag Österreich GmbH.

Statistik Austria, (2021): Kindertagesheimstatistik 2021/22. In:
<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/kindertagesheime-kinderbetreuung>

Styria Verlag (2022): Kleine Zeitung Blattlinie. In: <https://www.styria.com/de/brands/kleine-zeitung>

Tiroler Tageszeitung (2022): Impressum. In: <https://www.tt.com/impressum>

Winker, G. (2015): Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft.

Wiener Zeitung (2022): „Wiener Zeitung“ muss nach 320 Jahren tägliche Druckausgabe einstellen. In:
<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/medien/2163974-Wiener-Zeitung-Regierung-stellt-Print-Produkt-weitgehend-ein.html>

Zacher, H. (2006): „Sozialstaat und Prosperität“, in: Hartmut Bauer; Detlef Czybulka;
Wolfgang Kahl; Andreas Vosskuhle (Hg.): Wirtschaft im offenen Verfassungsstaat.
Festschrift für Reiner Schmidt zum 70. Geburtstag. München: C. H. Beck, 305-329.

10 Anhang

10.1 Abstract

Die COVID-19-Pandemie hat in Österreich zu einem Beinahe-Zusammenbruch des öffentlichen Lebens geführt, und auch Kinderbetreuungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten waren betroffen. Frauen leisteten in Österreich während der Pandemie fast doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie Männer. Im Gegensatz dazu verbrachten Männer mehr Zeit mit bezahlter Arbeit. Diese ungleiche Verteilung von Care-Arbeit hatte Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung und das Wohlbefinden von Frauen und führte zu Stress und Überlastung. Die vorliegende Studie untersucht den öffentlichen Diskurs auf der medialen Ebene rund um die ungleiche Verteilung von unbezahlter Betreuungsarbeit während der COVID-19-Pandemie in Österreich mittels kritischer Diskursanalyse nach Jäger. Ziel der Studie ist es, bestehende Macht- und Dominanzverhältnisse zu identifizieren. Die Studie analysiert 166 Zeitungsartikel aus 11 verschiedenen österreichischen Zeitungen vom 16. März 2020 bis 12. Dezember 2021. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der öffentliche Diskurs in Österreich ein

patriarchalisches und hegemoniales Geschlechterbild vermittelt und geschlechtsspezifische Verteilungsprobleme nach wie vor primär als Frauenproblem und nicht als gesamtgesellschaftlich zu lösendes Problem gesehen werden. Überraschenderweise hat sich innerhalb des Diskurses über unbezahlte Care-Arbeit eine Diskussion über das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bevölkerung entwickelt.

The COVID-19 pandemic has led to the near-collapse of public life in Austria, and childcare institutions such as schools and kindergartens have also been affected. Women in Austria did almost twice as much unpaid work as men during the pandemic. In contrast, men spent more time on paid work. This unequal distribution of care work has implications for women's workloads and well-being, leading to stress, overload, and burnout. This study investigates the public discourse surrounding the unequal distribution of unpaid care work during COVID-19 lockdowns in Austria using critical discourse analysis. The study's goal is to identify existing power and dominance relationships through critical discourse analysis. The study analyzes 166 newspaper articles from 11 different Austrian newspapers from March 16, 2020, to December 12, 2021. This study concludes that the public discourse in Austria is conveying a patriarchal and hegemonic gender image, and the issue of gender-specific distribution problems remains primarily viewed as a problem for women, rather than a societal problem. Surprisingly, within the discourse on unpaid care work, a discussion on the tasks of democratic states on the one hand and the responsibility of citizens on the other hand has emerged.

10.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung der Zeitungsartikel vom 01.03.2020 bis 31.12.2021 (eigene Darstellung)

Abbildung 2: Verteilung Diskursstränge Die Presse (eigene Darstellung)

Abbildung 3: Verteilung Diskursstränge Der Standard (eigene Darstellung)

Abbildung 4: Verteilung Diskursstränge Kleine Zeitung (eigene Darstellung)

Abbildung 5: Verteilung Diskursstränge Kronen Zeitung (eigene Darstellung)

Abbildung 6: Verteilung Diskursstränge Kurier (eigene Darstellung)

Abbildung 7: Verteilung Diskursstränge Niederösterreichische Nachrichten (eigene Darstellung)

Abbildung 8: Verteilung Diskursstränge Oberösterreichische Nachrichten (eigene Darstellung)

Abbildung 9: Verteilung Diskursstränge Salzburger Nachrichten (eigene Darstellung)

Abbildung 10: Verteilung Diskursstränge Tiroler Tageszeitung (eigene Darstellung)

Abbildung 11: Verteilung Diskursstränge Vorarlberger Nachrichten (eigene Darstellung)

Abbildung 12: Verteilung Diskursstränge Wiener Zeitung (eigene Darstellung)